

Anlage 2 zu GRDRs 0721/2025

Bürgerhaushalt Stuttgart 2025

Stellungnahmen zu den
bestbewerteten 100 Vorschlägen

(inklusive den bestbewerteten 2 Vorschlägen je Stadtbezirk)

Impressum

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart, Stadtkämmerei

Gestaltung und Umsetzung:
buergerwissen, info@buergerwissen.de

Quelle: <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de>

Stuttgart, 25. Juni 2025

Vorwort

Das Konzept des Stuttgarter Bürgerhaushalts sieht vor, dass zu den von den Bürgerinnen und Bürgern am besten bewerteten 100 Vorschlägen - den TOP-Vorschlägen - eine fachliche Stellungnahme durch die Verwaltung erstellt wird. Bestandteil dieser TOP 100-Vorschläge sind auch die beliebtesten zwei Vorschläge eines jeden Stadtbezirkes, auch wenn sie im Ranking auf einem hinteren Platz liegen. Die Bezirksbeiräte haben ebenfalls Stellungnahmen zu den zehn bestbewerteten Vorschlägen ihres Stadtbezirkes abgegeben. Die Stellungnahmen der Verwaltung und der Bezirksbeiräte zu den TOP 100-Vorschlägen sind im Folgenden aufgeführt.

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
1	82168	Schwimmfähigkeit rettet Leben	2
2	80440	Frei Fahrt für Schülerinnen und Schüler	3
3	81863	Der Marienplatz soll wieder grüner werden	4
4	82162	Sanierung der elektrischen Infrastruktur der Schulen für eine funktionierende IT	5
5	80256	Hitzeschutz Innenstadt etwa durch Begrünung	6
6	82167	Sporthallen umgehend sanieren und Bestand erweitern	7
7	82170	Ausbau Schulsozialarbeit und außerschulischer Angebote	8
8	82339	Zeitgemäße Online Bürgerservices statt Warteschlangen und verschlossene Bürgerbüros	9
9	80275	Pflanzen von Bäumen an großen versiegelten Flächen.	10
10	80027	Einführung eines umfassenden Online-Terminvergabesystems für alle Bürgerbüros	11
11	81379	Heslacher Freibad	12
12	81423	Solaranlagen auf städtische Gebäude	13
13	82421	Trinkbrunnen erhalten / ausbauen	14
14	80171	Böllerverbot	15
15	81226	Mehr Blühflächen in Parks	16
16	82159	IT Support vor Ort in Schulen - "IT Hausmeister"	17
17	82161	Gesicherte und qualifizierte Kinderbetreuung an Grundschulen	18
18	80346	Potentiale des Neckars erkennen	19
19	80922	Mineralwasserbrunnen in Cannstatt sanieren	20
20	81264	Digitalisierung der städtischen Prozesse	21
21	81106	Reisepass online beantragen	23
22	81524	In öffentlichen Grünflächen Blümmischungen für Insekten säen und den Sommer über nicht abmähen	24
23	81892	Beete als mehrjährige, regionale und bunt blühende Staudenbeete anlegen, statt sie jedes Jahr neu zu bepflanzen	25
24	81829	Strengere Regeln zum Abstellen von Miet-Scootern	26
25	81806	Allee-bäume vor dem Katharinenhospital pflanzen	27
26	81337	Toiletten im Stadtgarten	28
27	80764	Weniger Grünflächen zu pflastern	29
28	81204	VVS Tagesticket für Kinder	30
29	80272	Obdachlos auf der Straße. Mehr Schlafplätze anbieten	31
30	80770	Freilegung des Nesenbachs	32
31	82037	Neckar erlebbar machen "Stadt am Fluss"	33
32	80532	Umgestaltung Wilhelmsplatz Bad Cannstatt	34
33	81276	Solar-Dächer über SSB-Haltestellen	35
34	80148	Attraktivere Preisgestaltung ÖPNV (Kurzstrecke, Wochenende Ticket)	36
35	80631	Mehr Trinkbrunnen aufstellen	37
36	80682	Mehr Grünfläche im Cityring	38

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
37	80480	Nilgänse regulieren	39
38	81370	Stuttgart schöner machen, Biodiversität fördern - Straßenbegleitgrün zum Blühen bringen	40
39	80453	Mehr Schwimmkurse	41
40	80232	Mehr öffentliche Toiletten	42
41	81018	Online Ummeldung	43
42	80531	Feuerwerk zentral organisieren	44
43	80714	Duschbus für Obdachlose einrichten	45
44	81670	Die freundliche Toilette	46
45	80357	Europaviertel begrünen die Dritte	47
46	80237	Radwege von Fußwegen trennen im Rosensteinpark, Schlossgarten	48
47	82016	Veranstalter an Kosten von Polizeieinsätzen beteiligen	49
48	80184	Keine Anwohnerparkausweise für Wohnmobile	50
49	80572	Leeren Bürostand umwidmen in Wohnungen	51
50	80875	Digitalisierung an Schulen fördern	52
51	82212	Trinkbrunnen auf dem Südheimer Platz	53
52	81521	Bürgerbüros Effizienz erhöhen	54
53	80563	Passage Rotebühlplatz aufwerten	55
54	80944	Neue Mensa für das Solitude-Gymnasium	56
55	80765	Bänke / Sitzgelegenheiten aufstellen	57
56	81381	Offene Flächen am Feuersee für Blüh- und Nistangebote für Insekten umgestalten	58
57	81194	Städtisches nachhaltiges Feuerwerk (Drohnenfeuerwerk) an Silvester	59
58	80978	Kinderbetreuung ausbauen	60
59	82336	Schwammstadt Stuttgart	61
60	82383	Aufenthaltsqualität und nächtliche Sicherheit im Stadtgarten verbessern	62
61	80107	Mehr offene Wasserflächen in Stuttgart schaffen	63
62	80456	Sichere Fahrradwege in Stuttgart West	64
63	81459	NorDIY Skatepark auf neuer Fläche im Neckarpark (P7) am Leben halten!	65
64	81889	Jahrhundertealte Terrassen Weinberge erhalten	67
65	80998	Aufwertung für den Oberen Schlossgarten: Aktion zur Reinigung und Verschönerung des Eckensees/ Oberen Schlossgartens	68
69	80367	Bürgerbüro Feuerbach wieder öffnen	69
92	80578	Gaskessel Gaisburg umnutzen	70
103	80561	Leo Vetter Bad auch im Sommer öffnen	71
115	80319	Bessere Radwegestruktur schaffen	72
144	81488	U8 muss abends und am Wochenende fahren	73
154	81777	Hallenbad Sonnenberg offen halten	74
158	80062	WC am Dinospieplatz im Rosensteinpark errichten	75

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
173	81613	Biergarten im Tal: Wiedernutzung des Sport- und Freizeitgeländes Feuerbacher Talstr. 141	76
218	80297	Freilichtbühne Killesberg sanieren	78
220	81323	Mülleimer für Hundekot an Feld-und Waldwegen	79
243	80193	Anhänger-Dauerparker verbieten	80
257	82472	SPORTHALLE für Weilimdorf bauen (auch für Wettkämpfe geeignet)	81
258	81463	Radwege zwischen den Stadtteilen - z.B. zwischen Degerloch und Möhringen	82
260	81932	Trennung Rad- und Fußweg Neckar	83
262	81695	Abfallbehälter für Hundekot	84
265	82263	Bachbett von Feuerbach in Zuffenhausen entmüllen, reinigen, entschlammen	85
267	82411	Stadtbahn - Nachtverkehr einführen	86
276	81684	Öffentliche Toilettenhäuser	87
284	80967	Radweg von der Waldau nach Stuttgart Mitte	88
308	81406	Hallenbad Plieningen öffnen für alle	89
312	80234	Mehr attraktive Spiel und Sportbereiche für Kinder/Jugendliche	90
321	81741	Radweg Ruhbank ausbauen	91
337	80177	Mehr Bäume pflanzen in Botnang	92
385	81008	Dach- und Fassadenbegrünungen im Hafen	93
390	80058	Erhalt und Instandsetzung der Turn- und Versammlungshalle Mühlhausen	94
400	80265	Radweg entlang der „Mittleren Filderstraße“	95
407	80555	U-Bahn Netz und S-Bahn ausbauen	96
478	81553	Begrünung von Bus- und Bahnstationen in Untertürkheim	97
521	80642	Wassertaschen für Bäume	98
529	82258	Taubenpopulation in Stammheim z.B. durch Taubenturm, Taubenschlag verringern	99
613	81993	Einrichtung einer Kajak-Anlegestelle in Stuttgart-Münster am Neckar	100
621	82271	Letzte/erste Fahrt U15 am Wochenende in/aus der Innenstadt ausweiten	102
674	80308	Hundekotbeutel und Mülleimer auf Birkacher Feld und Umgebung aufstellen	103
923	80403	Einen sicheren Radweg zur SportKultur schaffen	104
1567	82432	Verkehrssicherheit im Ortskern Uhlbach verbessern	105

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 100 Vorschlägen

(inklusive den bestbewerteten 2 Vorschlägen je Stadtbezirk)

Platz: 1

Vorschlag Nr. 82168

Schwimmfähigkeit rettet Leben

Laut DLRG können deutlich weniger Kinder und Jugendliche sicher schwimmen als noch vor wenigen Jahren. Grund ist nicht nur die Pandemie – auch fehlende Kapazitäten in bezahlbaren Schwimmkursen und zu wenig Schwimmunterricht in Schulen durch fehlende geeignete Schwimmbäder oder fehlende Kapazitäten sind ursächlich zu benennen.

Wir benötigen umgehend deutlich mehr günstige oder kostenlose Schwimmkurse für Kinder und Jugendliche (auch größere Kinder und Jugendliche müssen erreicht werden), um Barrieren zu senken sowie eine beschleunigte Sanierung und Erweiterung des Schwimmhallenbestandes.

positive Wertungen: 1124

negative Wertungen: 43

Stellungnahme der Verwaltung

Die Initiative „schwimmfit“ verfolgt seit 2017 mit mehreren Bausteinen das Ziel, dass alle Kinder nach der Grundschulzeit sicher schwimmen können.

- Rent a Schwimmtrainer: Das Amt für Sport und Bewegung vermittelt Trainer*innen an Schulen, um den Schwimmunterricht zu unterstützen. So kann gezielt auf die Schwimmkenntnisse die Kinder eingegangen werden. Als weitere Maßnahmen zur Schwimmförderung werden kostenlose Schwimmstage/Schwimmwochen organisiert, um Schulen mit besonderem Bedarf gezielt zu unterstützen.
- Zusätzlich werden für Erzieher*innen in Kitas jährliche kostenlose Qualifizierungen (Tagesfortbildung spielerische Wassergewöhnung und Rettungsschwimmerkurs) angeboten.
- Im Jahr 2025 kommt das SchwimmMobil WUNDINE vom 12. Mai bis 1. August nach Stuttgart. An den durch die Josef Wund Stiftung geförderten, kostenlosen Kursen können über 200 Kinder erste Erfahrungen im Bereich Schwimmen machen.
- Schwimmkurse werden zudem auf der Webseite www.stuttgart-bewegt-sich.de veröffentlicht, um den Familien sowie den Anbietern eine zentrale Plattform zu bieten.
- Seit dem Jahr 2022 kann die Bonuscard durch eine Förderung in Höhe von 50 Euro für Mitgliedschaften und Kursangebote (z.B. Schwimmkurse) eingesetzt werden.
- Seit dem Jahr 2024 besteht mit den „Gutscheine für Bewegung für 4-17-Jährige“ eine weitere Förderung für Kinder und Jugendliche in Höhe von 50 Euro, die für Schwimmangebote eingesetzt werden kann.
- Für Geflüchtete übernimmt das Amt für Sport und Bewegung die Kosten für einen Schwimmkurs abzüglich eines Eigenanteils von 20 Euro.

Zusätzlich zu den Förderungen über das Amt für Sport und Bewegung können Menschen mit einer FamilienCard das Guthaben von maximal 60 Euro für Schwimmkurse einsetzen.

Des Weiteren bieten die Stuttgarter Bäder familienfreundliche Kurse zu sozialverträglichen Preisen in drei Stuttgarter Hallenbädern an. Diese Kurse können sowohl online, als auch an den Bäderkassen der drei Hallenbäder gebucht und beispielsweise mit der Stuttgarter FamilienCard bezahlt werden.

Eine Befragung des Amts für Sport und Bewegung mit dem Staatlichen Schulamt im Oktober 2023 an Stuttgarter Grundschulen zeigt, dass die vielen Maßnahmen im gesamten Stadtgebiet wirken. Die Mehrzahl der Schulen gab an, dass 50-80 % der Kinder am Ende der 4. Klasse sicher Schwimmen können (Schwimmabzeichen in Bronze).

Platz: 2**Vorschlag Nr. 80440****Frei Fahrt für Schülerinnen und Schüler**

Freie Fahrt im ÖPNV für Schülerinnen und Schüler. Mit einem attraktiven Angebot des ÖPNV kann dessen Nutzung gesteigert werden. Wenn Kinder und Jugendliche grundsätzlich kostenlos fahren, überlegen Eltern, ob sie Elterntaxi spielen oder sich lieber das Geld für die Fahrerei sparen. So lange das Auto günstiger ist als der ÖPNV, wird in Sachen autofreie Städte nicht genug passieren. Außerdem ist es toll, wenn Kinder sich selbstständig in ihrer Stadt bewegen können und ihr Umfeld kennenlernen. Damit lernen sie einen Bezug dazu herzustellen und Verantwortung dafür zu übernehmen.

Das spart Verwaltungskosten der Abos und senkt Ausgaben für den Klimaschutz.

positive Wertungen: 1105

negative Wertungen: 180

Stellungnahme der Verwaltung

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) hat im Sommer 2022 die „Freie Fahrt für Schülergruppen“ für alle Stuttgarter Grundschulen ab dem Schuljahr 2022/23 beschlossen, für weiterführende Schulen ab dem Schuljahr 2023/24. Es handelt es sich dabei um ein Ausflugsticket, welches Schülergruppen ermöglichen soll, kostenlos im Stadtgebiet öffentliche Verkehrsmittel zu gemeinschaftlichen Veranstaltungen zu nutzen und ist gerichtet an Schülerinnen und Schüler ohne VVS-Abo. Kaufberechtigt sind Schulleitungen und Lehrkräfte. Es handelt sich hierbei um eine Freiwilligkeitsleistung der LHS.

Die LHS ist Teil des Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS). Fahrten innerhalb des VVS-Gebiets sind grundsätzlich nur mit Tickets des VVS-Tarifangebots möglich. Deshalb können beispielsweise Schülerschulenausweise nicht als Fahrtberechtigung anerkannt werden.

In Kooperation mit der SSB ist es gelungen, für die „Freie Fahrt“ ein schlankes Verfahren für Gruppentickets zu finden, das für viele Einsatzmöglichkeiten geeignet ist und den Verwaltungsaufwand für die Lehrkräfte reduziert. Dieses Modell ist aber leider nicht beliebig modifizierbar und nicht auf tägliche Fahrten zur Schule oder im individuellen Freizeitverkehr anwendbar. Letztendlich geht es verständlicherweise auch um Einnahmesicherung im VVS und die Verwendung öffentlicher Gelder.

Für tägliche Fahrten gibt es geeignete Alternativen: Kinder unter 6 Jahren benötigen keinen eigenen Fahrschein und können den ÖPNV kostenlos nutzen. Darüber hinaus werden für Kinder aus einkommensschwachen Familien die Ticketkosten für die Fahrt zur Schule im Rahmen des Bildungs- und Teilhabegesetzes vom Bund übernommen.

Zudem bietet der VVS-Tarif bereits heute ein vielfältiges Angebot, um jungen Menschen eine bezahlbare Mobilität zu ermöglichen und bereits in jungen Jahren einen Anreiz zu bieten, in der Alltagsmobilität auf öffentliche Verkehrsmittel zu setzen. Für Kinder und Jugendliche bis einschließlich 14 Jahren gibt es Fahrscheine, die gegenüber Einzelfahrscheinen um mindestens 50 % ermäßigt sind. Zusätzlich bieten sämtliche VVS-Zeitkarten (ausgenommen Zeitkarten des Ausbildungsverkehrs) Mitnahmeregelungen von Kindern am Wochenende und an Feiertagen sowie beim TicketPlus auch werktags ab 19 Uhr. Das Ticket-Plus wird auch in Ergänzung zum neuen Deutschland-Ticket angeboten, so dass sich gerade für Familien eine sehr preisgünstige Möglichkeit ergibt, nicht nur in der LHS, sondern verbundweit und darüber hinaus umweltfreundlich unterwegs zu sein.

Im Weiteren gibt es ein sehr preisgünstiges Zeitkartenangebot für Kinder und Jugendliche bis zu einem Alter von 20 Jahren. Mit dem 14-Uhr-JuniorTicket gibt es ein Abo für 19,33 Euro pro Monat. Gültig im kompletten VVS-Netz ermöglicht es ab 14 Uhr (in den Ferien ab 9 Uhr, am Wochenende und an Feiertagen ganztags) die Nutzung der VVS-Verkehrsmittel. Dies deckt in der Regel den Bedarf für die Mobilität nach der Schule ab.

Schlussendlich gibt es das Deutschland-Ticket JugendBW für 39,42 Euro. Ohne zeitliche Beschränkung können alle Jugendlichen bis 20 Jahre (mit Ausbildungsnachweis bis 26 Jahre) den ÖPNV bundesweit nutzen.

Platz: 3

Vorschlag Nr. 81863

Der Marienplatz soll wieder grüner werden

Der Marienplatz in Stuttgart ist ein bedeutender sozialer Treffpunkt für Menschen jeden Alters, sowohl an Wochenenden als auch unter der Woche. Insbesondere an sonnigen Tagen wird der Platz von vielen Besuchern frequentiert, die es sich auf dem harten, grauen Beton bequem machen müssen. Die Wärme, die der Boden im Sommer speichert, führt allerdings zu einem unangenehmen Aufenthalt, da es an geeigneten Schattenspendern mangelt. Diese Bedingungen wirken sich nicht nur auf die Passanten aus, sondern auch auf die Betreiber des Wochen- bzw. Bauernmarkts, die unter den extremen Temperaturen zu leiden haben.

In Anbetracht dieser Herausforderungen wäre eine Begrünung des Marienplatzes empfehlenswert. Das Pflanzen von Bäumen würde nicht nur dazu beitragen, den Platz optisch aufzuwerten, sondern auch für ein angenehmeres Klima zu sorgen. Zudem könnten Sitzgelegenheiten um diese Bäume herum installiert werden, um den Besuchern eine komfortablere Möglichkeit zu bieten, sich auszuruhen und den Platz zu genießen. Solche Maßnahmen würden nicht nur die Aufenthaltsqualität erhöhen, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl im Herzen Stuttgarts stärken. Daher ist es wünschenswert, dass die Stadt Stuttgart die Idee in Erwägung zieht, den Marienplatz durch eine nachhaltige Begrünung und verbesserte Sitzmöglichkeiten aufzuwerten.

positive Wertungen: 1066

negative Wertungen: 71

Stellungnahme der Verwaltung

Die aktuelle Gestaltung des Marienplatzes wurde 2003 fertig gestellt und basiert auf einem gewonnenen Wettbewerb durch die Freie Planungsgruppe 7. Daher müsste bei einer Umgestaltung des Marienplatzes auch das Urheberrecht berücksichtigt werden. Zudem ist der Marienplatz der Hauptveranstaltungsort in Stuttgart-Süd und gerade die Fläche zwischen den als U gruppierten Kastanien ist multifunktional und flexibel nutzbar. Große Teile des Marienplatzes sind unterbaut. Einfacher umsetzbar wäre eine zusätzliche Begrünung in den umliegenden Straßen, wie z. B. der Böheimstraße, der Tübinger Straße oder der Jella-Lepman-Straße. Die Planungen dazu befinden sich allerdings noch im Vorplanungsstatus.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd unterstützt den Vorschlag und verweist auf die Vorschläge des Bezirksbeirats zum Doppelhaushalt 2026/27.

Platz: 4

Vorschlag Nr. 82162

Sanierung der elektrischen Infrastruktur der Schulen für eine funktionierende IT

Für die Digitalisierung der Schulen nach den vorhandenen Medienentwicklungsplänen ist eine belastbare und funktionierende Elektrik in den Schulgebäuden Voraussetzung. Derzeit können allerdings IT-Geräte in manchen Schulen noch nicht eingesetzt werden, weil ihr Betrieb die vorhandenen Leitungen überlasten würde.

Wir fordern eine unmittelbare Sanierung der Elektrik der entsprechenden Schulgebäude - schnell und losgelöst von evtl. weiteren Sanierungsplänen, um die betreffenden Schulen digital nicht abzuhängen.

positive Wertungen: 1065

negative Wertungen: 43

Stellungnahme der Verwaltung

Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung wurden die elektrotechnischen (ELT) Anlagen an den Schulen der Landeshauptstadt Stuttgart, wo immer es technisch und baulich möglich war, modernisiert, aufgerüstet und erweitert. So wurde an 80 Schulen die Infrastruktur für eine Erweiterung der Präsentationsmedien realisiert. Für den weiteren Ausbau der Digitalisierung muss in den nächsten Jahren an weiteren Schulen die Elektrik ertüchtigt werden.

Diese Maßnahmen sind ein wichtiger Schritt, um den aktuellen Anforderungen an eine zeitgemäße Lernumgebung gerecht zu werden, allerdings steht das Schulverwaltungsamt als Schulträger bei der Umsetzung weiterer Maßnahmen oft vor großen Herausforderungen. Viele der Schulgebäude haben veraltete technische Anlagen, deren Verteilungsstruktur und zur Verfügung stehende Leistung für die heutigen Anforderungen unterdimensioniert ist. Hinzu kommen die strengen Brandschutzvorschriften, die zusätzliche Hürden darstellen. Dies führt dazu, dass selbst kleinere bauliche oder technische Anpassungen oft nur mit erheblichem Aufwand realisierbar sind.

Komplexere ELT-Sanierungen werden daher im Rahmen des etablierten Sanierungs- und Investitionsprogramms durchgeführt. Dies ermöglicht es dem Schulverwaltungsamt, umfassendere Maßnahmen zu planen und umzusetzen, um die langfristige Funktionalität und Sicherheit der Schulen zu gewährleisten.

Platz: 5

Vorschlag Nr. 80256

Hitzeschutz Innenstadt etwa durch Begrünung

Im gesamten Innenstadtgebiet viel mehr Maßnahmen für den Hitzeschutz umsetzen, dass unsere Stadt auch im Klimawandel bewohn- und erlebbar bleibt, dazu gehören:

Bäume pflanzen (natürliche Klimaanlage und CO₂-Aufnehmer), Trinkbrunnen, offene Wasserflächen, Sonnensegel, Flächen entsiegeln und begrünen.

positive Wertungen: 1055

negative Wertungen: 55

Stellungnahme der Verwaltung

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels und der deutlich zu erfahrenden Auswirkungen auch in Stuttgart hat die Landeshauptstadt ihr Klimawandelanpassungskonzept Stuttgart (KLIMAKS) in 2024 umfangreich fortgeschrieben. Es berücksichtigt auch die Anpassungsstrategie der Bundesregierung zum Klimawandel und konkretisiert dessen Vorgaben für die Landeshauptstadt Stuttgart. KLIMAKS enthält mehr als 70 Einzelmaßnahmen und ein eigenständiges Maßnahmenpaket in Form eines Hitzeaktionsplans. Aktuell wurde hier beispielsweise ein Trinkbrunnenkonzept erarbeitet.

Von zentraler Bedeutung und Voraussetzung für die Umsetzung konkreter blau-grüner, baulicher und sonstiger Maßnahmen sind die enthaltenen planerisch-konzeptionellen Maßnahmen. Beispielsweise werden bei der Erarbeitung quartiersbezogener, städtebaulicher Rahmenpläne, wie dem Rahmenplan Talgrund West, die umzusetzenden Maßnahmen konkret, bedarfsgerecht und betroffenenheitsbezogen verortet. Sie ermöglichen die rechtzeitige Weichenstellung und verhelfen zu konkreten Anpassungsmaßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern.

Konkrete Maßnahmen zur Starkregenvorsorge oder zur Reduzierung der Wärmebelastung (Straßenbaumkonzeption, Erweiterung grüne Infrastruktur etc.) können im Internet nachgelesen werden. Das Anpassungskonzept KLIMAKS ist unter folgender Adresse aufrufbar:

<https://www.stuttgart.de/leben/umwelt/klima/klimawandel/>

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 6

Vorschlag Nr. 82167

Sporthallen umgehend sanieren und Bestand erweitern

Schulsport ist ein wichtiger Bestandteil des Unterrichts an unseren Schulen und dient der Orientierung zu Sportarten und der Gesunderhaltung der Schüler:innen. Für viele Schüler:innen ist Schulsport zudem ein wichtiger Ausgleich zum Unterrichtsalltag im Klassenzimmer.

Die vorhandenen Kapazitäten und die Qualität der Sporthallen und Sportplätze unserer Schulen muss unbedingt umgehend verbessert, erweitert oder erneuert werden, um so einen guten Sportunterricht an den Schulen zu gewährleisten. Hierdurch wird die physische und psychische Gesundheit der Schüler:innen unterstützt.

positive Wertungen: 1020

negative Wertungen: 61

Stellungnahme der Verwaltung

Um den gesetzlichen Anspruch auf Schulsport gemäß Bildungsplan zu erfüllen, ist die Stadt Stuttgart dafür zuständig, ausreichend Kapazitäten an Sportstätten bereitzustellen. Im Rahmen der Priorisierung des städtischen Investitionsprogramms für den Schulbau werden Neu- und Ersatzbauten entsprechend der im Haushalt zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen vorangetrieben. Dies umfasst alle schulischen Investitionen - also Schulräume und Sportstätten. Zum Abbau des Sanierungs- und Investitionsstaus erfolgt darüber hinaus in dem durch Gemeinderatsbeschluss fortgeschriebenen Sanierungsprogramm die Modernisierung und Verbesserung vorhandener Schulen und Sportstätten. Damit werden orientiert nach Prioritäten im Schulbau sukzessive fehlende schulische Räumlichkeiten erstellt und der Sanierungsbedarf abgebaut. In den zweijährig stattfindenden Haushaltsberatungen entscheidet der Gemeinderat dann über die konkret umsetzbaren Projekte.

Neben den personellen und finanziellen Ressourcen muss bei der Entscheidung über den zeitlichen Ablauf der beiden Maßnahmenprogramme (Sanierung, Neubau) immer auch mitbedacht werden, dass es sich meist um Maßnahmen handelt, die im laufenden Betrieb der Schulen und Schulsportanlagen stattfinden. Deshalb muss hier die Bauzeit so geplant und organisiert sein, dass auch bei zeitweiser Schließung oder Wegfall ein bildungsplankonformer Unterricht möglich ist (z.B. durch Interimslösungen).

Die Stadtverwaltung ist bestrebt, Defizite so schnell wie möglich zu beheben. Aufgrund der Vielzahl an anstehenden Projekten kann dies jedoch nur sukzessive nach entsprechenden Prioritäten erfolgen. Aktuell sind z.B. im schulischen Investitionsprogramm bereits über 100 Projekte und Einzelmaßnahmen enthalten, davon betreffen über 20 Projekte auch Sportstätten.

Platz: 7

Vorschlag Nr. 82170

Ausbau Schulsozialarbeit und außerschulischer Angebote

Stuttgart ist eine Großstadt mit vielen Kindern und Jugendlichen aus unterschiedlichsten Herkunftsfamilien mit entsprechend unterschiedlichen Voraussetzungen.

Die wiederkehrenden Vorkommnisse in der Stuttgarter Innenstadt zeigten deutlich, dass bisher nicht alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Auch in Anbetracht der noch vorhandenen Defizite durch die Pandemie für Kinder, Jugendliche und Familien muss der Ausbau der Schulsozialarbeit weiter vorangetrieben werden, um Prävention in jede Richtung umfassend und gut betreiben zu können. Weiterhin benötigen die Kinder aus Flüchtlingsfamilien aufgrund traumatischer Erlebnisse ein sehr enges Netz an Hilfen.

Im Zuge dessen werden ebenfalls Personal und Mittel für außerschulische Angebote wie Jugendfarm, Theaterprojekte usw. benötigt.

Die Bedarfsanalyse der Stadt muss engmaschiger erfolgen und aktuell sein, so dass auch kurzfristig reagiert werden kann.

positive Wertungen: 991

negative Wertungen: 91

Stellungnahme der Verwaltung

Die Jugendhilfeplanung leistet zusammen mit den Fachleitungen der beauftragten freien Träger die gesamtstädtische Fachplanung für die Schulsozialarbeit.

Durch die gemeinderätlichen Beschlüsse zu den vergangenen Haushalten konnte die Schulsozialarbeit kontinuierlich ausgebaut werden. Derzeit sind noch drei öffentliche, allgemeinbildende Grundschulen nicht mit Schulsozialarbeit ausgestattet.

Eine höhere Heterogenität und starke Unterschiede in den Bildungsvoraussetzungen haben in den vergangenen Haushalten eine Aufstockung der Schulsozialarbeit nach sich gezogen. Die Auswahl der Standorte orientiert sich an einem Beschluss des Gemeinderats. Für die Verteilungssystematik sind folgende Bezugspunkte ausschlaggebend:

- Gesamtzahl der Schüler*innen,
- Anzahl der Bonuscardberechtigten Schüler*innen sowie
- Anzahl der inklusiv beschulten Schüler*innen

Die Fachverwaltung nimmt also einen gesamtstädtisch, vergleichenden Blick ein und orientiert sich an der aktuellen amtlichen Schulstatistik.

Der Ressourceneinsatz von Schulsozialarbeit speziell zur Unterstützung neu zugewanderter junger Menschen im Schulsystem wurde ebenfalls per Gemeinderatsbeschluss festgelegt. Schulsozialarbeit an Schulen mit mehr als einer Vorbereitungsklasse soll eine Aufstockung gekoppelt an einen erweiterten Integrationsauftrag erfahren.

Schulsozialarbeit nach dem Stuttgarter Modell ist nicht schulzentriert sondern wirkt auch in die außerschulischen, alltäglichen Bezüge der jungen Menschen in ihren jeweiligen Sozialraum hinein. Sie ist daher mit der außerschulischen Jugendarbeit, Jugendberatung etc. konzeptionell verknüpft.

Der früheste Zeitpunkt für den Ausbau oder die Aufstockung der Schulsozialarbeit wäre zu Beginn des Schuljahres 26/27.

Platz: 8

Vorschlag Nr. 82339

Zeitgemäße Online Bürgerservices statt Warteschlangen und verschlossene Bürgerbüros

Besserer Bürgerservice durch massiven Ausbau des Online-Angebots

- vermeidet Vor-Ort Termine in Bürgerbüros, keine Warteschlangen, Vermeidung von Wegezeiten
- erhöht Flexibilität da 24/7 von überall nutzbar
- reduziert Personalvakanzen der Verwaltung, Job-Attraktivität steigt durch Möglichkeit der Sachbearbeitung im Home-Office, Beratung z.B. auch via Videokonferenz
- Fokus auf häufig genutzte Verwaltungsleistungen (entlastet Einwohner, Gewerbe, Verwaltung z.B. analog Fokusleistungen BMI, sukzessive Angebotserweiterung nach Nutzeneffekt)
- sehr wichtig: einfache, übersichtliche und einheitliche Bedienung (Corporate Identity, User Interface)
- z.B. durch Konsolidierung der vielen in den bestehenden Angeboten vorgegebenen digitalen „Bürger-IDs“ bzw. Namens-/Adresseingaben (z.B. via BundID/DeutschlandID mit eID)
- vertrauenswürdige URLs/Domain-Namen bei den Angeboten (wie z.B. stuttgart.de) sollten derzeitigen Wildwuchs mit unklar vertrauenswürdigen unbekannten Online-Dienstleistern ersetzen
- Ende-zu-Ende Digitalisierung (nicht nur Webeingabeformulare bei diversen Anbietern, sondern auch Rückkanal und Kommunikation/Nachreichungen digital). Sofern verwaltungsintern medienbruchfrei auch digital erhöht dies Geschwindigkeit und reduziert Fehler
- wichtig! Abbau der derzeit bestehenden vielfachen behördlichen Zuständigkeitsverweisungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger – digitale behördliche Leistungen aus einer Hand bzw. über einen Zugang

Folgende aktuelle Wahrnehmung

Die städtischen Online-Services bieten weitgehend (nur) eine Link-Liste zu diversen Behörden/Anbietern – auch innerstädtisch bzgl. der Eigenbetriebe und Ämter, dies höchst divers. Vielfalt zeigt sich auch bei Corporate Identity und UI, was keine einfache Bedienung fördert. Verlinkte Anbieter (auch innerstädtisch) fragen Nutzdaten ab bzw. bieten diverse Konten und IDs an. Die Hürden zur Nutzung und damit für Mehrwerte bei Bürger und Verwaltung sind zu hoch.

positive Wertungen: 990

negative Wertungen: 35

Stellungnahme der Verwaltung

Unter www.stuttgart.de/service/dienstleistungen werden aktuell 232 Dienstleistungen online angeboten, und wir erweitern dieses Angebot fortlaufend.

Videoberatung:

Das erfolgreich abgeschlossene Pilotprojekt zur Videoberatung wird in einem Folgeprojekt auf weitere Bereiche ausgerollt und geht damit in den dauerhaften Betrieb über.

Zur Fokussierung auf häufig genutzte Leistungen:

Die Fallzahlen werden bei den Ämtern angefragt, mit bundesweiten Fokusleistungen abgeglichen und zuletzt auf die Digitalisierungsmöglichkeiten geprüft.

Einheitliches Portal mit einfacher Bedienung:

Der Aufbau eines einheitlichen Portals liegt in der Verantwortung des Bundes. Wir optimieren unser LHS-eigenes Portal regelmäßig im Hinblick auf die responsive Darstellung und Barrierefreiheit.

Ende-zu-Ende-Digitalisierung:

Bezüglich der Entwicklung von Standards bei Schnittstellen zu Fachverfahren besteht eine Abhängigkeit vom Bund. Auch bzgl. der Einbindung der BundID/eID. Inwiefern es weitere Möglichkeiten zur Entwicklung von digitalen Ende-zu-Ende-Prozessen gibt, wird derzeit geprüft.

Bei vielen Services hängen die Kommunen jedoch stark von gesetzlichen Vorgaben und Verfahren des Bundes ab und haben hier nur geringe Gestaltungsspielräume.

Platz: 9

Vorschlag Nr. 80275

Pflanzen von Bäumen an großen versiegelten Flächen.

Um im Sommer die Temperaturen in der Innenstadt zu mindern und Schatten zu spenden ist es notwendig an geeigneten Stellen neue Bäume zu pflanzen. Gerade große freiliegende Flächen, wie Kreuzungen mit Verkehrsinseln (z.B. Charlottenplatz) oder öffentliche Plätze (z.B. Marienplatz, Pariser Platz) sind im Sommer eine Einladung für extreme Temperaturen.

positive Wertungen: 975

negative Wertungen: 52

Stellungnahme der Verwaltung

Bei Umgestaltungen von Plätzen und Straßen wird immer das Thema Begrünung mitgedacht. Das heißt bei jeder Platzumgestaltung wird geprüft, ob neue Baumstandorte möglich sind. Dabei muss die Stadt Stuttgart bei ihrer Planung die Leitungen im Untergrund und auf Verkehrsflächen wie zum Beispiel Kreuzungen auch die Sichtbeziehungen der Verkehrsteilnehmer berücksichtigen.

Im Rahmen der Straßenbaumkonzeption sind in den nächsten Jahren in mehreren Straßen der Innenstadtbezirke zusätzliche Bäume geplant.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 10

Vorschlag Nr. 80027

Einführung eines umfassenden Online-Terminvergabesystems für alle Bürgerbüros

Anliegen zur Verbesserung der Digitalisierung in den Bürgerbüros der Landeshauptstadt Stuttgart

Beschreibung:

Ich schlage vor, ein einheitliches und nutzerfreundliches Online-Terminvergabesystem für alle Bürgerbüros in Stuttgart einzuführen. Dieses System soll folgende Funktionen umfassen:

1. Bürgerbüro-Auswahl:

Bürgerinnen und Bürger sollen gezielt ein bestimmtes Bürgerbüro auswählen können, um dort die verfügbaren Termine für alle Dienstleistungen einzusehen und zu buchen.

2. Termin-Suche:

Alternativ soll es möglich sein, den nächsten verfügbaren Termin unabhängig vom Standort zu finden, um eine schnelle Abwicklung zu ermöglichen.

3. Umfassende Dienstleistungsabdeckung:

Das System sollte alle Anliegen abdecken, die im Bürgerbüro erledigt werden können, z. B. die Beantragung von Ausweisdokumenten, Anmeldungen, Führungszeugnisse und vieles mehr.

4. Benutzerfreundlichkeit:

Eine intuitive Bedienung, mobile Optimierung und barrierefreie Nutzung sind essenziell, damit das System für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist.

Begründung:

Die Digitalisierung der Terminvereinbarung würde eine enorme Erleichterung für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung bringen. Aktuell sind Termine oft schwer zu buchen, und lange Wartezeiten belasten die Bürgerbüros. Mit einem umfassenden Online-System können die Terminvergabeprozesse effizienter gestaltet, Kapazitäten optimal genutzt und die Wartezeiten reduziert werden.

Ein solches System stärkt die Servicequalität der Stadt Stuttgart und trägt zur Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung bei. Es ist ein wichtiger Schritt hin zu einer bürgerfreundlichen und zeitgemäßen öffentlichen Dienstleistung.

positive Wertungen: 973

negative Wertungen: 34

Stellungnahme der Verwaltung

Aktuell ist die neue Online-Terminvereinbarung bereits in den großen Bürgerbüros im Einsatz und soll Zug um Zug auf weitere Bereiche der Stadtverwaltung ausgeweitet werden.

Die Anzeige von freien Terminen nach Wahl eines Bürgerbüros und einer Dienstleistung ist mit der neuen Online-Terminvereinbarung umgesetzt und vorhanden.

Die Funktion einer standortunabhängigen Suche nach freien Terminen ist ebenfalls inzwischen eingeplant und wird umgesetzt.

Auch ist mit der neuen Online-Terminvereinbarung schon jetzt die Anzeige der im jeweiligen Bürgerbüro angebotenen Dienstleistungen möglich.

Da wir uns stark an www.stuttgart.de orientieren, ist eine einfache Bedienung und responsives Design bereits vorhanden. Zudem werden weitere Optimierungen zur Barrierefreiheit stattfinden. Eine einfache mobile Optimierung ist mit der neuen Online-Terminvereinbarung gegeben, das responsive Design passt sich der Bildschirmgröße an.

Platz: 11

Vorschlag Nr. 81379

Heslacher Freibad

Das Heslacher Stadtbad ist weit und breit das einzige Bad für die Bewohner von Stuttgart Süd. Es besitzt eine recht kleine, aber hübsche Liegewiese und im Bad gibt es einen Ausgang zur Liegewiese, der auch beschildert ist. Anscheinend gab es dort früher auch schon einen "Hallenbad-Freibad-Betrieb". Der soll wieder kommen! Das Hallenbad wurde nun über viele Jahre renoviert und war geschlossen. Endlich ist es wieder offen und dann soll es von April bis September wieder zu sein. Für die Bewohner des Südens bleibt nur das Vaihinger Freibad und das ist stark überfüllt. Bitte lasst das Hallenbad Heslach auch im Sommer offen und eröffnet die Liegewiesensaison. Für einen lebenswerteren Stadtteil und ein gutes Stadtgefühl in Stuttgart Süd!

positive Wertungen: 957

negative Wertungen: 63

Stellungnahme der Verwaltung

Im Sommer 2024 boten die fünf städtischen Freibäder rund 650.000 Badegästen Gelegenheit zum Schwimmen unter freiem Himmel und an der frischen Luft. Um im Sommer alle Freibäder mit den umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können, ist ein temporärer saisonaler Mehrbedarf an Personal notwendig. Der bundesweit zu verzeichnende Arbeitskräftemangel führt aber dazu, dass die saisonal zusätzlich erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist. Zur Sicherung der Öffnungszeiten in den Freibädern wurde seit 2019 daher auch auf Fachkräfte aus den eigenen Reihen zurückgegriffen, welche sonst bisher in der Sommersaison in den Hallenbädern eingesetzt waren.

Wie sich die Personalsituation in Zukunft entwickelt, kann nicht vorhergesagt werden. Daher können die Stuttgarter Bäder eine Öffnung des Stadtbads Heslach für die Öffentlichkeit während der Freibadsaison nicht garantieren.

Zukünftig streben die Stuttgarter Bäder gemäß Bäderkonzeption an den Standorten Hallenbad Zuffenhausen und Hallenbad Sonnenberg an, der Öffentlichkeit auch im Sommer sieben Tage in der Woche Wasserfläche zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd unterstützt den Vorschlag und verweist auf die Vorschläge des Bezirksbeirats zum Doppelhaushalt 2026/27.

Platz: 12

Vorschlag Nr. 81423

Solaranlagen auf städtische Gebäude

Die Stadt Stuttgart soll mit gutem Beispiel vorangehen und endlich auf allen städtischen Gebäuden Solaranlagen anbringen und auch in Stromspeicher investieren. Diese Investition hat sich in ein paar Jahren bezahlt gemacht und wirft dann Gewinne ab. Außerdem reduziert dies den Ausstoß von Klimagasen.

positive Wertungen: 931

negative Wertungen: 60

Stellungnahme der Verwaltung

Auf Gebäuden der Stadt Stuttgart sind derzeit 299 Photovoltaik-Anlagen mit einer installierten Leistung von insgesamt 14.770 Kilowatt-Peak (kWp) und einer Fläche von 94.800 m² installiert. Diese Anlagen produzieren jährlich ca. 14.000.000 Kilowattstunden (kWh/a) erneuerbaren Strom. Diese Strommenge entspricht theoretisch dem Jahresverbrauch von ca. 4.400 durchschnittlichen 4-Personen-Haushalten. Dadurch werden jährlich ca. 5.300.000 kg CO₂ eingespart.

268 dieser Photovoltaik-Anlagen betreibt die Stadt selbst, wobei der Strom überwiegend für den Eigenverbrauch genutzt wird. Wo es wirtschaftlich ist, werden Stromspeicher genutzt, um die Eigenverbrauchsrate weiter zu steigern. Die verbleibenden 31 Anlagen werden durch Externe betrieben. Im Jahr 2024 wurden 42 neue städtische PV-Anlagen mit einer installierten Leistung von 2.600 kWp installiert, darunter beispielsweise eine Anlage mit 380 kWp mit vollständigem Eigenverbrauch am Außenklärwerk Ditzingen und eine Anlage mit 279 kWp mit speziellen Leichtbaumodulen aufgrund der geringen Lastreserve auf der Eiswelt Stuttgart.

Derzeit befinden sich weitere 195 städtische Photovoltaikanlagen mit einer geplanten installierten Leistung von über 14.000 kWp im Umsetzungsprozess.

Im Jahr 2019 hatte sich die Stadt mit einem Gemeinderatsbeschluss folgendes Ziel gesetzt: "Alle Schulen werden bis 2025 mit PV-Anlagen ausgestattet. Ausnahmen sind besonders begründungspflichtig."

Bei 147 städtischen Schulen gibt es dazu aktuell (April 2025) folgenden Status:

- auf 104 Schulen sind 134 Anlagen mit 6.300 kWp installiert
- bei 18 Schulen wird eine Anlage in diesem Jahr gebaut
- bei 20 Schulen kann aufgrund von Statik, Sanierungsbedarf oder Denkmalschutz aktuell keine PV-Anlage gebaut werden. Diesen Schulen wird im ersten Schritt der Bau einer Balkon-Anlage angeboten.
- bei 5 Schulen erfolgt der Bau einer PV-Anlage im Zusammenhang mit einer Sanierung bzw. einem Neubau in den kommenden Jahren.

Bis zum Jahr 2030 ist vorgesehen, auf allen städtischen Liegenschaften PV-Anlagen zu installieren, sofern die Voraussetzungen bestehen.

Platz: 13

Vorschlag Nr. 82421

Trinkbrunnen erhalten / ausbauen

Bad Cannstatt hat nach Budapest das größte Mineralwasservorkommen Europas. Brunnen findet man in Bad Cannstatt an allen Ecken. Nicht alle sind Trinkbrunnen. Aber auch Mineralwasser sprudelt in Bad Cannstatt. Einige Quellen haben eine heilende Wirkung, darunter auch Sauerwasser, das jedoch nicht jedem schmeckt.

Die Vielfalt der Brunnen spiegelt die Reichhaltigkeit des Angebotes wider, die nicht nur Cannstatter*innen gerne nutzen. Allen gemeinsam ist, dass es sich um ein Naturprodukt handelt. Andere Städte bemühen sich Trinkbrunnen für den öffentlichen Bereich zu bauen – wir haben die Mineralbrunnen mit dem Naturprodukt direkt vor der Tür. Das ist schützenswert, muss aufgewertet werden und ist nachhaltig und umweltfreundlich!

Als Beispiel dient die Auquelle, sie liegt zwischen dem Neckardammweg und der Neckartalstraße an der linken Neckarseite. Nur wenige Meter oberhalb führt der Mühlsteg zum gegenüberliegenden Stadtbad Cannstatt.

Leider ist die Verglasung des Brunnens so trüb geworden und der Ort so vernachlässigt, dass man sich an diesem Ort mit doch hohem Potential nicht gerne aufhält.

Die AG Neckarvorstadt fände es wünschenswert, wenn sich mehr für die Erhaltung und Umgestaltung dieser Quellenlagen von Seitens der Stadt engagiert würde.

Auch die Infotafeln mit den Nährstoffangaben müssen in gewissen Abständen aktualisiert werden (Angaben aus 2010 sind nicht gerade aktuell und vertrauenswürdig).

positive Wertungen: 921

negative Wertungen: 39

Stellungnahme der Verwaltung

Die Mineralwasserbrunnen werden in regelmäßigen Abständen kontrolliert und gereinigt. Eine zeitweise Verkrustung der Brunnenanlagen lässt sich aufgrund des hohen Mineralienanteils im Wasser leider nicht verhindern.

Die Glassäule der Auquelle kann aufgrund einer defekten Absperreinrichtung derzeit nicht gereinigt werden. Die Instandsetzung der Absperreinrichtung ist für Herbst 2025 geplant. Nach Abschluss der Arbeiten kann die Glassäule voraussichtlich im Frühjahr 2026 gereinigt werden.

Das Kellerbrünnele muss aufgrund eines technischen Defektes am Wasserabfluss saniert werden. Die Planung und Umsetzung der Arbeiten ist für 2025 angedacht.

Der Mühlenbrunnen musste im Zusammenhang mit einer Baustelle im direkten Umfeld außer Betrieb genommen werden. Der Brunnen kann voraussichtlich im Laufe der Brunnensaison 2025 wieder in Betrieb gehen.

Eine Beprobung und Analyse des Mineralwassers erfolgt turnusgemäß durch die Bäderbetriebe Stuttgart. Bei Änderungen in der Zusammensetzung der Wasserwerte müssen die Infotafeln erneuert werden. Die mineralische Zusammensetzung von natürlichem Mineralquellwasser aus großen Tiefen ändert sich über die Jahre kaum, daher sind die angegebene Analysen über lange Zeiträume gültig.

Die Informationstafeln zu den Mineralgehalten an den Anlagen wurden 2025 bereits erneuert.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 14

Vorschlag Nr. 80171

Böllerverbot

Komplettes Böllerverbot für Privatpersonen!

Schon Tage vor Silvester belästigen Böller Mensch und Tier.

An Silvester wird es richtig grotesk: Wir vermüllen alle erdenklichen Plätze und die Stadt räumt es am Folgetag im Schießpulvernebel wieder weg. Die Notaufnahmen sind eh am Anschlag und wir produzieren scheinbar gleichgültig zusätzliche Verletzte. Unfassbar!

positive Wertungen: 921

negative Wertungen: 192

Stellungnahme der Verwaltung

Das Abbrennen von Feuerwerken der Kategorie 2 ist nach den bundesgesetzlichen Regelungen des Sprengstoffrechts am 31. Dezember und 01. Januar erlaubt. Unterjährig, d.h. an allen anderen Tagen, ist das Abzünden von konsumüblichem Silvesterfeuerwerk gem. § 41 Abs. 2 Sprengstoffgesetz i.V. § 46 der 1. Verordnung zum Sprengstoffgesetz unzulässig und bußgeldbewehrt.

Die bundeseinheitliche Regel ist abschließend und gibt der Stadtverwaltung nicht den gewünschten Spielraum für das Reduzieren von Feuerwerken zum Jahreswechsel.

Platz: 15

Vorschlag Nr. 81226

Mehr Blühflächen in Parks

Wir sollten mehr Blühflächen mit regionalem Saatgut und ökologisch sinnhafter Pflege in Parks anlegen.

- Sie helfen bedrohten Tieren, z.B. Wildbienen, Schmetterlingen und Vögeln.
- Sie erfreuen viele von uns von Frühling bis Herbst durch bunte, wilde Schönheit.
- Sie sind auf Dauer kostengünstiger als Rasen, da sie höchstens dreimal im Jahr gemäht werden müssen.

positive Wertungen: 917

negative Wertungen: 63

Stellungnahme der Verwaltung

Extensive Grünflächen-Bewirtschaftung wird bereits praktiziert. Hierzu können vor allem größere Flächen im Außenbereich, wie z.B. Eglerseer Heide, einen Großteil zur Förderung der Biodiversität beisteuern. In der Regel wird hier nur 1-2 Mal pro Jahr gemäht und das Schnittgut abgefahren.

Im innerstädtischen Bereich auf meist kleineren Flächen ist die extensive Grünlandbewirtschaftung vielen Einflussfaktoren unterworfen. Nicht alle Flächen sind auf Grund von Größe, Bodenbeschaffenheit, Nutzerdruck, Sichtbeziehungen bzw. Straßenverkehr zur extensiven Bewirtschaftung geeignet. Einsaaten mit Wildblumenmischungen stellen hohe Ansprüche an das vorbereitete Saatbett.

Die sich auf natürliche Weise einstellende Vegetation ist aus ökologischen Gründen Einsaaten vorzuziehen. Heimische Wildinsekten sind auf die heimischen Wildkräuter spezialisiert und angewiesen.

Extensive Wiesenmähd mit anschließender Abnahme des Langgrases bedarf der Spezialisierung bei ausführenden Firmen und städtischen Einrichtungen. Dieser Prozess ist noch nicht vollständig vollzogen. Viele Jahre lang wurden viele Flächen mehrmals jährlich gemulcht und Schnittgut verblieb auf den Flächen. Diese Bewirtschaftungsart wird im Moment angewendet und wo immer machbar, umgestellt. Folgende Flächen im innerstädtischen Bereich werden durch Blumenmischungen oder extensives Mähen bereits beispielhaft gepflegt: Grünzug Bahnhof Möhringen, Spielplatz Bernsteinstraße Sillenbuch, Gustav-Barth-Straße Sillenbuch, Pragsattel an Stadtbahnhaltestelle, Leibfriedscher Garten, Heilbronner Straße (Flächen im Heuschnitt und teilweise mit Orchideenvorkommen).

Platz: 16

Vorschlag Nr. 82159

IT Support vor Ort in Schulen - "IT Hausmeister"

Zum Glück ist ein Pilot-Projekt im letzten Haushalt vorgesehen worden, in dem erforscht werden soll ob eine Unterstützung in den Schulen vor Ort die Lehrkräfte in Sachen IT-Administration entlasten könnte.

Allerdings - liegt doch schon auf der Hand, dass Personen vor Ort, die statt der viel zu wenigen Lehrkräfte die immer mehr Digitalgeräte an den Schulen administrieren - eine Entlastung sein werden. Insbesondere wenn es Fachkräfte für IT sind...

Lehrkräfte sind rar, ausgebildet für Pädagogik - können und wollen also besser unterrichten als Systemadministration. Bisher wurden Lehrkräfte für die Betreuung der IT-Struktur an deren Schule stundenweise freigestellt. Diese Zeit wird aber von unseren Schüler:innen benötigen - vor allem vor dem Hintergrund des aktuellen und künftigen Mangels an Lehrkräften.

Wir fordern daher einen flächendeckenden IT-Support für alle Schulen, der jeweils vor Ort ist. Das laufende Pilotprojekt zum IT-Support muss massiv erweitert und beschleunigt werden. Parallel zu den Erkenntnissen aus dem hoffentlich bald stabil laufenden Pilot sollten schon IT-Fachkräfte für die Ausweitung auf alle Schulen angeworben werden - denn auch diese sind rar.

positive Wertungen: 912

negative Wertungen: 75

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung stellt seit dem Jahr 2003 ein zentrales IT-Service und –Supportangebot für die pädagogische IT- und Medienumgebung der Stuttgarter Schulen zur Verfügung. Durch den DigitalPakt Schule 2019 bis 2024 erweiterte sich nicht nur der Aufgabenumfang der Landeshauptstadt Stuttgart, sondern auch die Tätigkeiten der verantwortlichen Lehrkräfte mit Abordnungsdeputaten als Netzwerkberater/-innen (NWB) und Multi-mediaberater/-innen (MMB). Entsprechend wurde zum Doppelhaushalt 2024/ 2025 ein Pilotprojekt mit drei Planstellen zur Schaffung von drei IT-Fachkräften vor Ort an den Schulen (nachfolgend Technische Assistenten genannt) zur Unterstützung der verantwortlichen Lehrkräfte geschaffen. Dies ergänzt den bestehenden ganzheitlichen Support der Schulen.

Die Verwaltung hat im ersten Quartal 2025 mit der Einstellung des ersten Technischen Assistenten das Pilotprojekt „Einführung der Technischen Assistenten an Stuttgarter Schulen“ gestartet. Dieses Pilotprojekt wird an zehn Schulen in Stuttgart-Feuerbach umgesetzt. Dabei sind alle Schularten vertreten. In der ersten Phase werden die Technischen Assistenten an zwei Beruflichen Schulen eingesetzt. Dort sollen sie die Schulen unterstützen und die verantwortlichen Lehrkräfte entlasten bei gleichzeitiger Erhöhung der Verfüg- und Nutzbarkeit der pädagogischen IT und Medien. In den nachfolgenden Phasen werden alle weiteren Schularten in Stuttgart-Feuerbach betrachtet.

Die Ergebnisse des Pilotprojekts werden im Sommer 2025 bewertet. Über eine mögliche Erweiterung des Pilotprojekts soll ggfs. im Rahmen des Doppelhaushalts 2026/2027 aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse entschieden werden.

Platz: 17

Vorschlag Nr. 82161

Gesicherte und qualifizierte Kinderbetreuung an Grundschulen

Um dem künftigen Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern gerecht zu werden, benötigen wir qualifizierte und ausgebildete pädagogische Fachkräfte. Diese sollten bereits in der Ausbildung (zB PIA = Praxisintegrierte Ausbildung) auf die Altersklasse ab 6 Jahren spezialisiert werden.

Dies ist bisher nicht der Fall – der Schwerpunkt der Ausbildung liegt momentan auf dem Kita-Alter.

Die Bedürfnisse von Grundschulkindern sind aber andere und gehen darüber hinaus. Ebenso müssen Fachkräfte, welche aus dem Elementarbereich in die Grundschulen wechseln, rasch durch Fort- und Weiterbildungen für die Herausforderungen des Ganztags geschult werden.

positive Wertungen: 898

negative Wertungen: 83

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaföG) soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder bundesweit ab dem Jahr 2026 eingeführt werden. In Stuttgart hat der Gemeinderat bereits im Jahr 2011 den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsgrundschulen beschlossen. Um den Bedürfnissen und Rechten der Grundschulkinder Rechnung zu tragen und die Qualität der Betreuung an den Stuttgarter Ganztagsgrundschulen zu sichern, wurden seit 2012 Nachqualifizierungsprogramme für die Betreuungskräfte des Schulverwaltungsamts und des Jugendamts entwickelt und fortgeführt. Dieses modulare Nachqualifizierungskonzept wird seit dieser Zeit neu eingestellten Betreuungskräften des Schulverwaltungsamtes und des Jugendamtes angeboten und ist Voraussetzung für einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Dementsprechend ist die Nachfrage bis heute ungebrochen.

Stadtverwaltung und freie Träger der Jugendhilfe haben gemeinsam einen erweiterten Fachkräftekatalog für die Arbeit in Schülerhäusern und Ganztagesgrundschulen definiert und die erforderlichen Fortbildungstage für einzelne Professionen festgelegt. Parallel dazu bietet jeder der in der Schulkindbetreuung aktiven freien Träger im Rahmen seiner Möglichkeiten eigene Qualifizierungsprogramme an.

Darüber hinaus soll die Nachqualifizierung von nicht-pädagogischen Betreuungskräften an Ganztagsgrundschulen stadtweit vereinheitlicht und aus einer Hand angeboten werden. Neben einheitlichen Standards soll damit auch der Gefahr begegnet werden, dass kleinere Träger auf Nachqualifizierung verzichten, ausschließlich (schwer zu akquirierendes) Fachpersonal einstellen und damit Unterbesetzung riskieren.

Aktuell erarbeitet die Schulverwaltung in Abstimmung mit den freien Trägern der Ganztagsgrundschulen und der vhs Stuttgart ein Nachqualifizierungsprogramm für nicht-pädagogische Fachkräfte der freien Träger an Ganztagsgrundschulen, welches der AZAV-Zertifizierung der Bundesagentur für Arbeit und der Rahmenkonzeption für die Qualifizierung von Schulkindbetreuungskräften des Volkshochschulverbandes Baden-Württemberg entsprechen soll. Für die Umsetzung dieses Nachqualifizierungsprogramms wird eine Kooperation mit der vhs Stuttgart angestrebt.

Weitere Handlungsfelder sind die Entwicklung einer berufsbegleitenden Ausbildung zum Ganztagspädagogen sowie die Entwicklung eines modularen Aufbaustudiums und die Anerkennung ausländischer Qualifikationen für die Schulkindbetreuung. Beim Jugendamt als städtischem Träger der Schulkindbetreuung werden aktuell schon PiA-Auszubildende (praxisintegrierte Ausbildung zum/zur Erzieher(in) im Schulkindbereich eingesetzt, da es sich bei der PiA für Erzieher*innen um eine Breitbandausbildung für alle Altersbereiche handelt. Geplant ist auch die Entwicklung einer pädagogischen Grundlagenschulung für die Kooperationspartner aus den Bereichen Kultur, Sport und Natur.

Platz: 18

Vorschlag Nr. 80346

Potentiale des Neckars erkennen

Ich würde ich mir wünschen, dass die Stadt Stuttgart die Potentiale des Neckars erkennt und viele Aufenthaltsorte schafft sowie einen schönen Weg am Fluss, wo Leute entspannen und Spazieren gehen können, eventuell sogar Sport treiben. Dieser Bereich sollte sich am besten in Stadt-Nähe befinden, sodass die Bewohner von Stuttgart möglichst viel davon haben.

positive Wertungen: 881

negative Wertungen: 42

Stellungnahme der Verwaltung

Auch die Landeshauptstadt Stuttgart möchte den Menschen den Zugang zum Fluss ermöglichen und hat mit dem Masterplan "Erlebnisraum Neckar" Orte in Stuttgart entlang des Neckars herausgearbeitet, Projektideen entwickelt und ist dabei, diese sukzessive umzusetzen. Der Masterplan ist ein Handlungsprogramm, das an vielen Abschnitten des Neckarufers Maßnahmen vorsieht, um gestalterische und funktionale Verbesserungen für Freizeit und Erholung, aber auch für Natur und Landschaft zu erreichen.

(siehe <https://www.stuttgart.de/leben/stadtentwicklung/erlebnisraum-neckar.php>).

Aufgrund von Herausforderungen wie Anforderungen an Ökologie, Schifffahrt und Hochwasserschutz sowie der gegebenen Eigentumsverhältnisse sind die Planungen komplex und erfordern langwierige Genehmigungsverfahren.

Ein Projekt, das bereits zum Teil fertig gestellt wurde, ist das "Lindenschulviertel".

Die weiteren Bauabschnitte (Platzgestaltung sowie der Steg im Wasser) werden in den kommenden Jahren umgesetzt.

In der Planung weit fortgeschritten ist das Projekt „Hechtkopf am Sicherheitshafen“. Dort steht noch eine Baugrunduntersuchung aus und soll ebenfalls in den kommenden Jahren umgesetzt werden.

Die Verwaltung arbeitet zudem daran, den Neckar an weiteren Orten erlebbar zu machen. Dabei handelt es sich um größere Projekte u.a. im innerstädtischen Bereich Wasenufer und Neckarknie (siehe WB zum Neckarknie: <https://www.stuttgart.de/leben/stadtentwicklung/oeffentlichkeitsbeteilig...>), im Außenbereich um das Projekt Naturoase Auwiesen sowie um ergänzende kleinere Orte in den Vororten von Stuttgart, die zeitnah umgestaltet und zugänglich gemacht werden sollen.

Die Realisierung befindet sich in unterschiedlichen Phasen der Vergabe und der Planung.

Platz: 19

Vorschlag Nr. 80922

Mineralwasserbrunnen in Cannstatt sanieren

Einige dieser Mineralwasserbrunnen sind in einem desolaten Zustand. Sie sollten renoviert, instandgesetzt, beschriftet und gut zugänglich gemacht werden. Stuttgart könnte die ruhig ein wenig besser präsentieren, als Stadt mit dem zweitgrößten Mineralwasservorkommen Europas.

Ich verstehe gar nicht, warum die so stiefkindlich behandelt werden. Eine Brunnentour durch Cannstatt und Berg wäre sicherlich eine Sehenswürdigkeit, wenn die alle funktionieren würden. Da ist auf jeden Fall Potenzial.

positive Wertungen: 880

negative Wertungen: 46

Stellungnahme der Verwaltung

Die Mineralwasserbrunnen werden in regelmäßigen Abständen kontrolliert und gereinigt. Eine zeitweise Verkrustung der Brunnenanlagen lässt sich aufgrund des hohen Mineralienanteils im Wasser leider nicht verhindern.

Die Glassäule der Auquelle kann aufgrund einer defekten Absperreinrichtung derzeit nicht gereinigt werden. Die Instandsetzung der Absperreinrichtung ist für Herbst 2025 geplant. Nach Abschluss der Arbeiten kann die Glassäule voraussichtlich im Frühjahr 2026 gereinigt werden.

Das Kellerbrünnele muss aufgrund eines technischen Defektes am Wasserabfluss saniert werden. Die Planung und Umsetzung der Arbeiten ist für 2025 angedacht.

Der Mühlenbrunnen musste im Zusammenhang mit einer Baustelle im direkten Umfeld außer Betrieb genommen werden. Der Brunnen kann voraussichtlich im Laufe der Brunnensaison 2025 wieder in Betrieb gehen.

Eine Beprobung und Analyse des Mineralwassers erfolgt turnusgemäß durch die Bäderbetriebe Stuttgart. Bei Änderungen in der Zusammensetzung der Wasserwerte müssen die Infotafeln erneuert werden. Die mineralische Zusammensetzung von natürlichem Mineralquellwasser aus großen Tiefen ändert sich über die Jahre kaum, daher sind die angegebene Analysen über lange Zeiträume gültig.

Die Informationstafeln zu den Mineralgehalten an den Anlagen wurden 2025 bereits erneuert.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 20

Vorschlag Nr. 81264

Digitalisierung der städtischen Prozesse

Die Überlastung des Bürgerbüros und der Ausländerbehörde ist ein Hinweis darauf, dass bestehende analoge und manuelle Prozesse optimiert werden müssen. Eine umfassende Digitalisierung kann Effizienz steigern, Wartezeiten reduzieren und Bürgerfreundlichkeit erhöhen.

Vorschlag zur digitalen Transformation:

1. Erweiterung des Online-Portals

Das Online-Portal sollte um alle Dienstleistungen des Bürgerbüros und der Ausländerbehörde erweitert werden. Bürger:innen sollten Anträge, Terminbuchungen, Dokumentenuploads und Statusabfragen digital durchführen können. Das Portal sollte auch eine KI-gestützte Chat-Funktion für Fragen anbieten.

2. Digitalisierung von Formularen und Prozessen

Alle Formulare sollten als digitale, interaktive Versionen verfügbar sein. Diese können automatisch geprüft werden, um Fehler zu minimieren. Die Bearbeitung wird durch automatisierte Workflow-Management-Systeme beschleunigt, die Anträge direkt an die zuständigen Sachbearbeiter:innen leiten.

3. Digitale Identitätsnachweise

Durch die Integration des elektronischen Personalausweises und der eID-Funktion können Bürger:innen ihre Identität sicher und schnell verifizieren, was insbesondere für Anträge im Bereich der Ausländerbehörde hilfreich ist.

4. Virtuelle Beratung

Video-Beratungstermine können die persönliche Vorsprache in vielen Fällen ersetzen. Dies spart Zeit sowohl für die Bürger:innen als auch für die Mitarbeitenden.

5. Self-Service-Terminals

Für Bürger:innen ohne Zugang zum Internet könnten in öffentlichen Gebäuden Self-Service-Terminals eingerichtet werden, um die Online-Dienste zu nutzen.

6. Mobile App

Eine App könnte den Zugang zu Informationen und Services erleichtern, Push-Benachrichtigungen senden und eine Statusübersicht der gestellten Anträge bieten.

Die Digitalisierung spart nicht nur Zeit und Ressourcen, sondern trägt auch zu einer modernen, bürgernahen Verwaltung bei. Stuttgart könnte dadurch Vorreiter für innovative Stadtverwaltung werden.

positive Wertungen: 875

negative Wertungen: 34

Stellungnahme der Verwaltung

Zu 1. und 2.

Die Integration von weiteren Online-Dienstleistungen und die Überarbeitung von bestehenden Online-Dienstleistungen der Bürgerbüros und der Ausländerbehörde auf stuttgart.de ist Teil der täglichen Arbeit der Landeshauptstadt Stuttgart.

Die eID-Funktion ist bereits bei einigen Online-Services im Einsatz. Mit jedem neuen Online-Service wird gemeinsam mit den zuständigen Fachämtern geprüft, ob die Integration der eID-Funktion sinnvoll bzw. notwendig ist. Auch mit den Themen KI und Automatisierung beschäftigen wir uns. Ein ChatBot für stuttgart.de befindet sich aktuell in der Testphase.

Zu 3.

Digitale Identitätsnachweise liegen in der Hoheit des Bundes und sind über das EUDI-Wallet aktuell in Planung: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/09/eudi-wa...>

zu 4.

Das Pilotprojekt zur Videoberatung wurde erfolgreich abgeschlossen und wird in einem Folgeprojekt aktuell auf weitere Bereiche der Stadtverwaltung ausgerollt und geht damit in den dauerhaften Betrieb über.

Zu 5.

Selfservice-Terminals für Personen ohne Internet wurden vor vielen Jahren abgebaut. Die Terminals hatten

einen hohen Wartungsaufwand und der Nutzungsgrad ist aufgrund des intensiven Gebrauchs von (internetfähigen) Smartphones sehr gering.

Zu 6.

Die Homepage stuttgart.de ist auch für mobile Endgeräte optimiert und bietet zahlreiche Informationen zu Services sowie aktuelle Informationen.

Push-Benachrichtigungen für Anträge gibt es derzeit noch nicht, sind jedoch für weitere Ausbaustufen eine sinnvolle Option.

Platz: 21

Vorschlag Nr. 81106

Reisepass online beantragen

Die Bürgerbüros sind überlastet. Um einen Reisepass zu beantragen, muss man in ein Bürgerbüro gehen. Vorschlag: Bürger, die einen Personalausweis mit Online-Ausweisfunktion (biometrische Daten auf Chip im Ausweis) sollen den Reisepass online beantragen können. Der Personalausweis wird über eine Lesegerät bzw. die Ausweis-App auf dem Smartphone ausgelesen (wie z.B. für die Elster-Anwendungen). Es sollte noch möglich sein, mit den Online-Antrag ein neues Passbild und die Unterschrift (ist derzeit nicht auf dem Chip gespeichert) hochzuladen. Mit diesen Daten wird der neue Reisepass erstellt. Sobald der Ausweis erstellt wurde, kann er im Bürgerbüro abgeholt werden. Dort können dann auch noch evtl. notwendige Identitätskontrollen vorgenommen werden.

positive Wertungen: 875

negative Wertungen: 35

Stellungnahme der Verwaltung

Passfotos werden seit dem 01.05.2025 von zugelassenen Fotografen digital an die Bürgerbüros übertragen, in einigen Bürgerbüros kann die Erstellung der Passbilder direkt über Self-Service-Terminals erfolgen.

Eine komplett digitale Beantragung des Reisepasses ist aktuell rechtlich nicht möglich. Die Änderung der rechtlichen Grundlage liegt beim Bund, die Kommunen haben hier keinen Gestaltungsspielraum.

Mittlerweile kann der Reisepass nach Fertigstellung an eine Adresse nach Wahl (z.B.: Wohnung, Arbeitsstätte) innerhalb von ca. fünf Arbeitstagen zugestellt werden.

Die Leistungen rund um den Personalausweis werden aktuell durch das BMI digitalisiert. Dazu gehören unter anderem die Verlustmeldung oder die Befreiung von der Ausweispflicht.

Platz: 22

Vorschlag Nr. 81524

In öffentlichen Grünflächen Blütmischungen für Insekten säen und den Sommer über nicht abmähen

Das Insektensterben ist in aller Munde. Daher möchte ich anregen, unseren Insekten auf öffentlichen Grünflächen Blumenmischungen zu säen. Diese können den ganzen Sommer über allen möglichen Insekten nützlich sein und man muss diese Flächen in diesem Zeitraum nicht mähen. Die Kosten der Blütmischungen würden sich sicherlich durch die Kostenersparnis durch das nicht mähen müssen amortisieren.

Zum Beispiel gibt es in der Schemppstraße vor dem Feuerwehrhaus Riedenberg eine mittelgroße Grünfläche, welche sich optimal dafür anbieten würde. Des weiteren gibt es entlang der Schemppstraße Bäume am Straßenrand, in deren Grünflächen man ebenfalls Blumenmischungen säen könnte.

Im gesamten Stadtgebiet gibt es noch viele weitere Grünflächen, die man hierfür nutzen könnte. Es sieht nicht nur gut aus, sondern hilft auch den Insekten Nahrung zu finden.

positive Wertungen: 875

negative Wertungen: 79

Stellungnahme der Verwaltung

Extensive Grünflächen-Bewirtschaftung wird bereits praktiziert. Hierzu können vor allem größere Flächen im Außenbereich, wie z.B. Eglerseer Heide, einen Großteil zur Förderung der Biodiversität beisteuern. In der Regel wird hier nur 1-2 Mal pro Jahr gemäht und das Schnittgut abgefahren.

Im innerstädtischen Bereich auf meist kleineren Flächen ist die extensive Grünlandbewirtschaftung vielen Einflussfaktoren unterworfen. Nicht alle Flächen sind auf Grund von Größe, Bodenbeschaffenheit, Nutzerdruck, Sichtbeziehungen bzw. Straßenverkehr zur extensiven Bewirtschaftung geeignet. Einsaaten mit Wildblumenmischungen stellen hohe Ansprüche an das vorbereitete Saatbett.

Die sich auf natürliche Weise einstellende Vegetation ist aus ökologischen Gründen Einsaaten vorzuziehen. Heimische Wildinsekten sind auf die heimischen Wildkräuter spezialisiert und angewiesen.

Extensive Wiesenmahd mit anschließender Abnahme des Langgrases bedarf der Spezialisierung bei ausführenden Firmen und städtischen Einrichtungen. Dieser Prozess ist noch nicht vollständig vollzogen. Viele Jahre lang wurden viele Flächen mehrmals jährlich gemulcht und Schnittgut verblieb auf den Flächen. Diese Bewirtschaftungsart wird im Moment angewendet und wo immer machbar, umgestellt. Folgende Flächen im innerstädtischen Bereich werden durch Blumenmischungen oder extensives Mähen bereits beispielhaft gepflegt: Grünzug Bahnhof Möhringen, Spielplatz Bernsteinstraße Sillenbuch, Gustav-Barth-Straße Sillenbuch, Pragsattel an Stadtbahnhaltestelle, Leibfriedscher Garten, Heilbronner Straße (Flächen im Heuschnitt und teilweise mit Orchideenvorkommen).

Platz: 23

Vorschlag Nr. 81892

Beete als mehrjährige, regionale und bunt blühende Staudenbeete anlegen, statt sie jedes Jahr neu zu bepflanzen

Regionale Wildblumen sind in aller Regel mehrjährig. Sie müssen also nicht jedes Jahr mit hohem finanziellem und Arbeitsaufwand neu gepflanzt werden. Zusätzlich bieten sie bedrohten Tieren - wie vielen Wildbienen oder Schmetterlingen - eine Nahrungsgrundlage.

positive Wertungen: 861

negative Wertungen: 54

Stellungnahme der Verwaltung

Die Wechselblorbepflanzungen wurden bereits die letzten Jahren um klimaangepasste Staudenmischpflanzungen ergänzt. In Anbetracht des Klimawandels, ökologischer Belange und knapper personeller und finanzieller Ressourcen wird diese Maßnahme verstärkt fortgesetzt. Wildblumen werden bereits im weniger repräsentativen Außenbereich mittels Einsaat oder durch anhaltend extensive Bewirtschaftung zusätzlich gefördert. Der Prozess wird in den nächsten Jahren weiter verstärkt.

Platz: 24

Vorschlag Nr. 81829

Strengere Regeln zum Abstellen von Miet-Scootern

Es wäre sinnvoll, strengere Regelungen für das Abstellen von Miet-Scootern einzuführen. Derzeit werden diese oft mitten auf Gehwegen abgestellt, wodurch Fußgänger, insbesondere Mütter mit Kinderwagen oder ältere Menschen, erheblich behindert werden.

Zwar stellen Scooter eine praktische Fortbewegungsmöglichkeit für die Nutzer dar und sind ein lukratives Geschäft für die Anbieter. Es sollten jedoch grundlegende Regeln festgelegt werden, um sicherzustellen, dass sie nicht im Weg stehen.

Beispielsweise könnte man festlegen, dass die Scooter nur an bestimmten, klar gekennzeichneten Orten abgestellt werden dürfen, um genügend Platz für Fußgänger zu lassen. Zudem sollten die Anbieter verpflichtet werden, die Identität der Nutzer zu erfassen, sodass im Falle eines Verstoßes gegen die Abstellregeln Strafen verhängt werden können. Auf diese Weise würde ein Anreiz geschaffen, die Scooter verantwortungsbewusst abzustellen.

positive Wertungen: 861

negative Wertungen: 64

Stellungnahme der Verwaltung

Es ist nicht erlaubt, E-Scooter beliebig im öffentlichen Verkehrsraum abzustellen. Vielmehr gelten die gleichen Regeln wie für Radfahrer. Insbesondere ist das verkehrsbehindernde Abstellen nicht zulässig; auf Gehwegen gilt eine verbleibende Restbreite von 2 m als Richtwert.

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat ein Sondernutzungskonzept erstellt und den Betrieb von Verleih-E-Scootern von einer Sondernutzungserlaubnis abhängig gemacht. Anfang 2024 haben vier Anbieter Sondernutzungserlaubnisse erhalten und sind damit an Auflagen und Bestimmungen für verkehrssicherheitliche Belange gebunden.

Der Anbieter ist beispielsweise verpflichtet, einen nicht ordnungsgemäß abgestellten E-Scooter innerhalb von 4 Stunden zu entfernen. Bei umgefallenen Scootern oder solchen, von denen eine Gefahr für andere ausgeht, muss der Scooter unverzüglich entfernt werden. Bei Nichtbeachtung kann der Scooter auch von Amts wegen auf Kosten des Anbieters entfernt werden.

Über diese Festlegungen zur Kontrolle hinaus verfolgt die Stadt Stuttgart das Ziel, durch flankierende Maßnahmen wie Abstellverbotszonen und markierte Abstellflächen ein sog. hybrides Konzept zur Nutzung der E-Scooter im Stadtgebiet zu etablieren. Dieses Konzept erlaubt weiterhin das Abstellen der E-Scooter (außerhalb von sog. Hot-spots) nach dem vom Gemeinderat beschlossenen „Free Floating Modell“ vor. Es soll eine möglichst hohe Flexibilität für die Nutzenden erhalten werden.

Durch bußgeldbewehrte Überwachung, auch der Anbieter, einerseits und öffentlichkeitswirksame Kampagnen andererseits sollen alle Beteiligten weiter für Regeln dieser neuen Art der Mobilität sensibilisiert werden.

Platz: 25

Vorschlag Nr. 81806

Alleebäume vor dem Katharinenhospital pflanzen

Vor den Neubauten des Katharinen-Hospitals an der Kriegsbergstraße herrscht gähnende Asphalt-Leere. Zwecks Verbesserung des Kleinklimas (und auch für die Optik) sollten hier einige Alleebäume gepflanzt werden.

positive Wertungen: 854

negative Wertungen: 51

Stellungnahme der Verwaltung

Für die Kriegsbergstraße vor den Neubauten des Katharinen-Hospitals sind - auch als Ausgleich für bereits entfallene Bäume - mindestens 24 straßenbegleitende Neupflanzungen vorgesehen. Hinzu kommen ggf. weitere Baumpflanzungen rund um den Hegelplatz, sobald die Planung für diesen abgeschlossen sein wird. U. a. aufgrund erforderlicher Umplanungen ist der Zeitpunkt der Umsetzung derzeit aber noch nicht absehbar.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 26

Vorschlag Nr. 81337

Toiletten im Stadtgarten

Für einen längeren Aufenthalt, gerade im Sommer, fehlen Toiletten. Ein längerer Aufenthalt oder z.B. ein Picknick ist somit nicht möglich, was sehr schade ist.

Die Toiletten müssen nicht zwingend kostenlos sein, diese kleineren, mobileren Toilettenhäuschen, wie es sie z.B. neben dem Rathaus oder am Spielplatz Kronprinzenstraße gibt, würde schon helfen.

positive Wertungen: 851

negative Wertungen: 54

Stellungnahme der Verwaltung

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) betreibt aktuell 72 öffentliche Toilettenanlagen im Stadtgebiet. Seit dem Jahr 2023 setzt der AWS ein Programm zur Erneuerung von 27 automatischen Toilettenanlagen um. Am Standort Marienplatz und Paulinenbrücke sind bereits zwei dieser Toiletten in Betrieb. Diese neuen Toiletten werden barrierefrei gestaltet und sind aufgrund ihrer Größe besser sichtbar, was sie für die Nutzer leichter auffindbar macht.

Bei der Prüfung geeigneter Standorte für öffentliche Toiletten muss sichergestellt werden, dass infrastrukturelle Anforderungen erfüllt sind. Für kleinere mobile Toilettenhäuschen sind Platzverhältnisse, Zugänglichkeit und die Sicherstellung der regelmäßigen Reinigung und Wartung wichtige Faktoren. Laut ersten Voruntersuchungen sind im Innenstadtbereich ausreichend öffentliche Toiletten vorhanden.

Für die Stadtgebiete, in denen zusätzliche Toiletten benötigt werden, wird eine Studie durchgeführt, um den Bedarf zu ermitteln.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 27

Vorschlag Nr. 80764

Weniger Grünflächen zupflastern

Es wäre schön, wenn bestehende Grünflächen bestehen bleiben, ebenso Blumenkästen weiterhin bepflanzt werden und nicht zugepflastert und abgebaut werden. Jüngstes Beispiel Palais. Dort gibt es jetzt eine breite gepflasterte Fläche. Die kleine Wiede und die Blumenkästen wurden entfernt. Sehr schade, sieht hässlich aus und trägt nicht dazu bei, dass Stuttgart grünet wird. Dann hätte man es besser so gelassen und das Geld gespart. Der Marienplatz hat ebenfalls eine unglückliche Gestaltung. Keine Sitzmöglichkeiten auf dem Platz und auch keinen Sonnenschutz, dasselbe auf dem Marktplatz. Keine Bäume und nicht einladend zum Verweilen.

positive Wertungen: 848

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Bei den genannten Beispielen Stadtpalais, Marienplatz und Markplatz führte ein langer Abwägungsprozess der vielfältigen Nutzungsansprüchen der modernen Stadtgesellschaft sowie ökologischer und klimatologischer Aspekte zu den nun realisierten städtebaulichen Lösungen.

Platz: 28

Vorschlag Nr. 81204

VVS Tagedticket für Kinder

Unglaublich aber wahr: Es gibt nur ein reguläres Tagedticket, kein ermäßigtes Tagedticket für Kinder bei der VVS.

In diesem Alter sind Kinder durchaus schon alleine mit Bus und Bahn unterwegs und müssen in diesem Fall das teure Ganztagedticket für Erwachsene bezahlen.

Ich finde, dies ist im Rahmen einer kinderfreundlichen Stadt längst überfällig. Deshalb muss dringend ein Einzel-Tagedticket für Kinder (6-14 Jahren) eingeführt werden, dass genauso wie das Einzelticket für Kinder um ca. 50% zum regulären Preis reduziert ist.

positive Wertungen: 842

negative Wertungen: 66

Stellungnahme der Verwaltung

In Baden-Württemberg gibt es bisher nur bei 3 von 19 Verkehrsverbünden ein TagesTicket für Kinder. In den kommenden Jahren wird jedoch das Ticketsortiment des VVS grundlegend auf den Prüfstand gestellt.

Dabei kann auch die Einführung von TagesTickets für Kinder eine Rolle spielen. Anzustreben ist jedoch eine landesweit einheitliche Lösung.

Derzeit stehen für Familien im Gelegenheitsverkehr mit dem MetropolTagesTicket und dem BWTag zwei günstige Tickets zur Verfügung, mit welchen Kinder unter 15 Jahren kostenlos mitgenommen werden können.

Zu beachten ist zudem, dass bei einem neuen, günstigeren Ticketangebot seitens der öffentlichen Hand ein zusätzlicher finanzieller Ausgleich gegenüber den Verkehrsunternehmen zu zahlen ist.

Platz: 29**Vorschlag Nr. 80272****Obdachlos auf der Straße. Mehr Schlafplätze anbieten**

Bitte im Winter auf einem geeigneten Platz einige Sammelhäuser aufstellen, wie es auch für die Flüchtlingsunterkünfte möglich ist. Somit könnte man im Winter viel Leid und auch erfrierende Menschen vermeiden. Oder Leerstand in der Stadt nutzen.

Wir geben jedes Jahr um die 18.000 Euro nur für Schlafsäcke und Isomatten aus. Das DRK mit dem Kältebus wir zusammenarbeiten, die Bahnmissionsmission, Heilsarmee und die Obdachlosen die zu uns kommen. Da müsste es doch genügend Möglichkeiten geben. Essen und Frühstück können die Menschen in vielen Bereichen. Das das in der Nacht ist sehr wichtig für alle.

Viele Unterkünfte sind voll. Die Menschen möchten gerne auch ihre Tiere mitnehmen. Ich hoffe das es dafür mal eine Lösung gibt. Danke

positive Wertungen: 838

negative Wertungen: 73

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart verfügt über ein großes und ausdifferenziertes System zur Unterbringung obdachloser Personen. Die Fachberatungsstellen der freien Träger der Wohnungsnotfallhilfe sind für die Beratung von obdachlosen Einzelpersonen und Paaren zuständig und suchen mit ihnen zusammen nach einem geeigneten Wohnplatz. Je nach Bedarf erfolgt die Unterbringung in Einrichtungen, die Hilfen gemäß §§ 67 ff SGB XII anbieten, in Aufnahmehäusern, Sozialunterkünften oder in Einrichtungen, die Leistungen nach dem Bundesteilhabegesetz erbringen. Personen, die noch keinen Platz in einem spezialisierten Wohnangebot gefunden haben oder außerhalb der Sprechzeiten der Fachberatungsstellen dringend eine Unterkunft benötigen, können die „Zentrale Notübernachtung“ in Anspruch nehmen. Aufnahmen können an allen Wochentagen rund um die Uhr erfolgen. Ergänzt wird dieses Angebot durch ca. 50 zusätzliche Notübernachtungsplätze in den Einrichtungen der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe der freien Träger der Wohlfahrtspflege.

Die Zentrale Notübernachtung besteht derzeit aus zwei ganzjährig geöffneten Gebäuden und einem Gebäude für den Winter, welches in der Zeit von 01.11.-31.03. mit einer möglichen Verlängerung zum 30.04. geöffnet ist. Sollte es aus unterschiedlichen Gründen zu Kapazitätsengpässen kommen, sucht das Amt für Soziales und Teilhabe in Zusammenarbeit mit dem Amt für Liegenschaften aktiv nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten. In diesem Winter wurde in enger Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege innerhalb kürzester Zeit ein Konzept zur Nutzung von Wohncontainern in der Talstraße sowohl von obdachlosen Alleinstehenden als auch geflüchteten Haushalten erarbeitet und umgesetzt. So steht allen akut obdachlosen Menschen ein Notschlafplatz zur Verfügung. Eine Aufnahme obdachloser Personen mit Hunden sind in der „Zentralen Notübernachtung“ aufgrund der räumlichen Enge nicht möglich. Dies würde insbesondere bei der Aufnahme von mehreren Personen mit Tieren zu großen Konflikten führen. In der Frauenpension im Veilbrunnenweg ist die Aufnahme von Frauen mit Hunden möglich, und in einigen Wohngruppen mit Hilfen nach §67 SGB XII des Trägers Lagaya können ebenso Hunde aufgenommen werden. In Einzelfällen werden mit den Klienten und Klientinnen individuelle Lösungen gesucht, wenn nötig in enger Abstimmung mit einem Tierheim.

Obdachlose Familien werden durch das Amt für Soziales und Teilhabe in Sozial- und Fürsorgeunterkünften untergebracht. Seit dem 18.12.2023 besteht zusätzlich im Winter ein Erfrierungsschutz für Kinder und ihre Erziehungsberechtigten. In diesem Angebot werden akut obdachlose Familien, die keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben, in den Wintermonaten aufgenommen.

Dennoch gibt es immer wieder Menschen, die sich aus verschiedenen, individuellen Gründen entscheiden, die Beratungs- und Unterstützungsangebote nicht anzunehmen. Hier arbeitet die Stadtverwaltung gemeinsam mit allen anderen Akteuren des Hilfesystems daran, die Betroffenen für vorhandene Angebote zu sensibilisieren, so dass sie notwendige Unterstützung annehmen können und somit die individuelle Situation verbessert werden kann.

Platz: 30

Vorschlag Nr. 80770

Freilegung des Nesenbachs

Der Nesenbach, der derzeit größtenteils unterirdisch durch Stuttgart verläuft, soll an geeigneten Stellen wieder freigelegt werden. Dies würde die Lebensqualität in der Stadt erheblich steigern und zugleich einen Beitrag zur Klimaanpassung leisten.

Die Freilegung des Nesenbachs würde Stuttgart ökologisch und städtebaulich bereichern:

1. Kühlung der Innenstadt: Offene Wasserflächen wirken temperaturregulierend und tragen zur Minderung der Hitze in dicht bebauten Stadtteilen bei.
2. Förderung der Biodiversität: Ein offener Nesenbach würde Lebensräume für Tiere und Pflanzen schaffen und zur ökologischen Vielfalt beitragen.
3. Aufwertung des Stadtbilds: Eine sichtbare Wasserführung würde das Stadtbild beleben, Aufenthaltsorte schaffen und das Stadtklima verbessern.
4. Nachhaltigkeit und Bewusstseinsbildung: Die Renaturierung würde an die historische Bedeutung des Flusses erinnern und die Verbindung von Stadt und Natur stärken.

Erfolgreiche Projekte wie die Freilegung der Lutter in Bielefeld zeigen, wie urbane Gewässer den Lebensraum Stadt bereichern können. Stuttgart könnte mit der Freilegung des Nesenbachs eine zukunftsorientierte Maßnahme umsetzen, die Klimaschutz, Natur und Stadtgestaltung miteinander verbindet.

Die Umsetzung könnte zunächst als Pilotprojekt erfolgen, um die Machbarkeit und den Nutzen zu bewerten. Ziel ist es, Stuttgart lebenswerter, grüner und klimafreundlicher zu gestalten.

positive Wertungen: 837

negative Wertungen: 73

Stellungnahme der Verwaltung

Der Nesenbach ist ab dem Übergang von der Böblinger Straße zur Burgstallstraße kein offenes Gewässer mehr, sondern verläuft vollständig in einem unterirdischen Kanal. Dieser Kanal stellt einen der Hauptabwasserkanäle der Stadt dar und spielt eine zentrale Rolle für die geregelte Abwasserentsorgung durch die Stadtentwässerung Stuttgart (SES).

Derzeit werden Maßnahmen umgesetzt, um Quellwasser, das oberhalb gefasst wird, zu sammeln und über eine eingehängte Leitung weiterzuleiten. Dieses Wasser soll künftig in der Möhringer Straße und der Nesenbachstraße in künstlich angelegten Wasserläufen sichtbar gemacht werden. Anschließend wird es in Richtung Eckensee weitergeführt.

Die natürlichen Quellen des Nesenbachs führen allerdings nicht genügend Wasser, um zusätzliche offene Wasserflächen dauerhaft und ausreichend zu versorgen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd unterstützt den Vorschlag.

Platz: 31**Vorschlag Nr. 82037****Neckar erlebbar machen "Stadt am Fluss"**

Die oberen Neckarvororte Hedelfingen und Obertürkheim haben keinerlei Zugang zum Neckar. Hier sollten am Neckar vorhandene Grünstreifen zugänglich und nutzbar gemacht werden, so dass der Neckar für die Bewohner wieder als Fluss erlebbar wird. Im Bereich zwischen der Otto Hirsch Brücke und der Schleusenbrücke gibt es bereits am Neckar einen eingewachsenen Fußweg. Dieser Weg ist jedoch öffentlich nicht zugänglich. Durch ein, bis zum Neckarufer genehmigtes Bauwerke, wurde die Zugänglichkeit des Uferweges aus Richtung Schleusenbrücke abgeschnitten. Von Richtung Otto Hirsch Brücke gibt es keinen öffentlichen Zuweg. Es gibt schon viele Ideen zur Umsetzung der Zugänglichkeit. In Workshops und bei Studienarbeiten wurden hier schon viele Lösungsansätze ausgearbeitet. Wir bitten die Verwalten die Idee "Stadt am Fluss" weiter voran zu bringen und auch umzusetzen. Themen davon sind Grünbrücke in Leichtbauweise, Treppenturm als Abgang zum Uferweg, Wassersteg zur Fortführung des Weges entlang der Uferbebauung. Dies wäre auch ein geeignetes IBA und Landesgartenschau Projekt.

positive Wertungen: 833**negative Wertungen: 51****Stellungnahme der Verwaltung**

Mit dem Masterplan "Erlebnisraum Neckar" verfolgt die Landeshauptstadt Stuttgart das langfristige Ziel, Stuttgart als „Stadt am Fluss“ erlebbar zu machen. Gemäß dieser Zielsetzung arbeitet die Verwaltung an verschiedenen Projekten und Maßnahmen, die die Zugänglichkeit des Neckars für die Bevölkerung verbessern und die Wahrnehmbarkeit als „Blaues Band“ verbessern sollen.

So untersucht die geplante „Potentialstudie klimagerechtes Hafen-Areal“, wo sich Potentiale für eine verbesserte Zugänglichkeit des Neckars mit dem Erlebnis der den Flussraum prägenden Industriekultur verbinden und verorten lassen. Die genannten Anregungen und Ideen werden in diese Studie mit einfließen, die möglichen Handlungs- und Gestaltungsspielräume werden abgewogen.

Eine Verbesserung der Zugänglichkeit der Uferbereiche in Hedelfingen und Obertürkheim entspricht auch den übergeordneten Zielen im Sinne des Masterplans „Erlebnisraum Neckar“ und wird von der Verwaltung begrüßt. Herausforderungen durch ökologische Aspekte, Schifffahrt, Hochwasserschutz und Eigentumsverhältnisse erschweren jedoch den schnellen und zielstrebig Fortschritt.

Trotz dieser Hürden verfolgt die Verwaltung diese Ziele weiterhin, integriert sie in laufende Projekte und prüft die Umsetzbarkeit verschiedener Ansätze, um Lösungen für diese komplexe Planungsaufgabe entwickeln zu können.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Hedelfingen befürwortet den Vorschlag einmütig und bittet die Verwaltung um Prüfung.

Platz: 32

Vorschlag Nr. 80532

Umgestaltung Wilhelmsplatz Bad Cannstatt

Die Umgestaltung und vor allem die Begrünung des Wilhelmsplatzes in Bad Cannstatt wäre ein wichtiger Schritt, um dem Stadtbild mehr Lebensqualität zu verleihen. Der derzeitige Betonplatz und die U-Bahn-Haltestelle wirken unattraktiv und entsprechen nicht den Bedürfnissen einer modernen, grünen und klimafreundlichen Stadt. Durch eine Neugestaltung könnte der Platz zu einem lebenswerteren, einladenderen Ort werden und Bad Cannstatt insgesamt besser repräsentieren.

Es ist nämlich sehr schade, dass Bad Cannstatt oft nur mit dem Bahnhof und dem wenig ansprechenden Wilhelmsplatz assoziiert wird, denn unser Stadtteil hat weitaus mehr zu bieten!!

positive Wertungen: 833

negative Wertungen: 68

Stellungnahme der Verwaltung

Der Wilhelmsplatz ist einer der komplexesten Verkehrsknotenpunkte des gesamten Stadtgebietes, welcher von allen Verkehrsarten stark beansprucht und auch zukünftig geprägt sein wird. Eine Umgestaltung des Wilhelmsplatzes erfordert die Berücksichtigung starker Abhängigkeiten zwischen Stadtplanung und Verkehrsplanung. Im Zuge eines neuen Verkehrsstrukturplans für Bad Cannstatt soll erarbeitet werden, welche Spielräume für eine Umgestaltung vorhanden sind und wie die Anforderung des Fuß- und Radverkehrs stärker in die Planung integriert werden können.

Unabhängig davon werden an der Wassersäule auf dem Wilhelmsplatz Sanierungsmaßnahmen vorgenommen. Das betonierte Brunnenfeld soll zugunsten einer Vergrößerung der Grünfläche erheblich reduziert werden. Die Maßnahme ist als stadtklimatisch relevant einzustufen. Mit dem Urheber des Brunnens und Gewinner des städtebaulichen Wettbewerbs ist die Umgestaltung abgestimmt. Außerdem wird im Rahmen eines Verkehrsversuchs noch in diesem Frühjahr dem Rad- und Fußverkehr von der Mercedesstraße kommend in Fahrtrichtung Wilhelmsplatz mehr Raum in Form eines Radfahrstreifens zur Verfügung gestellt. Die Erkenntnisse aus dem Versuch können der weiteren Planung zugrunde gelegt werden.

Auch aus städtebaulicher Sicht gibt es Planungen, die den Wilhelmsplatz tangieren und aufwerten werden. Die Planungen für die Neubebauung des ehemaligen Kaufhof Areals schreiten weiter voran und ermöglichen die Chance, eine zum Wilhelmsplatz offene und belebte Fassade auszubilden. Die offene Wegeverbindung zwischen Badstraße und Marktstraße schafft zudem attraktive Räume.

Für das Bahnhofsquartier, welches mit dem Parkhaus Wilhelmsplatz und dem Schwabenbräu-Areal einen wichtigen Trittstein zwischen Bahnhof und Wilhelmsplatz bildet, wird derzeit eine städtebauliche Machbarkeitsstudie erarbeitet. U.a. mit dem Ziel, die Bebauung zum Wilhelmsplatz attraktiver und einladender zu gestalten.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 33

Vorschlag Nr. 81276

Solar-Dächer über SSB-Haltestellen

Haltestellen für Stadtbahn und Busse mit Solardächern (Solarschirmen) schützen.
Energiegewinnung/ Schattenspenden / Regenschutz, bei Regen trocken in die Öffies einsteigen!

positive Wertungen: 830

negative Wertungen: 74

Stellungnahme der Verwaltung

Bei der aktuellen Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans spielt auch das Haltestellenkonzept eine wesentliche Rolle. Soweit es effizient umgesetzt werden kann, kommt zukünftig auch die Ausstattung mit Solardächern in Frage.

Eine Beschlussfassung der Fortschreibung des Nahrverkehrsplans 2025 ist noch im Jahr 2025 vorgesehen.

Platz: 34

Vorschlag Nr. 80148

Attraktivere Preisgestaltung ÖPNV (Kurzstrecke, Wochenende Ticket)

Aufgrund der höheren Preise bleibt das ÖPNV Angebot für gelegentlichen Nutzer preislich unattraktiv im Vergleich zum Auto.

Vorschlag:

- Erweiterung Kurzstrecke auf 5 Haltestellen
- Tagesticket sollte 24Std dauern und nicht nur bis zum Tagesende
- Günstiger Wochenendticket Sa+So für die Zone 1 (z.B. 10€ Einzelperson)

positive Wertungen: 828

negative Wertungen: 95

Stellungnahme der Verwaltung

In den kommenden Jahren wird das Ticketsortiment des VVS grundlegend auf den Prüfstand gestellt. Dabei kann es auch zu Änderungen bei der Gültigkeit der Tickets kommen. Mögliche Anpassungen bei den Tickets hängen jedoch auch von der neuen Förderrichtlinie zum DeutschlandTicket ab.

Grundsätzlich lässt sich aber nichtsdestotrotz feststellen, dass die Tarife im VVS in den vergangenen Jahren stetig fortentwickelt und vor allem gesenkt wurden. Allein mit der großen Tarifzonenreform im Jahr 2019 wurde die Anzahl der Tarifzonen deutlich gesenkt. Insgesamt werden hier seitens der öffentlichen Hand 42 Mio. Euro pro Jahr investiert. Einige Fahrten wurden um 14 % günstiger, bei anderen Verbindungen konnten fortan sogar 31 % gespart werden.

Seit 2023 kann das DeutschlandTicket genutzt werden, welches günstiger als alle bisherigen Monats- und Jahreskarten ist und darüber hinaus in ganz Deutschland genutzt werden kann.

Die Kosten für einen kleinen PKW liegen laut einer Studie bei mindestens 200 Euro/Monat. Das bedeutet, dass unter Berücksichtigung der wesentlichen Kosten die Nutzung vom ÖPNV in der Regel günstiger ist als die eines PKW.

Zu beachten ist zudem, dass bei einem neuen, günstigeren Ticketangebot seitens der öffentlichen Hand ein zusätzlicher finanzieller Ausgleich gegenüber den Verkehrsunternehmen zu zahlen ist.

Platz: 35

Vorschlag Nr. 80631

Mehr Trinkbrunnen aufstellen

Mehr öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt anbieten. Die Sommer werden heisser.

positive Wertungen: 823

negative Wertungen: 72

Stellungnahme der Verwaltung

Stuttgart weist mit aktuell 114 Trinkbrunnen im öffentlichen Bereich bereits heute das dichteste Trinkbrunnennetz unter den Großstädten in Deutschland auf. Alleine im letzten Jahr 2024 wurden insgesamt fünf neue Trinkbrunnen u.a. am Bahnhofsvorplatz in Bad Cannstatt und am Löwenmarkt in Weilimdorf in Betrieb genommen.

Weitere Trinkbrunnen sind derzeit in Planung oder befinden sich im Bau. Die Auswahl der Standorte konzentriert sich vorrangig im Bereich von stadtklimatologischen Hotspots im Talkessel und vermehrt auch an stark frequentierten und zentralen Standorten in den bisher unterversorgten äußeren Stadtbezirken. Aktuell wird ein Konzept zur Versorgung mit Trinkwasser im öffentlichen Raum erarbeitet. Dort werden zusätzliche Möglichkeiten des Trinkwasserangebots an Toilettenhäuschen, in Ämtern oder auch Geschäften zur Ergänzung der öffentlichen Trinkbrunnen aufgeführt.

Platz: 36

Vorschlag Nr. 80682

Mehr Grünfläche im Cityring

Gerade der Cityring inklusive Theo bietet fast keine Grünflächen und auch Bäume sind relativ zum Rest der Stadt weniger. Ich wohne im Cityring und in den Sommermonaten ist der Erwärmung in den letzten 9 Jahren spürbar gestiegen. Als Schluss bleibt für mich als schnell umsetzbare Maßnahme oberirdische Parkflächen auf Stellplätze für Behinderte und Be- und Entladeflächen zu reduzieren und die frei werdenden Flächen zu Begrünen und Bäume zu pflanzen. Es gibt extrem viele Stellplätze in Parkhäusern, weswegen die Parkplatzsituation nur minimal beeinträchtigt, aber die Aufenthaltsqualität stark verbessert würde.

Mir ist die Wichtigkeit von Stellplätzen für Leute von außerhalb wohl bewusst, aber ein unterirdischer Stellplatz ist ebenso gut wie ein überirdischer.

Ich stupe die Idee als langfristig kostenneutral ein, da die Abkühlung so oder so realisiert werden muss und Bäume hier die günstigste Lösung sind.

positive Wertungen: 815

negative Wertungen: 92

Stellungnahme der Verwaltung

Für die innerstädtische Kernzone im Bereich des Cityrings wurden im Gemeinderat im Jahr 2021 wichtige Ziele beschlossen unter dem Titel "Lebenswerte Stadt für alle- ein Konzept für die Stuttgarter Innenstadt" (vgl. Gemeinderatsdrucksache 492/2021). Es sollen v.a. die Aufenthaltsqualitäten im öffentlichen Raum deutlich erhöht werden. Eine relativ geringe Auslastung der öffentlichen Garagenstellplätze ermöglicht es außerdem, auf viele oberirdische Parkplätze langfristig zu verzichten. Durch ihren Rückbau können diese als Grünflächen und für neue Baumstandorte umgenutzt werden. Sitzmöbel sollen ergänzt werden und verstärkt zum Aufenthalt einladen. Über konzipierte Zufahrtsschleifen kann weiterhin eine gute Erreichbarkeit der bestehenden Parkhäuser gewährleistet werden.

Dieses Konzept zur Aufwertung des öffentlichen Raumes wird in den nächsten Jahren projektweise und in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachämtern in Umsetzung gebracht. Oberirdische Parkplätze für Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Einschränkung, Lieferzonen und Taxen bleiben dabei ausreichend berücksichtigt.

Aktuell wurde die Entwurfsplanung für die Umgestaltung der Theodor-Heuss-Straße abgeschlossen und geht nun in die Ausführungsphase. Neben dem Ausbau der Radinfrastruktur sollen hier vor allem die Aufenthaltsqualitäten in den Fußgängerbereichen gesteigert werden. Die bestehenden Baumbeete sollen mit einer hochwertig gestalteten Sitzmöblierung ergänzt werden und zum kommunikativen Verweilen, auch konsumfrei, einladen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 37

Vorschlag Nr. 80480

Nilgänse regulieren

Viele Grünanlagen sind durch Kot von Nilgänsen kontaminiert (Oper, Max-Eyth See). Diese Tiere gelten als Neozonen und müssen stärker zum Schutz der heimischen Flora und Fauna kontrolliert werden.

positive Wertungen: 814

negative Wertungen: 60

Stellungnahme der Verwaltung

Das Stadtgebiet bietet den Wildgänsen ganzjährig ein vielfältiges Nahrungsangebot sowie ausreichend Aufenthaltsflächen. Die Nilgans ist eine gebietsfremde Wildgänseart und gilt als sog. invasive Art. In den besonders von Konflikten betroffenen Bereichen, insbesondere öffentlichen Grünanlagen, soll mit jeweils auf die einzelnen Flächen zugeschnittenen und noch zu entwickelnden Maßnahmenpaketen eine Reduzierung der Konflikte erreicht werden.

Platz: 38

Vorschlag Nr. 81370

Stuttgart schöner machen, Biodiversität fördern - Straßenbegleitgrün zum Blühen bringen

Blühflächen sorgen für mehr Lebensqualität in Stuttgart. Auch für Wildbienen und andere Insekten können kleine Blühflächen als Nahrungsquelle und zur Vernetzung ihres Lebensraumes sehr nützlich sein. Mit Straßenrandstreifen, Verkehrsinseln oder Pflanzbeeten gibt es in Stuttgart viele solcher Kleinflächen, die derzeit aber noch nicht alle zum Blühen gebracht werden.

Um aus Straßenbegleitgrün Blühflächen zu machen, reicht es bei einigen Flächen, nur die Düngung einzustellen, den Mährhythmus auf zwei Mal pro Jahr zu beschränken und dabei das Mähgut abzutransportieren. Artenvielfalt stellt sich dort von alleine ein.

In Pflanzbeeten sollen Stauden-Wechselbepflanzungen aufgegeben und stattdessen mehrjährige insektenfreundliche Pflanzen gepflanzt werden, um damit Insekten- und Schmetterlingsgärten anzulegen.

Welche Pflanzen sich besonders gut für die Insekten eignen und wie solche Blühflächen gepflegt werden müssen, ist bekannt: <https://www.biova-leitfaden.de>.

Die Stadt Bad Saulgau hat ein Biodiversitätskonzept ausgearbeitet, um im Siedlungsbereich auch auf kleinen Flächen Einheitsgrün in artenreiches Grün umzuwandeln [<https://www.bad-saulgau.de/de/natur/biodiversitaetskonzept-stadt-bad-sau...>]. Selbst Pflanzkübel werden dort in der Innenstadt, nach dem Konzept der „Essbaren Stadt“ mit Gewürz- und Teekräutern bepflanzt.

Beantragt wird, ein angemessenes Budget vorzusehen, das dem Garten-, Friedhofs und Forstamt erlaubt, kontinuierlich weitere Kleinflächen im Stadtgebiet Stuttgart in insektenfreundliche Blühflächen zu verwandeln und diese artenschutzgerecht zu pflegen.

positive Wertungen: 806

negative Wertungen: 80

Stellungnahme der Verwaltung

Extensive Grünflächen-Bewirtschaftung wird bereits praktiziert. Hierzu können vor allem größere Flächen im Außenbereich, wie z.B. Eglerner Heide, einen Großteil zur Förderung der Biodiversität beisteuern. In der Regel wird hier nur 1-2 Mal pro Jahr gemäht und das Schnittgut abgefahren.

Im innerstädtischen Bereich auf meist kleineren Flächen ist die extensive Grünlandbewirtschaftung vielen Einflussfaktoren unterworfen. Nicht alle Flächen sind auf Grund von Größe, Bodenbeschaffenheit, Nutzerdruck, Sichtbeziehungen bzw. Straßenverkehr zur extensiven Bewirtschaftung geeignet. Einsaaten mit Wildblumenmischungen stellen hohe Ansprüche an das vorbereitete Saatbett.

Die sich auf natürliche Weise einstellende Vegetation ist aus ökologischen Gründen Einsaaten vorzuziehen. Heimische Wildinsekten sind auf die heimischen Wildkräuter spezialisiert und angewiesen.

Extensive Wiesenmäh mit anschließender Abnahme des Langgrases bedarf der Spezialisierung bei ausführenden Firmen und städtischen Einrichtungen. Dieser Prozess ist noch nicht vollständig vollzogen. Viele Jahre lang wurden viele Flächen mehrmals jährlich gemulcht und Schnittgut verblieb auf den Flächen. Diese Bewirtschaftungsart wird im Moment angewendet und wo immer machbar, umgestellt. Folgende Flächen im innerstädtischen Bereich werden durch Blumenmischungen oder extensives Mähen bereits beispielhaft gepflegt: Grünzug Bahnhof Möhringen, Spielplatz Bernsteinstraße Sillenbuch, Gustav-Barth-Straße Sillenbuch, Pragsattel an Stadtbahnhaltestelle, Leibfriedscher Garten, Heilbronner Straße (Flächen im Heuschnitt und teilweise mit Orchideenvorkommen).

Platz: 39

Vorschlag Nr. 80453

Mehr Schwimmkurse

Die Stadt Stuttgart soll dafür Sorge tragen, deutlich mehr Schwimmkurse für Kinder einzurichten, damit Stuttgarter Eltern nicht genötigt sind, auf die Angebote von Nachbarkommunen auszuweichen.

positive Wertungen: 805

negative Wertungen: 54

Stellungnahme der Verwaltung

Für das Jahr 2023 wurde erstmals eine Gesamtstatistik für Schwimmkurse in Stuttgart erstellt. Insgesamt fanden 1.681 Kurse mit 18.587 Kursplätzen im Stadtgebiet Stuttgart statt. Die meisten Kurse (717) und Kursplätze (8.155) zielen auf das Seepferdchen-Abzeichen ab.

Das Amt für Sport und Bewegung hat das Programm „schwimmfit“ konzipiert und verfolgt seit 2017 das Ziel - mit mehreren Bausteinen -, dass alle Kinder nach der Grundschulzeit sicher schwimmen können.

- Rent a Schwimmtrainer: Das Amt für Sport und Bewegung vermittelt Trainer*innen an Schulen, um den Schwimmunterricht zu unterstützen.
- Im Jahr 2025 kommt das SchwimmMobil WUNDINE nach Stuttgart (2 x 6m in einem LKW) und wird insgesamt 12 Wochen vom 12. Mai bis 1. August kostenlose, durch die Josef Wund Stiftung geförderte Kurse anbieten, so dass zusätzlich über 200 Kinder erste Erfahrungen im Bereich Schwimmen machen können.
- Viele Schwimmkurse werden auf der Webseite www.stuttgart-bewegt-sich.de veröffentlicht, um den Familien sowie den Anbietern eine zentrale Plattform zu bieten. Im Jahr 2024 wurden über 300 Kurse veröffentlicht, in denen es noch freie Plätze gab.

Ferner bieten die Stuttgarter Bäder familienfreundliche Kurse zu sozialverträglichen Preisen in drei Stuttgarter Hallenbädern an. Diese Kurse können sowohl online, als auch an den Bäderekassen der drei Hallenbäder gebucht und beispielsweise mit der Stuttgarter FamilienCard bezahlt werden. Zudem stellen die Stuttgarter Bäder Dritten Wasserfläche für eigene Schwimmkurse zur Verfügung, sodass jeder Interessent mit einer gewissen Flexibilität die Möglichkeit hat, einen passenden Kurs zu buchen.

Platz: 40

Vorschlag Nr. 80232

Mehr öffentliche Toiletten

Mehr öffentliche Toiletten in allen Stadtteilen

positive Wertungen: 801

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS) betreibt aktuell 72 öffentliche Toilettenanlagen im Stadtgebiet. Seit dem Jahr 2023 setzt der AWS ein Programm zur Erneuerung von 27 automatischen Toilettenanlagen um. Am Standort Marienplatz und Paulinenbrücke sind bereits zwei dieser Toiletten in Betrieb. Diese neuen Toiletten werden barrierefrei gestaltet und sind aufgrund ihrer Größe besser sichtbar, was sie für die Nutzer leichter auffindbar macht. In einigen Bereichen werden außerdem zusätzliche Hinweisschilder installiert.

Für die Stadtgebiete, in denen zusätzliche Toiletten benötigt werden, wird eine Studie durchgeführt, um den Bedarf zu ermitteln. Besonders in den äußeren Stadtbezirken wird ein zusätzlicher Bedarf gesehen. Diese zusätzlichen Toiletten erfordern jedoch auch eine regelmäßige Reinigung und Wartung, wofür Personal und Fahrzeuge notwendig sind.

Parallel dazu wird eine Bestandsaufnahme aller bestehenden Toilettenanlagen gemacht, um ein Planungskonzept zu entwickeln und die Reihenfolge der notwendigen Sanierungen festzulegen. Bei der Sanierung wird ebenfalls geprüft, ob eine barrierefreie Ausstattung möglich ist. Sollte ein Neubau erforderlich sein, wird Barrierefreiheit bereits als Standard berücksichtigt.

Platz: 41

Vorschlag Nr. 81018

Online Ummeldung

Online Ummeldung wie zu COVID Zeiten wieder ermöglichen.

positive Wertungen: 800

negative Wertungen: 38

Stellungnahme der Verwaltung

Die elektronische Wohnsitzanmeldung (www.wohnsitzanmeldung.gov.de/) ist in Stuttgart bereits seit letztem Jahr möglich. Stuttgart war mit den Pilotkommunen Freiburg i. Br., Ladenburg und Oberndorf a. N. maßgeblich an der Umsetzung des Projekts für Baden-Württemberg beteiligt.

Platz: 42

Vorschlag Nr. 80531

Feuerwerk zentral organisieren

Sehr oft gibt es an Silvester "wilde Feuerwerke", bei denen Raketen in Menschenmengen geworfen oder vor Altenheimen etc abgefeuert werden. Am nächsten Tag findet man dann die "Hinterlassenschaften" tw. vorbildlich an/in Mülleimern, leider jedoch sehr oft einfach auf der Strasse.

Ich bin nicht gegen Feuerwerk an sich, schlage aber zentrale Feuerwerkplätze vor. Diese könnten an zentralen, erhöhten Punkten in Stuttgart/Umgebung sein, so dass man sie gut von "überall" sehen kann. Feuerwerkskörper dürften dann nur dort und nur an Silvester verkauft und gezündet werden. Wer den Platz verlässt, darf keine Rakete o.ä. mit rausnehmen.

Der Vorteil daran ist, dass es weniger wildes Abfeuern von Raketen gibt, der Müll auch zentral an wenigen Punkten ist und auch Polizei/Feuerwehr es ggf einfacher hat, wenn nicht überall einfach geböllert werden kann. Auch für Haustierbesitzer könnte es dadurch einfacher werden, wenn sie nicht damit rechnen müssen, dass in ihrer direkten Umgebung laute Raketen gezündet werden.

positive Wertungen: 798

negative Wertungen: 138

Stellungnahme der Verwaltung

Zum Jahreswechsel 2024/2025 hatte auf dem Schlossplatz eine von der städtischen Veranstaltungsgesellschaft „in.Stuttgart“ pyrotechnik-freie organisierte Silvesterveranstaltung mit musikalischem Programm und Licht-Illuminationen stattgefunden. Ein Feuerwerksverbot hatte anlässlich der Veranstaltung auf dem Schlossplatz für den gesamten City-Ring gegolten und wurde zum allgemeinen Schutz der Bürger erlassen.

Es ist fraglich, ob darüberhinaus allgemein zugängliche, zentrale Feuerwerksplätze zielführend sind. Aus Gründen der Gleichberechtigung wird kaum jemand aus solchen Bereichen ausgeschlossen werden können, so dass ein latent hohes Verletzungsrisiko zu befürchten ist. Die zentrale Veranstaltung auf dem Schlossplatz hat sich aus Sicht der Verwaltung bewährt.

Platz: 43

Vorschlag Nr. 80714

Duschbus für Obdachlose einrichten

vgl. gobanyo.org in Hamburg

Der Duschbus könnte regelmässig täglich einen anderen Standort anfahren, um Obdachlosen spontan und unkompliziert die Gelegenheit zu einer Dusche zu geben.

Ich wiederhole meinen Vorschlag von 2023, der damals Platz 41 erreichte, aber leider von keiner Gemeinderatsfraktion vorgeschlagen und von der Verwaltung abgelehnt wurde.

positive Wertungen: 795

negative Wertungen: 82

Stellungnahme der Verwaltung

Das Hilfesystem für wohnungslose Menschen in Stuttgart ist umfassend ausgebaut und stellt eine breite Palette an Unterstützungsangeboten zur Verfügung. Dazu zählen niedrigschwellige Tagesstätten, mobile medizinische Dienste sowie spezialisierte Beratungsstellen für wohnungslose Menschen.

In Stuttgart haben wohnungslose Personen mehrere Möglichkeiten, in Tagesangeboten zu duschen oder Wäsche zu waschen. So bieten die Tagesstätte in der Olgastraße 46 (Caritasverband für Stuttgart e.V.), das Café 72 (Ambulante Hilfe Stuttgart e.V.) sowie die Wärmestube (eva Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V.) die Möglichkeit, Duschen zu nutzen. Darüber hinaus können wohnungslose Frauen das Angebot von „Femmetastisch“, dem Tagestreff für Frauen (Sozialdienst katholischer Frauen e.V.), in Anspruch nehmen. Auch der „Schlupfwinkel“, eine Anlaufstelle für Jugendliche und junge Erwachsene ohne festen Wohnsitz, stellt Duschmöglichkeiten zur Verfügung.

Neben der Nutzung der Duschanlagen bieten diese Einrichtungen zu bestimmten Öffnungszeiten auch Mahlzeiten, Wäschewaschmöglichkeiten und eine Kleiderkammer an, in der sich Menschen in Wohnungsnot mit neuer Kleidung versorgen können. Darüber hinaus wird in einigen Tagesstätten zu bestimmten Zeiten auch medizinische Versorgung angeboten.

Die Stadt Stuttgart engagiert sich intensiv für wohnungslose Menschen, stellt eine Vielzahl von Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung und sorgt dafür, dass diese aktiv zur Verbesserung ihrer Lebenssituation genutzt werden können. Eine ausreichende Infrastruktur zur Sicherstellung der Körperhygiene für diese Zielgruppe ist in Stuttgart somit bereits gewährleistet.

Platz: 44

Vorschlag Nr. 81670

Die freundliche Toilette

Geschäfte in der Innenstadt könne ihre Toilette als freundliche Toilette anbieten und bekommen dafür von der Stadt eine Entschädigung für den Betrieb und Reinigung. Die Toiletten in der Innenstadt sind meistens dreckig oder defekt.

positive Wertungen: 792

negative Wertungen: 74

Stellungnahme der Verwaltung

Das Projekt „Nette Toilette“ wurde in der Landeshauptstadt Stuttgart bereits im November 2018 eingeführt - jedoch zunächst nur als Pilotprojekt in den vier äußeren Stadtbezirken Möhringen, Stammheim, Untertürkheim und Vaihingen. Aufgrund der durchweg positiven Erfahrungen wurde 2019 die Fortführung und Etablierung des Projekts „Nette Toilette“ beschlossen und auf die Innenstadtbezirke und interessierte äußere Stadtbezirke ausgeweitet.

Seither stehen für die „Nette Toilette“ jährlich 50.000 Euro zur Verfügung. Aus diesem Budget werden die Kosten für die Aufwandsentschädigung (50 Euro pro Monat) an die teilnehmenden Betriebe und Einrichtungen sowie die Öffentlichkeitsarbeit finanziert.

Das Budget sieht für die äußeren Stadtbezirke insgesamt 55 Standorte und für die fünf Innenstadtbezirke zusammen 20 Standorte für „Nette Toiletten“ vor. Aktuell nehmen in der Innenstadt 13 Betriebe an dem Projekt teil, davon drei in Stuttgart-Mitte, d.h. für den Stadtbezirk Mitte könnten weitere Standorte angeboten werden, sofern es seitens der im Stadtbezirk ansässigen Unternehmen eine Bereitschaft zur Teilnahme gibt.

Ansprechpartner für interessierte Unternehmen sind die jeweiligen Bezirksverwaltungen. Diese haben auch die bestehenden Standorte beworben und mit den teilnehmenden Unternehmen/Einrichtungen entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 45

Vorschlag Nr. 80357

Europaviertel begrünen die Dritte

Bereits in den vergangenen Bürgerhaushalten war die Begrünung rund um das Milaneo einer der Top Vorschläge. Die Stadtverwaltung hat dies jedesmal mit fadenscheinigen Argumenten abgelehnt. Erst war es das Urheberrecht des Architekten, dann die Infrastruktur unter dem Gelände oder die Sicherung der Rettungswege, welche eine Begrünung unmöglich machen soll. Der Bezirksbeirat Mitte befürwortet die Begrünung seit Jahren. Wenn es also unmöglich sein sollte Bäume zu pflanzen, dann hier die Alternativen: 1.) Fassaden begrünen, 2.) Austausch der Pflastersteine gegen hitzeresistente pflegeleichte Gräser, 3.) Blumenkübel direkt vor den Fassaden, 4) Rasenfläche statt Splitt vor der Gastronomie am Mittelbau, 4) flachwurzelnende Gehölze pflanzen. Es ist erschreckend, wie unkreativ die Stadtverwaltung ist, wenn es darum geht unser Stadtklima zu verbessern und die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen.

positive Wertungen: 791

negative Wertungen: 70

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt steht dem Thema Begrünung grundsätzlich positiv gegenüber. Trotzdem muss jeder Einzelfall differenziert betrachtet werden. Außerdem müssen verschiedene Bedürfnisse berücksichtigt werden. Eine Liegewiese ermöglicht ganz andere Gestaltungen als zum Beispiel eine viel belaufene Platz- oder Straßenfläche. Die Vorschläge Austausch von Pflastersteinen gegen Gräser bzw. von Splitt zu Rasen berücksichtigen nicht, dass bei einer sehr intensiven Nutzung Gräser nicht lange überdauern. Es empfiehlt sich dann tatsächlich eine robuste Oberfläche.

In dem Bereich des Mailänder Platzes gilt das Urheberrecht des Architekten. Die Gestaltung ging aus einem offenen Wettbewerb hervor und es war der Entwurf mit größtmöglicher Begrünung, der größten Wasserfläche und den meisten Bäumen. In der Splittfläche (genauer wassergebundenen Decke) stehen insgesamt 16 Bäume. Diese Bäume werden über die Jahre größer und es entsteht ein Baumhain mit zusammenhängenden Blattdach.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 46

Vorschlag Nr. 80237

Radwege von Fußwegen trennen im Rosensteinpark, Schlossgarten

Die Radwegführung muss hier dringend vom Fußverkehr getrennt werden wegen Unfallgefahr und zur Konfliktvermeidung.

Der Radverkehr im Schlossgarten ist im Sommerhalbjahr hochfrequentiert, es wird auch durch E-Bikes und Tretroller mit hoher Geschwindigkeit gefahren, was eine Gefahr für alle Teilnehmer darstellt. Mein Vorschlag: Rosensteinpark:

auf den beiden Durchgangswegen jeweils eine Fahrradspur MIT RICHTUNG als Einbahnstraße markieren
Unterer Schlossgarten:

Den geraden Weg parallel zu den Gleisen als ausschließlichen Radweg ausweisen mit zwei Spuren und glatt asphaltieren (Hoppelpiste!), den anderen Weg als reinen Fußweg markieren

Mittlerer Schlossgarten:

Weg entlang dem Innenministerium zum Planetarium als reinen Radweg ausweisen, die anderen Wege als Fußwege

Oberer Schlossgarten:

Radwegverbindung vor der Oper vom Schlossgarten zum Charlottenplatz markieren und (rot?) asphaltieren, ebenso eine Querverbindung zur Theo. Kreuzungsbereiche mit Fußwegen immer rot asphaltieren, dann wissen auch die Fußgänger, wo sie in dem Bereich beim Queren aufpassen müssen.

positive Wertungen: 791

negative Wertungen: 115

Stellungnahme der Verwaltung

Die angesprochenen Parkanlagen liegen in der Verwaltung des Landes Baden-Württemberg. Gemeinsam mit den für Verkehrsplanungen zuständigen Dienststellen der Landeshauptstadt wurde das Thema Radverkehr in den Anlagen besprochen. Man hat sich zum Ziel gesetzt, für den Radverkehr außerhalb der Parkanlagen Alternativstrecken herzustellen. Damit können schnelle Radfahrende die Anlagen umfahren.

Konkret beschlossen und ab diesem Jahr auf Baustelle ist eine Umfahrung des Rosensteinparks entlang der Pragstraße. Für die Schloßgartenanlagen ist eine Umfahrung entlang der B14 vorgesehen. Hiervon wird der Abschnitt Schillerstraße bis zum Neckartor entlang der Willy-Brandt-Straße in den kommenden Jahren hergestellt. Weiterhin ist geplant, dass auf den durch das Bahnprojekt Stuttgart 21 freiwerdenden Gleisanlagen am gegenüberliegenden Parkrand ein Radschnellweg in Richtung Bad Cannstatt entstehen soll.

Die Umsetzung der vorgeschlagenen separaten Radwege in den Parkanlagen wird damit obsolet.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 47

Vorschlag Nr. 82016

Veranstalter an Kosten von Polizeieinsätzen beteiligen

„Die DFL muss sich an den Kosten für Polizeieinsätze bei Hochrisikospiele der Fußball-Bundesliga beteiligen, entschied das BVerfG.“ Dies ist in Bremen der Fall und sollte in Stuttgart ebenso gehandhabt werden.

Der BVerfG hat hierzu eine gute Linie gezogen für was für eine Art von Veranstaltungen dies zutreffend ist - nämlich mit Gewinnorientierung. D.h. Demonstrationen etc. fallen hier raus. Es geht hier hauptsächlich um gewinnorientierte Veranstaltungen, die im Vorhinein einen erhöhten Polizeieinsatz fordern (z.B. Fußballspiele, Wasen usw.)

positive Wertungen: 789

negative Wertungen: 88

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem am 14. Januar 2025 verkündeten Urteil hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Erhebung einer Gebühr für den polizeilichen Mehraufwand bei „Hochrisikospiele“ der Fußball-Bundesliga in der Freien Hansestadt Bremen mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Damit eine Gebühr erhoben werden kann, muss ein Gesetz oder eine auf einem Gesetz beruhende Rechtsvorschrift dazu ermächtigen. In Bremen ist im Jahr 2014 der § 4 Abs. 4 des Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetzes in Kraft getreten. Auf Grundlage dieser Regelung darf für den polizeilichen Mehraufwand bei gewinnorientierten, erfahrungsgemäß gewaltgeneigten Großveranstaltungen mit mehr als 5.000 Personen eine Gebühr für den Mehraufwand erhoben werden, der aufgrund der Bereitstellung zusätzlicher Polizeikräfte entsteht.

Im Gegensatz zum Bremischen Gebühren- und Beitragsgesetz enthalten die Gesetze in Baden-Württemberg bislang keine vergleichbare Rechtsgrundlage bezüglich des polizeilichen Mehraufwands bei Großveranstaltungen. In Baden-Württemberg können somit zum aktuellen Zeitpunkt mangels Rechtsgrundlage keine entsprechenden Gebühren erhoben werden. Im Übrigen ist dafür nicht die Landeshauptstadt Stuttgart, sondern allein das Land Baden-Württemberg zuständig, weil der Polizeivollzugsdienst Teil der Landespolizei ist.

Platz: 48

Vorschlag Nr. 80184

Keine Anwohnerparkausweise für Wohnmobile

Es soll künftig keine Anwohnerparkausweise mehr für Wohnmobile geben, da diese unverhältnismäßig viel öffentlichen Parkraum beanspruchen und den Verkehr behindern. Wohnmobile sind aufgrund ihrer Länge und Breite deutlich größer als normale Pkw und blockieren oft zwei Parkplätze oder ragen in die Fahrbahn hinein, was den Verkehrsfluss erschwert. Insbesondere in engen Straßen kommt es zu Problemen, da Müllfahrzeuge, Rettungsdienste und andere große Fahrzeuge nur schwer passieren können.

Zudem werden Wohnmobile häufig langfristig abgestellt und kaum bewegt. Dies widerspricht dem Grundgedanken des Anwohnerparkens, das auf die regelmäßige Nutzung von Fahrzeugen ausgelegt ist. Dauergeparkte Wohnmobile blockieren dringend benötigte Parkplätze und verschärfen die ohnehin angespannte Parksituation in vielen Wohngebieten. Darüber hinaus beeinträchtigen sie die Verkehrssicherheit, da sie die Sicht an Kreuzungen und Einmündungen versperren. Dies stellt insbesondere für Kinder, Fußgänger und Radfahrer eine Gefahr dar.

Angesichts des begrenzten öffentlichen Parkraums in Stuttgart ist es nicht gerechtfertigt, dass Wohnmobile diesen dauerhaft in Beschlag nehmen. Stattdessen sollten sie auf ausgewiesenen Stellplätzen oder privaten Flächen abgestellt werden. Durch den Ausschluss von Wohnmobilen bei der Vergabe von Anwohnerparkausweisen würde der begrenzte Parkraum effizienter genutzt, die Verkehrssicherheit erhöht und die Lebensqualität in den betroffenen Wohngebieten verbessert.

positive Wertungen: 783

negative Wertungen: 152

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag, Wohnmobilen keine Bewohnerparkausweise auszustellen, mag vordergründig nachvollziehbar sein, stößt jedoch mit den Bestimmungen der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) an rechtliche Grenzen. Lediglich für Anhänger über 2 Tonnen sowie Lastkraftwagen (LKW) über 7,5 Tonnen sind differenzierte Parkregelungen vorgesehen. Für eine Andersbehandlung von Wohnmobilen fehlt es schlicht an der rechtlichen Grundlage. Möglicherweise hat der Gesetzgeber deshalb keine Differenzierung festgelegt, weil die praxistaugliche Abgrenzung von Wohnmobilen zu anderen Fahrzeugen in ähnlicher Dimension (z.B. Behindertenfahrzeuge, Campingbusse, gewerblich genutzte Kastenwagen) mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden wäre.

Platz: 49

Vorschlag Nr. 80572

Leeren Bürostand umwidmen in Wohnungen

Ich fordere die Stadt auf, leeren Bürostand in der „Innenstadt“ nach gewissen Parametern (bspw. Zeit des Leerstandes) und Kommunikation zu „enteignen“, aufzukaufen etc., und in städtische Wohnungen umzubauen.

Dies würde der Wohnungsnot entgegenwirken.

positive Wertungen: 779

negative Wertungen: 90

Stellungnahme der Verwaltung

Wohnraum wird dringend gebraucht, in Teilen stehen Bürogebäude leer. Was liegt also näher, als diesen Missstand zu beseitigen?

Im Flächennutzungsplan und im Bebauungsplan ist die Art der baulichen Nutzung festgelegt. Über Wohngebiete hinaus gibt es u.a. Mischgebiete, Urbane Gebiete oder Gewerbegebiete. Sinn und Zweck dieser Einordnung ist der gegenseitige Schutz der Nutzungen untereinander.

So ist es i. d. R. in Wohngebieten nicht möglich, Gewerbe zu betreiben. Die Bewohner sollen damit vor Lärm und Verschmutzung geschützt werden. Vice versa gilt dasselbe für Gewerbegebiete. Gewerbetreibende müssen die Sicherheit haben, ihrer Produktion bzw. Dienstleistung nachgehen zu können. Demnach ist in diesen Gebieten eine Wohnungsnutzung ggf. nur untergeordnet möglich, ein Beispiel ist etwa die Hausmeisterwohnung auf dem Betriebsgelände einer Firma.

Das bedeutet, dass es generell nicht möglich ist, leerstehende Bürogebäude einfach in Wohngebäude umzunutzen. Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Nutzungsänderung möglich ist. In der Regel ist eine dauerhafte Umnutzung einer Gewerbeimmobilie in Wohnen ohne Änderung des Planrechts (Bebauungsplan) nicht möglich.

Seit 2016 gibt es das Zweckentfremdungsverbot für leerstehenden Wohnraum in Stuttgart. Hier kann der Stadt Leerstand gemeldet werden bzw. die Stadt geht selber bestimmten Verdachtsfällen nach. Es handelt sich dabei aber um keine flächendeckende Erhebung von Wohnungsleerstand durch die Stadt. Im Bereich von Gewerbeimmobilien gibt es ein solches Regelwerk jedoch nicht. Daher ist die Stadt Stuttgart nicht befugt, private leerstehende Bürogebäude einer Umnutzungsprüfung zu unterziehen. Es handelt sich hierbei auch nicht um eine Pflichtaufgabe einer Kommune.

Anders verhält es sich, wenn der Eigentümer einer Immobilie auf die Stadt zugeht, um die Frage einer Umnutzung zu klären. Das ist ein gangbarer Weg.

Die Stadt wird in Bereichen tätig, bei denen sie Kernaufgaben erfüllen muss (Kindergärten, Schulen, Sport- und Schwimmhallen, Bibliotheken usw.). Der Ankauf von leerstehenden Gewerbegebäuden ist keine kommunale Aufgabe.

Die Umnutzung von Gewerbe- in Wohnimmobilien ist zudem kein Enteignungstatbestand, weshalb eine Enteignung solcher Immobilien nicht möglich ist.

Platz: 50

Vorschlag Nr. 80875

Digitalisierung an Schulen fördern

Die Schulen bekommen Zuschüsse, um sich zum Beispiel White-Boards zuzulegen oder den Schülern iPads zu Verfügung zu stellen.

positive Wertungen: 777

negative Wertungen: 98

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung setzt mit der Fachabteilung IT Competence Center Schulen im Schulverwaltungsamts die Digitalisierung der Stuttgarter Schulen um. Von der Medienentwicklungsplanung über die bedarfsgerechte Beschaffung von digitaler Ausstattung und dem Ausbau der digitalen Gebäudeinfrastruktur bis zur Bereitstellung des zentralen IT-Service und -Supports deckt die Abteilung das volle Spektrum der Schuldigitalisierung in der öffentlichen Stuttgarter Schulumgebung ab. Die Schulen finden hier den ersten Ansprechpartner, wenn es um die Bedarfsanalyse und die Beschaffung digitaler Medientechnik geht. Sie werden unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, des pädagogischen Konzepts sowie der Wünsche und Vorstellungen der Schulleitungen und Kollegien beraten und ausgestattet. In Zusammenarbeit mit Dienstleistern wird die Lieferung, der Aufbau und die fachgerechte Installation der Medientechnik an den Schulen gewährleistet.

Im Rahmen des DigitalPakt Schule 1.0 haben die Stuttgarter Schulen eine digitale Basisausstattung in Höhe von 39 Millionen Euro mit digitalen Endgeräten sowie die dazugehörige Infrastruktur erhalten. Zum Ende des Jahres 2024 konnten die Projekte erfolgreich abgeschlossen werden, sodass die Schulen nun zu einem großen Teil vernetzt und mit moderner Präsentationstechnik ausgestattet sind.

Mit dem Doppelhaushalt 2024/2025 wurde die Wiederbeschaffung der Hard- und Software beschlossen. Somit übernimmt die Landeshauptstadt Stuttgart alle Kosten der Wiederbeschaffung der Hard- und Software für den Unterricht und die Schülerinnen und Schüler sowie die notwendigen Dienstleistungen zur Einrichtung, Betrieb und Support dieser Hard- und Software an den Stuttgarter Schulen. Ausgenommen sind hierbei die digitalen Endgeräte der Lehrkräfte sowie die digitalen Endgeräte der Schüler bis zur Klasse 7. Die Bereitstellung der digitalen Endgeräte der Lehrkräfte hängt von der Co-Finanzierung des Landes Baden-Württemberg ab. Bei den digitalen Endgeräten der Schüler bis zur Klasse 7 ist eine Abhängigkeit mit dem DigitalPakt 2.0 vorhanden. Hierzu fand mit einer Gemeinsamen Erklärung zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Konferenz der Bildungsministerinnen und Bildungsminister der Länder für einen Digitalpakt 2.0 am 13.12.2024 eine Einigung zu den Schwerpunkten statt. Bisher ist der Umfang von rund 5 Milliarden Euro (2,5 Milliarden Euro durch den Bund und 2,5 Milliarden Euro durch die Bundesländer/Kommunen) ab 01.01.2025 definiert. Wir erwarten mit der neuen Bundesregierung eine Konkretisierung und Umsetzung des Digitalpakts 2.0.

Platz: 51

Vorschlag Nr. 82212

Trinkbrunnen auf dem Südheimer Platz

Neben der Calisthenics Anlage, die sehr beliebt ist, gibt es immer mehr Sportgruppen, die sich auf dem Südheimer Platz und der Wiese regelmäßig treffen. Seit letztem Jahr hat die Stadtteilinitiative Heslach auch einen kostenlosen Verleih von Spiel- und Sportgeräten für Kinder und Jugendliche eingerichtet.

Bei so viel Sport am Platz wäre ein Trinkbrunnen sehr willkommen. Gerade in den heißen Sommermonaten ist es auch wichtig, dass es eine kostenlose Trinkwasserversorgung gibt.

Der Bezirksbeirat Süd hat schon 2023 seine Unterstützung für die Einrichtung von Trinkbrunnen auf den Plätzen im Süden bekundet. Die Verwaltung hat aber nur für den Marienplatz und den Erwin-Schöttle-Platz Brunnen vorgesehen und z.T. schon realisiert. Der Südheimer Platz ist bislang leider leer ausgegangen. Es wäre an der Zeit, dass Mittel für einen Trinkbrunnen auch auf dem Südheimer Platz bereitgestellt werden.

positive Wertungen: 774

negative Wertungen: 68

Stellungnahme der Verwaltung

In Stuttgart-Süd wird in der Burgstallstraße gegenüber des Südheimer Platzes eine neue städtische Toilettenanlage aufgestellt. Diese wird zusätzlich mit einer von außen erreichbaren Trinkwasserzapfstelle zur kostenlosen Bereitstellung von Trinkwasser ausgestattet. Die Inbetriebnahme der Anlage findet voraussichtlich noch dieses Jahr statt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd unterstützt den Vorschlag und verweist auf die laufende Umsetzung.

Platz: 52

Vorschlag Nr. 81521

Bürgerbüros Effizienz erhöhen

Bürgerbüros wieder endlich alle regelmäßig öffnen, bei viel Andrang Sachbearbeiter aus anderen Abteilungen im jeweiligen Haus flexibel einsetzen, vielleicht können die Bezirksvorsteher auch bei großem Andrang mitarbeiten

positive Wertungen: 771

negative Wertungen: 40

Stellungnahme der Verwaltung

Die Bürgerbüros haben bereits Sachbearbeiter-Springer*innen im Einsatz, um einen bedarfsorientierten Einsatz flexibel zu ermöglichen.

Platz: 53**Vorschlag Nr. 80563****Passage Rotebühlplatz aufwerten**

Als täglicher Nutzer der Passage am Rotebühlplatz fällt mir der zunehmende Verfall dieses öffentlichen Raums auf. Bereits in einem Artikel der StN vor über zehn Jahren finden sich zahllose Missstände beschrieben, die nach wie vor unverändert gelten: Zu jeder Tages- und Nachtzeit findet man hier mehr oder weniger offenen Drogenkonsum, Gruppen alkoholisierter Personen und Obdachlose, die sich dauerhaft eingerichtet haben. Dazu kommt der optische Eindruck der Passage - fehlende Deckenteile, in denen Tauben nisten, verlassene und verfallende Ladenflächen, versiffte Ecken und die deutlich in die Jahre gekommene Ausstattung.

Die Passage entwickelt sich immer mehr zu einem Un-Ort, den man meidet oder möglichst schnell durchquert. Auch als Mann fühle ich mich hier oft nicht sicher. Mehrfach bin ich auf dem Weg durch die Passage in der letzten Zeit von Betrunknen angegangen worden - wie sich Frauen, die hier alleine unterwegs sind, an diesem Ort fühlen, mag ich mir gar nicht vorstellen. Mir geht es nicht darum, Menschen in Not aus dem Stadtbild zu verdrängen. Dennoch darf ein zentraler Ort wie dieser nicht einfach sich selbst überlassen werden.

Ich sehe die Stadt hier in der Verantwortung, einen sicheren und einladenden Raum für Bürger und Besucher zu schaffen. Die Haltestelle Stadtmittel/Rotebühlplatz ist ein zentraler Knotenpunkt des ÖPNV und sollte als Visitenkarte Stuttgarts dienen. Ich schlage vor, ein umfassendes Konzept zur Aufwertung der Passage zu entwickeln: Dazu gehören ein an die langfristigen Möglichkeiten von Polizei und Ordnungskräften angepasstes Sicherheitskonzept und ein architektonisches Konzept zur optischen Aufwertung, etwa durch moderne Beleuchtung und neue Gestaltungselemente.

Die zahlreichen renommierten Architektur- und Stadtplanerbüros in Stuttgart könnten dabei helfen, die Passage in einen einladenden, sicheren Raum verwandeln. Projekte in anderen Städten zeigen, dass dies möglich ist. Warum also nicht auch in unserer schönen Stadt?

positive Wertungen: 771

negative Wertungen: 47

Stellungnahme der Verwaltung

Tatsächlich ist dieser Ort aufgrund seiner Infrastruktur und der unterirdischen Lage prädestiniert für die von Ihnen geschilderten Konfliktsituationen. Dies stellt selbstverständlich ein erhebliches Problem für das Sicherheitsgefühl der Passanten dieses Ortes dar. In diesem Zusammenhang muss daher zunächst eine Sicherheitsinfrastruktur erarbeitet werden. Dies ist nicht die einzige geeignete Maßnahme gegen diesen Missstand. Erfahrungen zeigen, dass dies lediglich eine örtliche Verschiebung und keine Lösung des Problemzustands bewirkt. Es muss eine gezielte aktive Zusammenarbeit mit den betroffenen Menschen (zum Beispiel mit Hilfe von Streetworkern) ermöglicht und auch entsprechende Räumlichkeiten für die angesprochene Nutzerschicht geschaffen werden.

Eine derartige Entwicklung, die zu solchen Situationen führt, lässt sich auch von den Nutzungen der bestehenden angrenzenden Räumlichkeiten beeinflussen, die speziell auf den Konsum ausgerichtet sind, Schließzeiten haben und somit zeitweise unbelebt sind.

Die Stadtverwaltung ist dabei, soziale wie auch architektonische Lösungsansätze zu entwickeln, um dem Ort eine neue Qualität zu verleihen. Aufgrund neuer Projekte auf dem Rotebühlplatz entstehen bereits auch neue Nutzungen auf der Ebene der Passage; auch der Calwer Platz ist hier zu erwähnen. Mit dem Bau des Gebäudekomplexes am Rotebühlplatz 20 hat auch eine Neugestaltung der Untergeschosse und der Wegeführung in die Passage stattgefunden. Die neue Nutzung und die offene Gestaltung hat dort eine Auflockerung und Belebung der Situation bewirkt. Dies soll auch in weiteren Bereichen erfolgen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 54

Vorschlag Nr. 80944

Neue Mensa für das Solitude-Gymnasium

Das Mittagessen am Solitudegymnasium findet in einem Pavillon aus den 1990ern statt. Dieser ist mit nur 80 Plätzen viel zu klein für über 800 Schüler, außerdem ist er völlig heruntergekommen. Es schimmelt darin und stinkt nach Urin. Die Stadt hat in den letzten Jahren nur mit Sperrungen und Notreparaturen reagiert.

Um die Situation nachhaltig zu verbessern, schlagen wir als Elternbeirat einen kompletten Neubau der Mensa auf der vorhandenen Freifläche vor. Während des kommenden Doppelhaushalts soll zumindest die Planung fertiggestellt und die Ausschreibung für den Neubau vorbereitet werden.

positive Wertungen: 771

negative Wertungen: 99

Stellungnahme der Verwaltung

Langfristig ist dieser Schulstandort baulich und organisatorisch an die Bedarfe eines G9-Gymnasiums anzupassen. Aktuell soll im Vorgriff auf diese langfristige Entwicklung ein baulicher Ersatzneubau geprüft werden. Grund ist der schlechte bauliche Zustand des sog. „kleinen Pavillons“, in dem derzeit die interimistische Essensversorgung sowie Unterricht und Beratung stattfinden. Dieser vorgezogene Ersatzneubau soll nach aktueller Planung sowohl zur Essensversorgung dienen als auch weitere Unterrichtsräume beinhalten und ein vollwertiges Gebäude sein.

Das Hochbauamt wurde bereits im April 2024 beauftragt, die Nutzung der vorhandenen Flächen für die Mensa und die schulische Erweiterung zu prüfen. Hierfür sind bereits im Doppelhaushalt 2024/25 Planungsmittel von 250.000 Euro vorhanden. Ein erstes Ergebnis dieser Prüfung wird voraussichtlich im Juni / Juli 2025 vorliegen. Notwendige Bauunterhaltungsmaßnahmen, wie die Bekämpfung des Geruchs, wurden 2024 ausgeführt und werden weiterhin im Rahmen der Erhaltung eines Provisoriums geleistet.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Weilimdorf unterstützt einstimmig diesen Antrag. Das Solitude-Gymnasium ist eine Ganztageschule und benötigt eine neue Mensa, die der Anzahl der Mittagstischessenden entspricht, da der jetzige Zustand des bisherigen Pavillons (Mensa) untragbar ist. Entsprechende Planungsmittel sind rechtzeitig im Doppelhaushalt einzustellen.

Platz: 55

Vorschlag Nr. 80765

Bänke / Sitzgelegenheiten aufstellen

Für ältere oder gehbehinderte Mitbürger sind Bänke in der Innenstadt und in ihrem Wohngebiet wichtig. Viele könnten ihre Besorgungen in der Stadt noch zu Fuß erledigen, wenn sie die Möglichkeit hätten, sich immer wieder auszuruhen. Mittlerweile gibt es in der Eberhard- und in der Dorotheenstraße mehr Sitzmöglichkeiten, aber an anderen Plätzen, z.B. am Wilhelmsplatz (S-Mitte) tut sich nichts. Auch in den Stadtvierteln könnten bei ausreichender Gehwegbreite Sitzplätze installiert werden.

positive Wertungen: 768

negative Wertungen: 42

Stellungnahme der Verwaltung

Für den Bereich des Wilhelmsplatzes läuft bereits eine stadtinterne Abstimmung, so dass hier im Laufe des Jahres Bänke aufgestellt werden können.

Platz: 56

Vorschlag Nr. 81381

Offene Flächen am Feuersee für Blüh- und Nistangebote für Insekten umgestalten

Die Flächen, die unter den Plantanen am Feuersee festgetreten oder entlang der Rotebühlstraße vergrast sind, sollten so umgestaltet werden, dass bodenbrütende Insekten (z.B. ein Großteil der Wildbienen) dort nisten können, ohne dass die Flächen durch Hunde(besitzer) verkotet werden. Da viele der Insekten Bewegungsradien unter 500 m haben, sollte gleichzeitig für ein Blühangebot durch Staudenbepflanzung gesorgt werden. Das würde zusätzlich die Anlage für die menschlichen Bewohner aufwerten.

positive Wertungen: 768

negative Wertungen: 92

Stellungnahme der Verwaltung

Bei der Fläche unter den Platanen handelt es sich um eine Belagsfläche, die mit einer wassergebundenen Decke befestigt wurde. Aufgrund des hohen Nutzerdruckes in schattiger Lage ist es nicht möglich ist, hier eine für Insekten hochwertige Blumenwiese anzulegen. Daher können wir dem Vorschlag an dieser Stelle leider nicht nachkommen. Die Flächen entlang der Rotebühlstraße werden 3 mal jährlich als Blumenwiese gemäht, um einen für die Insekten wichtigen Blühaspekt zu fördern.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West sieht das Vorhaben positiv und stimmt diesem zu, da es einer Verbesserung der Sicherheit und Lebensqualität im Stadtbezirk West dient.

Platz: 57

Vorschlag Nr. 81194

Städtisches nachhaltiges Feuerwerk (Drohnenfeuerwerk) an Silvester

Städtisches nachhaltiges Feuerwerk mit Drohnen und gleichzeitig Verbot privater Feuerwerke.

positive Wertungen: 766

negative Wertungen: 163

Stellungnahme der Verwaltung

Für ein städtisches nachhaltiges Feuerwerk hat sich die Landeshauptstadt Stuttgart bislang nicht ausgesprochen. Im Vordergrund stand, Verletzungen durch unsachgemäßes Abfeuern zu reduzieren und einen friedlichen Jahreswechsel auf dem zentralen Schlossplatz zu ermöglichen, an dem ohnehin eine Vielzahl an Menschen zusammenkommen.

Platz: 58

Vorschlag Nr. 80978

Kinderbetreuung ausbauen

Wir Eltern sind auf eine ausreichende Anzahl an Betreuungsplätzen angewiesen! Als Frau und Mutter muss und möchte wieder voll in meinem Beruf arbeiten, u.A. um eine ausreichende Altersvorsorge zu schaffen.

Ohne eine gute, verlässliche und bezahlbare Betreuung der eigenen Kinder im Umfang der einer Vollzeitstelle entspricht sind Eltern massivst benachteiligt. Aber in Stuttgart gleicht es jedes Jahr aufs Neue einem Glücksspiel ob überhaupt oder wenn, in welchem Umfang man einen Betreuungsplatz bekommt. Planungssicherheit bei der Rückkehr in den Beruf sieht leider ganz anders aus!

Macht aus Stuttgart endlich die kinderfreundliche Stadt, die in der Grußkarte zur Geburt versprochen wird und investiert in Kitas, Kindergärten, Schulen - aktuell ist das leider der blanke Hohn!

positive Wertungen: 765

negative Wertungen: 81

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadtverwaltung hat volles Verständnis für die Situation der Eltern in Bezug auf die Kita-Platzsituation. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder sind die Eckpfeiler der sozialen Infrastruktur in Stuttgart. Über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg gab es in Stuttgart einen signifikanten Zuwachs an Plätzen für die Kindertagesbetreuung sowie an pädagogischen Fachkräften. Seit 2015 konnte im Kleinkindbereich (0-3 Jahre) ein durchschnittlicher jährlicher Platzgewinn von 220 Plätzen erzielt werden, für die 3- bis 6-Jährigen waren es jährlich durchschnittlich 163 Plätze. Hier konnte der statistische Versorgungsgrad auf 99,5 % zum Stichtag 1. März 2024 ausgebaut werden, so dass rein statistisch ausreichend Plätze zur Verfügung stehen.

Bei allen Stuttgarter Trägern zeigt sich jedoch verstärkt, dass wegen des Fachkräftemangels nicht überall für alle Familien, die es wünschen, genügend Kitaplätze bzw. die gewünschten Betreuungszeiten angeboten werden können. Der Mangel an Betreuungspersonal führt aktuell zu temporären und teilweise langfristigen Reduzierungen von Öffnungszeiten und (Teil-)Schließungen von Gruppen in Kindertagesstätten. Die Träger müssen sich hierbei an die Vorgaben der Betriebserlaubnis des KVJS (Kommunalverband Jugend und Soziales Baden-Württemberg) halten.

Trotz der bereits schon vor Jahren eingeleiteten umfangreichen Maßnahmen der Stadt und der freien Träger zur Personalgewinnung ist mit einer raschen Entspannung nicht zu rechnen. Aufgrund dieser Situation wurde seitens des Referats Jugend und Bildung ein umfassender Weiterentwicklungsprozess der Kitaangebotslandschaft aufgesetzt. Im Rahmen dessen werden verschiedene Maßnahmen gemeinsam mit Trägern von Kindertageseinrichtungen erarbeitet und umgesetzt, um trotz Fachkräftemangel ein verlässliches Angebot zu ermöglichen. Des Weiteren unterstützt seit dem 01.08.2024 das neu eingeführte Elternkonto die Eltern bei der Kitaplatzsuche und die Träger der Kindertageseinrichtungen bei der Platzvergabe. So kann auch unterjährig eine schnellere Vergabe nicht belegter Plätze erfolgen.

Platz: 59

Vorschlag Nr. 82336

Schwammstadt Stuttgart

Die Stuttgarter Innenstadt wird immer heißer deshalb muss mehr Grün her und überlegt werden an welchen Stellen es möglich ist das Beispiel der Schwammstadt zu übernehmen. Stuttgart muss sich gegen Klimarisiken wie Starkregen, Hitze und Trockenheit wappnen. Wege dahin zeigt das Umweltbundesamt auf. Diese Wege sollen von einem Bürgerrat für Stuttgart erarbeitet werden. Die Stadt muss die Lösungen verbindlich umsetzen.

positive Wertungen: 765

negative Wertungen: 104

Stellungnahme der Verwaltung

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels und der deutlich zu erfahrenden Auswirkungen auch in Stuttgart hat die Landeshauptstadt ihr Klimawandelanpassungskonzept Stuttgart (KLIMAKS) in 2024 umfangreich fortgeschrieben. Es berücksichtigt auch die Anpassungsstrategie der Bundesregierung zum Klimawandel und konkretisiert dessen Vorgaben für die Landeshauptstadt Stuttgart. KLIMAKS enthält mehr als 70 Einzelmaßnahmen und ein eigenständiges Maßnahmenpaket in Form eines Hitzeaktionsplans. Aktuell wurde hier beispielsweise ein Trinkbrunnenkonzept erarbeitet.

Von zentraler Bedeutung und Voraussetzung für die Umsetzung konkreter blau-grüner, baulicher und sonstiger Maßnahmen sind die enthaltenen planerisch-konzeptionellen Maßnahmen. Beispielsweise werden bei der Erarbeitung quartiersbezogener, städtebaulicher Rahmenpläne, wie dem Rahmenplan Talgrund West, die umzusetzenden Maßnahmen konkret, bedarfsgerecht und betroffenenheitsbezogen verortet. Sie ermöglichen die rechtzeitige Weichenstellung und verhelfen zu konkreten Anpassungsmaßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern.

Konkrete Maßnahmen zur Starkregenvorsorge oder zur Reduzierung der Wärmebelastung (Straßenbaumkonzeption, Erweiterung grüne Infrastruktur etc.) können im Internet nachgelesen werden. Das Anpassungskonzept KLIMAKS ist unter folgender Adresse aufrufbar:

<https://www.stuttgart.de/leben/umwelt/klima/klimawandel/>

Platz: 60

Vorschlag Nr. 82383

Aufenthaltsqualität und nächtliche Sicherheit im Stadtgarten verbessern

Nach wie vor besteht im Stadtgarten ein erhebliches Defizit bezüglich der Aufenthaltsqualität und der nächtlichen Sicherheit. Letztere erfordert vor allem eine Verbesserung der Wegebeleuchtung, auch auf dem Weg zum Hoppenlaufriedhof. Maßnahmen zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität sind unter anderem eine Sanierung der Wasserflächen, mehr Aktivitätsmöglichkeiten für Kinder und Erwachsene (auch beschattet), attraktive Sitzgelegenheiten sowie genügend Toiletten, Wasserspender und Abfallbehälter.

positive Wertungen: 764

negative Wertungen: 47

Stellungnahme der Verwaltung

Der Stadtgarten zählt zu den ältesten öffentlichen Grünanlagen Stuttgarts (1870). Die besondere Bedeutung des Stadtgartens für die innerstädtische Grünversorgung, die vielfältigen Nutzungsansprüche sowie die Eigentumsverhältnisse der betroffenen Grundstücke machen umfangreiche Abstimmungen erforderlich, die eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Der Stadtgarten soll sich zu einem zeitgemäßen, flexibel und vielseitig nutzbaren Bürgerpark entwickeln.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 61

Vorschlag Nr. 80107

Mehr offene Wasserflächen in Stuttgart schaffen

Während der heißen Sommerzeit leiden nicht nur Menschen, auch viele Tiere: die Stadt Stuttgart soll deutlich mehr Wasser-Angebote in der Stadt verteilen. Das sehe ich als Aufgabe der fantasiebegabten Stadtplaner in Kooperation mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz. Eine Schande, dass der Nesenbach verbuddelt wurde, hier könnte die Stadt Stuttgart Wiedergutmachung leisten!

positive Wertungen: 764

negative Wertungen: 77

Stellungnahme der Verwaltung

Der Nesenbach ist ab dem Übergang von der Böblinger Straße zur Burgstallstraße kein offenes Gewässer mehr, sondern verläuft vollständig in einem unterirdischen Kanal. Dieser Kanal stellt einen der Hauptabwasserkanäle der Stadt dar und spielt eine zentrale Rolle für die geregelte Abwasserentsorgung durch die Stadtentwässerung Stuttgart (SES).

Derzeit werden Maßnahmen umgesetzt, um Quellwasser, das oberhalb gefasst wird, zu sammeln und über eine eingehängte Leitung weiterzuleiten. Dieses Wasser soll künftig in der Möhringer Straße und der Nesenbachstraße in künstlich angelegten Wasserläufen sichtbar gemacht werden. Anschließend wird es in Richtung Eckensee weitergeführt.

Die natürlichen Quellen des Nesenbachs führen allerdings nicht genügend Wasser, um zusätzliche offene Wasserflächen dauerhaft und ausreichend zu versorgen.

Platz: 62

Vorschlag Nr. 80456

Sichere Fahrradwege in Stuttgart West

Sichere Fahrradwege, die nicht nur 2 Meter vor und nach den Kreuzungen existieren, würden allen Fahrradfahrern mehr Sicherheit bieten und Menschen, die sich heute wegen zu hohem Risiko nicht auf das Rad steigen, dazu ermutigen aufs Rads anstatt des Autos zu nehmen.

positive Wertungen: 764

negative Wertungen: 171

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Zielbeschluss des Gemeinderats von 2019 „Stuttgart zu einer Fahrradstadt zu machen“ hat die Stadtverwaltung den Auftrag, den Anteil der Radfahrenden auf 25 % der Verkehrsteilnehmer zu erhöhen und das Radfahren in Stuttgart weiter zu fördern.

Damit verbunden ist auch die Aufgabe, beim Ausbau des Radverkehrs die subjektive Sicherheit zu berücksichtigen. Neben dem Bau neuer Radverkehrsanlagen ist eine der Hauptaufgaben, die bestehende Infrastruktur zu verbessern und mit einem besseren und sicheren Angebot den Umstieg auf das Fahrrad zu erleichtern.

Dass eine gute Radverkehrsanlage, also z.B. Radwege, Radfahrstreifen, Schutzstreifen oder Fahrradstraßen, den Radverkehr attraktiver machen, konnten wir nicht zuletzt an der Hauptradroute 1 in der Böblinger Straße (Kaltentaler Abfahrt) nachweisen. Seit der Einrichtung eines Radfahrstreifens mit einer Breite von 2 m (vorher Schutzstreifen mit ca. 1,5 m) ist die Zahl der Radelnden an diesem Teilstück angestiegen.

Im letzten Jahr wurden mit 39 Radverkehrsprojekten, davon 19 im Hauptradroutennetz, rund 6,2 km Radwege verbessert oder neu gebaut, wie z.B. neue Fahrradstraßen in der Möhringer Straße, Burgenlandstraße oder der Forststraße/Breitscheidstraße, wofür der Baubeginn aktuell für Ende 2025/Anfang 2026 geplant ist. Aktuelle Projekte derzeit sind auch der Ausbau der Hauptradroute 2 und die Schaffung weiterer Fahrradstraßen z.B. die Burtenbachstraße in Stammheim.

Weitere Informationen zu Maßnahmen der Rad- und Fußverkehrsförderung sind in unserem Fuß- und Radbericht 2023 zu finden. Eine aktualisierte Version des Fuß- und Radberichts der Landeshauptstadt ist für November 2025 vorgesehen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West sieht das Vorhaben positiv und stimmt diesem zu, da es einer Verbesserung der Sicherheit und Lebensqualität im Stadtbezirk West dient.

Platz: 63**Vorschlag Nr. 81459****NorDIY Skatepark auf neuer Fläche im Neckarpark (P7) am Leben halten!**

Der selbstgebaute Skatepark „NorDIY“ am Stuttgarter Nordbahnhof ist einer der wenigen subkulturellen Hotspots der Stadt. Über die letzten Jahre hat sich die Anlage zu einem Ort entwickelt, der nun viel mehr ist als ein reiner Skatepark. Ob man sich dort zum gemeinsamen Skaten, Feiern, Musizieren, Malen, Handwerken oder einfach nur zum Verweilen trifft, spielt keine Rolle - primär ist der Ort ein Treffpunkt und Begegnungsort für gleichgesinnte Menschen aller Art geworden.

Auf Grund von Bauarbeiten muss der NorDIY seinen bisherigen Standort mitsamt aller dort entstandenen Rampen und sonstigem Gebauten (Bühne, Bar, Sitzmöbeln, etc.) verlassen und auf eine neue Fläche im Neckarpark umziehen. Diese Fläche, auf der ehemals das Parkhaus „P7“ stand, wurde bereits den beiden Vereinen NorDIY/Betonfreude21 und Contain't vom Stuttgarter Gemeinderat zugesprochen, die diese Fläche gemeinsam bespielen werden.

Mit dem Umzug und Wiederaufbau sind hohe Kosten für den Verein verbunden. Zum Vergleich: Im NorDIY-Skatepark am Nordbahnhof, der komplett durch ehrenamtliches Engagement entstand, sind laut erfahrenen SkateparkbauerInnen Materialien und Arbeitsstunden im Wert von rund 500.000€ verbaut. Zusätzlich muss der Verein für die Anlage auf der neuen Fläche einen Bauantrag einreichen, der mit allen dazugehörigen Gutachten nach Schätzungen von ArchitektInnen Kosten in Höhe von ca. 15.000€ betragen wird.

Der Verein agiert nicht wirtschaftlich und befindet sich in einer Grauzone zwischen Kultur und Sport, was es ihm sehr schwierig macht, öffentliche Förderungen zu erhalten. Die auf den Verein zukommenden Kosten stellen ihn daher vor eine große Herausforderung und könnten schlimmstenfalls das Ende des Projekts bedeuten.

Um das Überleben dieses subkulturellen Ortes zu sichern, ist es daher unabdinglich, dass das Projekt bzw. der Verein im Stuttgarter Haushalt 2025/2026 mit entsprechenden finanziellen Fördermitteln beachtet wird!

positive Wertungen: 762

negative Wertungen: 107

Stellungnahme der Verwaltung

Der Antrag der Betonfreude 21 e.V. sollte im sportlichen, städtebaulichen und jugendpolitischen Kontext gesehen werden. Nachfolgende Aspekte sind dabei relevant:

Fehlende Angebote nach dem Abbau bisheriger Flächen:

In der Vergangenheit wurden bestehende Skateboardingflächen abgebaut, was dazu führte, dass es wenig legale und sichere Möglichkeiten für Skaterinnen und Skater gibt, ihrem Sport nachzugehen. Ohne entsprechende Infrastruktur weichen viele auf ungeeignete Plätze aus – das erhöht Konflikte mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie die Sicherheitsrisiken.

Engagement der jungen Menschen:

Besonders zu betonen ist die starke Partizipation und das eigenverantwortliche Engagement der Skaterinnen und Skater. Die Akteure des NorDIY sind ein gutes Beispiel für die junge Zielgruppe.

Förderung der Jugendkultur:

Skateboarding ist ein wichtiger Teil moderner Jugendkultur. Musik, Mode, Gemeinschaft und Kreativität sind eng mit dieser Szene verbunden. Eine Skateanlage ist nicht nur Sportstätte, sondern auch sozialer Treffpunkt und kreativer Begegnungsraum. So war es auch beim NorDIY auf dem Nordbahnhofgelände.

Bewegungsmangel als gesamtgesellschaftliches Problem:

Die Bewegungsaktivität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist in alarmierendem Maße zurückgegangen – mit weitreichenden gesundheitlichen Folgen. Der neue NorDIY kann ein wichtiger Ort sein, um gerade in der anvisierten Altersgruppe die Bewegung als Teil des eigenen Lebensstils zu etablieren. Skateboarding fördert auf natürliche Weise Bewegung, Ausdauer, Koordination und Körperbewusstsein.

Skateboarding als Teil der Stadt- und Sportkultur:

Skateboarding ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Seit 2021 ist es olympische Disziplin. Das unterstreicht seine sportliche Relevanz. Gleichzeitig trägt es zur urbanen Identität bei, schafft lebendige Plätze, zieht unterschiedliche Altersgruppen an und fördert einen positiven Umgang mit öffentlichem Raum.

Lärmschutz als Standortfaktor:

Ein entscheidendes Hindernis bei der Realisierung neuer Skateflächen sind – ganz besonders in Stuttgart – Lärmschutzbedenken. Viele potenzielle Flächen im Stadtgebiet scheiden aufgrund der Nähe zu Wohnbebauung aus. Umso wichtiger ist es, den neuen Standort des NorDIY zu unterstützen.

In einem gemeinsamen Termin wurde bereits im Januar beim Amt für Sport und Bewegung die benötigte Unterstützung mit dem Verein Betonfreud e.V. besprochen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 64

Vorschlag Nr. 81889

Jahrhundertealte Terrassen Weinberge erhalten

Immer mehr Terrassenweinberge,
die ökologisch gerade in Stadtnähe so wichtig sind, liegen brach oder verwildern sogar.
Neben den Rebstöcken bieten sie auch einer Vielzahl von Pflanzen und Tierarten eine Heimat.
Diese Weinberge werden ausschließlich in Handarbeit bewirtschaftet , im Vergleich zu umgelegten Weinbergen
der
5-7 fache Zeitaufwand.
Familiärer Nachwuchs wird seltener.
Wir brauchen Schulungsmöglichkeiten, um sich als Laie die notwendigen Kenntnisse anzueignen .
Schulen oder Naturschutzvereine könnten Teile der Weinberge übernehmen mit Unterstützung.

Wie werde ich
Terrassen Weinberg Retter*in
In Stuttgart ?

positive Wertungen: 761

negative Wertungen: 52

Stellungnahme der Verwaltung

Mit der Anpassung der Vergabekriterien und Pachtpreise im April 2024 wird auch Hobbywinzern die Pacht der Rebflächen ermöglicht. Zur Sicherstellung einer ausreichenden fachlichen Qualität der Bewirtschaftung ist der Sachkundenachweis für Pflanzenschutz weiterhin Voraussetzung für eine Verpachtung. Dieser kann bei der unteren Landwirtschaftsbehörde in Form einer Grundlagenschulung und regelmäßigen Auffrischungen erworben werden. Für das Gebiet der Stadt Stuttgart ist das Landratsamt Ludwigsburg, Fachbereich Landwirtschaft zuständig (<https://ludwigsburg.landwirtschaft-bw.de/Lde/Startseite/Fachinformation...>).

Platz: 65

Vorschlag Nr. 80998

Aufwertung für den Oberen Schlossgarten: Aktion zur Reinigung und Verschönerung des Eckensees/ Oberen Schlossgartens

Der Stuttgarter Eckensee ist seit Jahren ein Trauerspiel der Stuttgarter Innenstadt. Der verdreckte Teich gleicht mehr einem Sumpf als einem Wohlfühlort für die Stuttgarter Stadtbewohner. Dies benötigt dringend eine Aufwertung! Durch die Reinigung des Wassers und dem Bau von neuen Bänken und Sitzmöglichkeiten sowie weiterer Begrünung könnte man diesen Ort zu einer erholsamen Oase und einem Treffpunkt für junges Leben in der Stuttgarter Innenstadt werden lassen.

positive Wertungen: 760

negative Wertungen: 54

Stellungnahme der Verwaltung

Die Zuständigkeit vom Eckensee liegt beim Land Baden-Württemberg.

Platz: 69

Vorschlag Nr. 80367

Bürgerbüro Feuerbach wieder öffnen

Endlich wieder das Bürgerbüro Feuerbach wieder öffnen. Und wenn jetzt wieder die Argumentation kommt, es fehlen Mitarbeiter: stellt endlich Quereinsteiger ein und lehnt nicht von vornherein alle ab, die sich als Quereinsteiger bewerben.

positive Wertungen: 759

negative Wertungen: 47

Stellungnahme der Verwaltung

Die Dienststelle der Bürgerbüros wissen um die Einschränkungen, die die Schließung des Bürgerbüros in Feuerbach mit sich bringt. Das Amt für öffentliche Ordnung arbeitet zusammen mit den zentralen Ämtern der Stadt mit Hochdruck daran, eine verlässliche Perspektive zur Wiedereröffnung zu schaffen. Mittelfristig wollen wir den Bürgerservice in Feuerbach durch ein neues zukunftsorientiertes Bürgerbüro stärken, welches attraktiv für Kundinnen und Kunden, aber auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Feuerbach unterstützt den Vorschlag und das Vorhaben ausdrücklich. Ein wohnortnahes Bürgerbüro ist für einen Stadtbezirk mit rund 30.000 Einwohnern nicht nur ein zentraler Baustein bürgerfreundlicher Verwaltung, sondern auch ein wichtiges Element für die Attraktivität und Lebensqualität des Stadtbezirks. Die Wiedereröffnung würde eine spürbare Entlastung anderer Stellen bringen und den Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen im Alltag wesentlich erleichtern.

Platz: 92

Vorschlag Nr. 80578

Gaskessel Gaisburg umnutzen

Gaskessel ist 100m hoch und 69 im Durchmesser. Das Ding ist ein Denkmal und wird nicht genutzt. Ich befürchte die Stadt kauft es und saniert es für X Millionen €, damit es weiterhin so rumsteht. Bitte macht da was draus: Solarfassade, Energiespeicher, Parkhaus für Wohnmobile, Parkhaus für Wasen, Wärmespeicher, Kleinkonzerthallen. Egal was, aber startet doch mal Ideenwettbewerb oder Machbarkeitsstudien.

positive Wertungen: 735

negative Wertungen: 62

Stellungnahme der Verwaltung

Der Gaskessel befindet sich im Eigentum der EnBW. Nach aktuellem Stand plant das Unternehmen nicht, das Areal zu verkaufen – auch nicht an die Landeshauptstadt Stuttgart.

Gleichzeitig verfolgt die Stadtverwaltung die Zielsetzung, das Gebiet rund um den Gaskessel perspektivisch weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang spielt auch der Gaskessel selbst eine wichtige Rolle. Aus Sicht der Stadt wäre es wünschenswert, dass das markante Bauwerk künftig einer sinnvollen und zukunftsorientierten Nutzung zugeführt wird.

Denkbar ist hierbei sowohl eine energetische Weiternutzung – etwa als Speicher für erneuerbare Energien – als auch eine kulturelle oder öffentliche Nutzung. Der Gaskessel könnte so zu einem Identifikationsort mit neuer Funktionalität und Strahlkraft für das Quartier werden.

Die Stadt sucht hierzu den Austausch mit der EnBW, um mögliche Entwicklungsperspektiven frühzeitig zu sondieren und gemeinsam tragfähige Lösungen für eine mögliche Zukunft des Standorts zu finden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost begrüßt den Vorschlag einer Umnutzung des Gaskessels und hat dies im Rahmen von Anträgen auch mehrfach angeregt. Der Jugendrat hat sich ebenfalls mit dieser Thematik beschäftigt und verschiedene Vorschläge für eine künftige Nutzung eingebracht.

Platz: 103

Vorschlag Nr. 80561

Leo Vetter Bad auch im Sommer öffnen

Leider hat das Bad im Sommer zu. Da aber gerade im Sommer die Bademöglichkeiten beschränkt sind, würde ich mir wünschen dass das Bad auch im Sommer offen hat. Die Grünfläche kann super genutzt werden.

positive Wertungen: 726

negative Wertungen: 81

Stellungnahme der Verwaltung

Im Sommer 2024 boten die fünf städtischen Freibäder rund 650.000 Badegästen Gelegenheit zum Schwimmen unter freiem Himmel und an der frischen Luft. Um im Sommer alle Freibäder mit den umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können, ist ein temporärer saisonaler Mehrbedarf an Personal notwendig. Der bundesweit zu verzeichnende Arbeitskräftemangel führt aber dazu, dass die saisonal zusätzlich erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist. Zur Sicherung der Öffnungszeiten in den Freibädern wurde seit 2019 daher auch auf Fachkräfte aus den eigenen Reihen zurückgegriffen, welche sonst bisher in der Sommersaison in den Hallenbädern eingesetzt waren.

Wie sich die Personalsituation in Zukunft entwickelt, kann nicht vorhergesagt werden. Daher können die Stuttgarter Bäder eine Öffnung des Leo-Vetter-Bads für die Öffentlichkeit während der Freibadsaison nicht garantieren.

Zukünftig streben die Stuttgarter Bäder gemäß Bäderkonzeption an den Standorten Hallenbad Zuffenhausen und Hallenbad Sonnenberg an, der Öffentlichkeit auch im Sommer sieben Tage in der Woche Wasserfläche zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost unterstützt den Vorschlag aus der Bürgerschaft, das Leo-Vetter-Bad ganzjährig zu nutzen, insbesondere aufgrund der vorhandenen Außenflächen. Der Bezirksbeirat hat selbst einen entsprechenden Antrag in den Doppelhaushalt eingebracht.

Platz: 115

Vorschlag Nr. 80319

Bessere Radwegestruktur schaffen

Es muss insbesondere in Stuttgart-Vaihingen eine bessere Radwegestruktur geben! Zum einen sollten die Kontrollen bezüglich dem Fahrverhalten von Radfahrern verstärkt werden und zum anderen muss eine einheitliche Lösung für die Radwege eingeführt werden! Gefühlt ändern sich an jeder Kreuzung die Regelung. Mal darf auf der Straße gefahren werden und nach der nächsten Kreuzung muss man sich den Gehweg mit Fußgängern teilen. Niemand weiß letztendlich, wie er sich richtig verhält. Der Sachverhalt ist für alle Verkehrsteilnehmer ein erhebliches Risiko!

positive Wertungen: 715

negative Wertungen: 174

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat sich vorgenommen, mehr für die Förderung des Radverkehrs zu unternehmen. Grundlage dafür ist der Zielbeschluss des Gemeinderats "Stuttgart zu einer fahrradfreundlichen Stadt machen" aus dem Jahr 2019. Damit ist insbesondere auch ein Ausbau der städtischen Hauptradrouten verbunden. Neue (Rad-)Verkehrsanlagen werden dabei grundsätzlich nach dem anerkannten Stand der Technik gemäß der Rechtsgrundlagen und technischen Regelwerke geplant und darüberhinaus finden eigene Stuttgarter Qualitätsstandards Berücksichtigung. Dazu zählt insbesondere, dass der Radverkehr möglichst sowohl vom Fußverkehr als auch vom Kfz-Verkehr getrennt und auf eigenen Anlagen geführt werden soll.

Das bestehende Radverkehrsnetz ist jedoch historisch gewachsen und entspricht im Bestand noch nicht den selbst gesetzten Standards. Der Neu- und Umbau eines eigenständigen Radverkehrsnetzes benötigt Zeit für Planung, Beteiligung und Bau und kann daher nur schrittweise auf der Straße sichtbar werden. In Vaihingen wurden zuletzt eigenständige Radverkehrsanlagen in der Industriestraße eingerichtet. Auch die Verbindung von Vaihingen in die Stuttgarter Innenstadt entlang der Hauptradroute 1 wurde durch die Einrichtung von Radfahrstreifen in der Böblinger Straße, Rottweiler Straße und Kaltentaler Abfahrt verbessert. Radverkehrsanlagen in der Heßbrühl- und Liebknechtstraße werden zurzeit im Zusammenhang mit der Neubebauung im Synergiepark vertieft geplant. Des Weiteren wurde in der Möhringer Landstraße und Vaihinger Straße (Hauptradroute 10.2) eine Planung durch den Gemeinderat beschlossen, welche eigene Radwege zur Vernetzung von Vaihingen und Möhringen vorsieht.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Vaihingen nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 144

Vorschlag Nr. 81488

U8 muss abends und am Wochenende fahren

Die U8 ist die einzige Direktverbindung von Degerloch zur Waldau, nach Sillenbuch und Ostfildern und nach Vaihingen zur S-Bahn.

Vor allem, wird das Sportgebiet Waldau erweitert, man gibt sich unendliche Mühe, mehr Parkplätze zu schaffen ... Lasst die U8 fahren, damit man auch ökologisch zur Waldau kommt!

positive Wertungen: 700

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Grundsätzlich ist festzustellen, dass vor allem ein Bedarf im Berufs- und Schülerverkehr besteht.

Mit dem Jahresfahrplan 2024 wurde das Angebot in der Hauptverkehrszeit zwischen Vaihingen und Heumaden auf einen 10-Minuten-Takt verdichtet.

Außerhalb dieser Zeiten rechtfertigt die Nachfrage keine direkte Stadtbahnverbindung, da hier das Verhältnis zwischen Nutzen und Aufwand (hohe Betriebskosten) keinen wirtschaftlichen Betrieb zulässt. Mit einem Umstieg am Bopser steht zu den genannten Zeiten (Spätverkehr und Wochenende) eine Stadtbahnverbindung mit Umstieg zur Verfügung.

Die Landeshauptstadt Stuttgart wird im Jahr 2025 einen neuen Nahverkehrsplan verabschieden, in welchem auch das Angebotsniveau der Linie U8 eine Rolle spielen kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Degerloch wünscht sich seit langem und übereinstimmend die Verlängerung der U 8 in die Abendzeiten. Die vermehrte Nutzung des Sport- und Freizeitgeländes Waldau auch in die Abendstunden hinein allein ist schon ausreichender Grund. Daneben profitieren auch die angesiedelten Schulen und das Haus auf der Waldau von einer Verlängerung. Mehr öffentlicher und umweltfreundlicher Nahverkehr nützt auch den Anwohnern.

Platz: 154

Vorschlag Nr. 81777

Hallenbad Sonnenberg offen halten

Die letzten Sommer waren sehr verregneten. Deshalb soll das Hallenbad offen bleiben. Durch die große Grünflächen ist es auch bei Sonnenschein toll zu besuchen.

positive Wertungen: 694

negative Wertungen: 92

Stellungnahme der Verwaltung

Im Sommer 2024 boten die fünf städtischen Freibäder rund 650.000 Badegästen Gelegenheit zum Schwimmen unter freiem Himmel und an der frischen Luft. Um im Sommer alle Freibäder mit den umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können, ist ein temporärer saisonaler Mehrbedarf an Personal notwendig. Der bundesweit zu verzeichnende Arbeitskräftemangel führt aber dazu, dass die saisonal zusätzlich erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist. Zur Sicherung der Öffnungszeiten in den Freibädern wurde seit 2019 daher auch auf Fachkräfte aus den eigenen Reihen zurückgegriffen, welche sonst bisher in der Sommersaison in den Hallenbädern eingesetzt waren.

Wie sich die Personalsituation in Zukunft entwickelt, kann nicht vorhergesagt werden. Daher können die Stuttgarter Bäder eine Öffnung des Hallenbads Sonnenberg für die Öffentlichkeit während der Freibadsaison nicht garantieren.

Zukünftig streben die Stuttgarter Bäder gemäß Bäderkonzeption an den Standorten Hallenbad Zuffenhausen und Hallenbad Sonnenberg an, der Öffentlichkeit auch im Sommer sieben Tage in der Woche Wasserfläche zur Verfügung zu stellen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Wunsch ist für den Bezirksbeirat Möhringen nachvollziehbar, jedoch ist zu bedenken, dass hierfür auch genügend Personal zur Verfügung stehen müsste.

Platz: 158

Vorschlag Nr. 80062

WC am Dinospiegelplatz im Rosensteinpark errichten

Rund um den (Dino-) Spielplatz im Rosensteinpark findet man immer wieder menschliche Hinterlassenschaften (Sch...häufen mit Taschentüchern dekoriert) in den Gebüsch. Da Hunde sich in der Regel den Po nicht mit Taschentüchern abputzen, fallen diese als Verursacher aus.

Man könnte hier doch eine WC Häuschen (Wasserversorgung via Regenwassertank ; Stromversorgung via Solaranlage) aufstellen -> <https://www.ecotoiletten.de/autarkundmodular.html>

Dadurch würde die aufwendige Reinigung der Bereiche mit Gebüsch entfallen.

positive Wertungen: 690

negative Wertungen: 62

Stellungnahme der Verwaltung

Die Fläche des Rosensteinparks steht im Eigentum des Landes Baden-Württemberg, welches somit auch für die Unterhaltung und Bereitstellung von Toilettenanlagen zuständig ist.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Die Fläche des Rosensteinparks steht im Eigentum des Landes Baden-Württemberg, welches somit auch für die Unterhaltung und Bereitstellung von Toilettenanlagen zuständig ist.

Platz: 173

Vorschlag Nr. 81613

Biergarten im Tal: Wiedernutzung des Sport- und Freizeitgeländes Feuerbacher Talstr. 141

Der Biergarten im Feuerbacher Tal und das zugehörige Sport- und Freizeitgelände (Feuerbacher Talstr. 141) waren über viele Jahrzehnte eine der wichtigsten Attraktionen/Begegnungsstätten des Stadtbezirks Feuerbach und ein beliebtes Naherholungsgebiet.

Heute ist die Begegnungsstätte von einst zu einem Lost Place geworden! Die achtlos zusammengeworfenen Spielgeräte liegen auf einem Haufen. Der Fußball- und Beachvolleyballplatz verwildern und die Gebäude verfallen weiter!

Wir fordern:

1. Die Pläne für die Wiedereröffnung der Sportstätte zeitnah öffentlich zu diskutieren und im Sinne der Feuerbacher Bevölkerung umzusetzen
2. Insbesondere den Spielplatz als Teil der Naherholungsgebiets Feuerbacher Tal wieder zu eröffnen
3. Die baurechtlichen „Schwierigkeiten“ zu überwinden und auch ein gastronomisches Angebot zu ermöglichen (genau wie es viele Jahrzehnte möglich war!)

Zum Hintergrund:

Bis 2021 wurde das Gelände zum einen von der Sportvg Feuerbach als Sportstätte genutzt, zum anderen zog der Biergarten Menschen aus allen Alters- und Gesellschaftsgruppen an. Insbesondere der gut einsehbare Spielplatz in einer natürlichen Umgebung, machte diesen Ort zu einem beliebten Ausflugsziel für Familien mit kleinen Kindern.

Im Jahre 2021 wurde zunächst das Vereinsheim des Sportvereins aufgrund baulicher Mängel an diesem in Teilen 90 Jahre alten Gebäude geschlossen und kurz darauf auch der Biergarten. In der Folge wurde der Zugang zu diesem - laut Aussage des Amts für Sport und Bewegung der Landeshauptstadt Stuttgart - beliebten Naherholungsgebiet für die Öffentlichkeit geschlossen und der Spielplatz außer Betrieb gesetzt.

Dieser Zustand ist so nicht zu akzeptieren, daher bitten wir um jede Feuerbacher Stimme!

positive Wertungen: 680

negative Wertungen: 49

Stellungnahme der Verwaltung

Beim Sportgelände im Feuerbacher Tal (Feuerbacher-Tal-Straße 141) handelt es sich um eine Vereinssportanlage, die langfristig dem Vereinssport erhalten bleiben soll.

Für das Gelände existiert kein Bebauungsplan, so dass die Vorgaben des §35 des Baugesetzbuchs (BauGB) „Bauen im Außenbereich“ anzuwenden sind. Danach ist eine gewerbliche Nutzung (öffentlicher Biergarten) auf diesem Gelände aktuell nicht zulässig. Auch im Falle einer Sanierung oder teilweisen Neugestaltung wäre eine Nutzung zur gewerblichen Gastronomie zwecken nicht möglich.

Das Gebäude ist in seinem Ursprung ca. 90 Jahre alt und in einem baulich schlechten Zustand. Nachdem eine Sanierung des Gebäudes nicht wirtschaftlich durchführbar ist, soll das Gebäude abgerissen werden. Aus ökologischen Gründen (Artenschutz) ist ein Abriss der Bestandsgebäude (Hauptgebäude und Anbauten) jedoch kurzfristig nicht möglich und das Ergebnis der hierzu beauftragten Untersuchungen abzuwarten.

Die Neugestaltung des Geländes kann erst nach Abriss der Gebäude erfolgen, bis dahin ist die Zugänglichkeit für Jedermann zum Sport- und Freizeitgelände nicht möglich.

Aktuell gehen wir davon aus, dass bis Mitte des Jahres 2025 die weitere Vorgehensweise geklärt werden kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Feuerbach unterstützt den Vorschlag und das Vorhaben ausdrücklich. Das Gelände an der Feuerbacher Talstraße war über viele Jahre ein beliebter Treffpunkt für Menschen aller Alters- und Gesellschaftsgruppen und ein wichtiges Naherholungsgebiet in Feuerbach. Besonders der gut einsehbare Spielplatz in naturnaher Umgebung machte den Ort zu einem geschätzten Ausflugsziel für Familien mit kleinen Kindern. Der Bezirksbeirat spricht sich daher für eine Wiedernutzung des Areals aus, um diesen wertvollen Freiraum wieder für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen und das soziale Miteinander im Stadtbezirk zu stärken.

Platz: 218

Vorschlag Nr. 80297

Freilichtbühne Killesberg sanieren

Die Freilichtbühne auf dem Killesberg ist ein toller Veranstaltungsort. Allerdings ist seit Jahren eine bauliche und technische Erneuerung dringend erforderlich. Wann wird endlich investiert? Einer angemessenen Berücksichtigung des Anwohnerschutzes ist selbstverständlich ebenfalls Rechnung zu tragen. Die Attraktivität der Freilichtbühne Killesberg lebt auch davon.

positive Wertungen: 649

negative Wertungen: 72

Stellungnahme der Verwaltung

Das historische Kleinod BÜRGER Freilichtbühne Killesberg wird durch in.Stuttgart als Betreiber im Rahmen des Auftrages als Pächter gepflegt und in Stand gehalten, so dass dort Jahr für Jahr die Besucherinnen und Besucher im Sommer besondere Konzerterlebnisse genießen können.

Folgende Maßnahmen wurden von in.Stuttgart seit 2014 ergriffen:

Im Besucherbereich der Erhalt der Stützmauer, neue (dem Denkmalschutz entsprechende) Holzsitzbänke im Auditorium, der Optik entsprechende Holzkioske zur Verpflegung des Publikums, zusätzliche Geländer für die Besucherinnen und Besucher, Anlegen der Schotterflächen inkl. der Sitzmöglichkeiten und neue Block- und Notausgangsbeschilderung.

Im Bühnenbereich die Erneuerung Bühnenkonstruktion (Holz und Fundamente), Bau eines fest überdachten Außenbereichs Backstage, Büros in Holzbauweise, regelmäßige Instandhaltung des Backstagebereichs, regelmäßige Malerarbeiten, Sanierung des Nasszellenbereichs in den Garderoben, neue Möbel in den Garderoben, LED-Beleuchtung und energiesparende Radiatoren Backstage.

Im Betrieb der Freilichtbühne neue Sicherheitsbeleuchtung inkl. Batterieanlage, Einbau einer Videoüberwachung, um möglichen Vandalismus zu ermitteln, neue WLAN-Kreise für Ticketscan, Neubau eines festen Veranstalter-Büros in Holzbauweise und neue Schließungen an den Toren.

Dafür wurden mehr als eine halbe Million Euro investiert. Unabhängig davon erfolgen regelmäßige Pflegearbeiten des Grüns und der Wasserabläufe.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Nord befürwortet den Vorschlag einstimmig.

Platz: 220

Vorschlag Nr. 81323

Mülleimer für Hundekot an Feld-und Waldwegen

An stark frequentierten Hundespazierwegen fehlen Mülleimer, so dass Hundekotbeutel lose herumliegen. Bsp. Sonnenberg, Möhringen, Felder dazwischen (Jugendfarm), Wald Richtung psychiatrische Klinik und Waldfriedhof

positive Wertungen: 648

negative Wertungen: 97

Stellungnahme der Verwaltung

Grundsätzlich sind Hundehalter zur Beseitigung der Hinterlassenschaften ihrer Hunde verpflichtet. Das Missachten stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Mit der Anmeldung des Hundes wird auch der Flyer „Tipps zur Hundehaltung“ verteilt. Darin wird darauf hingewiesen, dass der Hundeführer zur Entfernung des Kots die Tüten mitzubringen hat. Diese hält der Handel in Form von platzsparenden Rollen bereit, die in jede Jackentasche passen oder am Hosengürtel getragen werden können.

Durch das Aufstellen von Tütenspendern samt Mülleimern konnte die Stadt Stuttgart insgesamt keine grundlegenden Verbesserungen feststellen. Im Außenbereich stehen zudem keine oder nur sehr wenige städtische Flächen zur Verfügung. Von Seiten der Landwirte gibt es große Einwände gegen das Aufstellen von Tütenspendern. Erfahrungsgemäß werden die gefüllten Tüten oftmals in der Landschaft entsorgt, trotz Aufstellen von Mülleimern. Zudem erfordert die Leerung der Mülleimer in der freien Landschaft einen erheblichen Zeit- und Personalaufwand.

Aus den genannten Gründen wird die Aufstellung von Hundetütenspendern in einem nur sehr begrenzten Bereich zugelassen. Dies ist zudem eine Freiwilligkeitsleistung der Kommune. Lediglich in Grünanlagen wird einer Aufstellung von Spendern entsprochen, wenn es einen Paten gibt, der die Befüllung wahrnimmt und es in der Anlage Probleme mit Hundekot gibt. In Wohnstraßen und auf Feldwegen werden grundsätzlich keine Tütenspendern mehr aufgestellt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Möhringen unterstützt dieses Anliegen.

Platz: 243

Vorschlag Nr. 80193

Anhänger-Dauerparker verbieten

Wie kann man den Bürgern des stadteils Zuffenhausen vermitteln dass ihre Anhänger kein Dauerparkplatz oder Platzhalter für Autos ist. Wir haben 2 Eigentümer in nur einer Straße die dadurch mit 3 Anhänger die Plätze blockieren.

positive Wertungen: 635

negative Wertungen: 86

Stellungnahme der Verwaltung

Zugelassene Anhänger dürfen auch ohne Zugfahrzeug bis zu zwei Wochen geparkt werden. Die Überwachung dieser Regel wird dadurch erschwert, dass die Zweiwochen-Frist erneut beginnt, sobald der Anhänger bewegt wurde.

Dem unerwünschten Reservieren von Parkraum kann nur durch Überwachung der 14-Tages-Frist entgegengetreten werden, was im Rahmen der personellen Überwachungsmöglichkeiten geschieht.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Zuffenhausen stimmt dem Anliegen nicht zu (Partikularinteresse).

Platz: 257

Vorschlag Nr. 82472

SPORTHALLE für Weilimdorf bauen (auch für Wettkämpfe geeignet)

Der Verein FORUM Stuttgart- Weilimdorf ist Sprachrohr vieler Vereine und stellt daher diesen Vorschlag gemeinsam mit den Sportvereinen BBC, SG und TSV und dem Verein CHLOROPLAST für den Bürgerhaushalt 2026/27 ein.

Die erfolgreichen SPORTLER Weilimdorfs brauchen dringend eine SPORTHALLE, die auch für WETTKÄMPFE geeignet ist!

Die als Flächen B und C des sogenannten "Walz-Areals" bzw. "westlich der Solitudestraße" ausgewiesenen Bereiche, sollten möglichst rasch - und unter Einbeziehung der Sportvereine BBC, SGW und TSV und des Vereins CHLOROPLAST - für weitere Aktivitäten und naturnahe Gestaltung und Nutzung erschlossen werden.

Ein SCHWIMMBAD auf Weilimdorfer Gemarkung wurde den Weilemern übrigens schon bei der Eingemeindung vor fast 100 Jahren versprochen. Für die Planungen aller gewünschten Vorhaben auf dem großen Areal für Weilimdorf braucht es nun endlich die erforderlichen finanziellen Mittel!

Im Rahmen der Entwicklung des Walz-Areals regen wir, der Verein FORUM Stuttgart-Weilimdorf, zudem den Bau eines Bürger- oder Kultursaals an (Vorschlag-Nr. 80145).

positive Wertungen: 628

negative Wertungen: 155

Stellungnahme der Verwaltung

Für das Gesamtareal westlich der Solitudestraße wird aktuell ein städtebauliches Entwicklungskonzept erarbeitet. Dieses soll den planerischen Rahmen für alle weiteren baulichen Entwicklungen in dem Bereich bilden. Für die Erarbeitung des Entwicklungskonzepts stehen beim Amt für Stadtplanung und Wohnen Planungsmittel im laufenden Haushaltsjahr zur Verfügung.

Im Rahmen der Erarbeitung des Entwicklungskonzepts erfolgte bereits eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Akteure vor Ort. Die Ergebnisse aus dieser Bürgerbeteiligung, die den politischen Gremien vorgestellt wurden und auf der städtischen Beteiligungsseite im Internet eingestellt sind, fließen in die weitere Bearbeitung des Entwicklungskonzepts ein.

Im Zuge der Erarbeitung des Entwicklungskonzepts werden mögliche Standorte für unterschiedliche Nutzungen u. a. für ein Bürgerhaus, einen Sporthallenkomplex (3-fach Normsporthalle mit Versammlungsstättenfunktion), zusätzlichen Flächen für Kraftsport und Bewegungsmöglichkeiten, ein Lehrschwimmbecken für den Vereins- und Schulsport, sowie die Möglichkeiten für Urban Gardening identifiziert. In einem nächsten Schritt werden diese auf ihre Machbarkeit vertiefter untersucht. So soll voraussichtlich zum Jahreswechsel 2025/2026 die bereits angestoßene architektonische Machbarkeitsstudie für eine Sporthalle (mit ergänzenden Nutzungen), ein Lehrschwimmbecken sowie ein Bürgerhaus, für die bereits finanzielle Mittel innerhalb der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt wurden, vorgelegt werden.

Die Ergebnisse der architektonischen Machbarkeitsstudie werden mit dem städtebaulichen Entwicklungskonzept rückgekoppelt und zu gegebener Zeit den gemeinderätlichen Gremien vorgestellt. Das städtebauliche Entwicklungskonzept wird abschließend den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. In diesem Kontext ist auch eine weitere Abstimmung mit den Vereinen sowie den Akteuren vor Ort vorgesehen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Weilimdorf unterstützt diesen Antrag einstimmig. Es wird dringend eine Sporthalle auf dem Areal westlich der Solitudestraße benötigt, die für Wettkämpfe geeignet ist, in Verbindung mit einem Bürgerhaus.

Platz: 258

Vorschlag Nr. 81463

Radwege zwischen den Stadtteilen - z.B. zwischen Degerloch und Möhringen

Die vorhandenen Fahrradwege zwischen den Stadtteilen, hier zwischen Degerloch und Möhringen sind sehr schlecht gestaltet, meist sind es nur schlechte Feldwege bzw. sehr eng und müssen mit Fußgängern geteilt werden. Der vorhandene Fahrradweg aus Richtung Möhringen endet urplötzlich nach der neuen Feuerwache. Hier sollte dringend nach einer Lösung gesucht werden.

Dieser Vorschlag steht stellvertretend für andere Stadtbezirke.

positive Wertungen: 628

negative Wertungen: 156

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart soll fahrradfreundlicher werden: Das beschloss der Gemeinderat im Februar 2019. Damit verbunden sind insbesondere der weitere Ausbau des städtischen Hauptradroutennetzes sowie der Radschnellverbindungen.

Zwischen Degerloch und Möhringen verlaufen die Radverbindungen über die Hauptradrouten 10 und 10.1. Hierbei führt die Verbindung u.a. westlich der Stadtbahngleise entlang der Rembrandtstraße und über die Feldwege bis zur Straße Am Wallgraben und Höhenrandstraße.

Aktuell laufen verschiedene Planungen auf dieser Route, um Verbesserungen für den Radverkehr zu erzielen. Darunter die Qualifizierung der Probststraße zu einer Fahrradstraße. Zudem hat der Gemeinderat in Richtung Vaihingen eine Vorplanung zum Bau von Radwegen entlang der Vaihinger Straße beschlossen. Zusätzlich zur Hauptradroute 10 besteht schon länger das Erfordernis die Radverkehrsanlagen entlang der Epplestraße und Sigmaringer Straße auszubauen. Für beide Straßen liegen zwischenzeitlich weit fortgeschrittene Planungen für eine Verbreiterung des Geh- und Radwegs vor. Im Bereich des endenden Schutzstreifens soll eine Teilfläche des benachbarten Grundstücks für den Ausbau des Radweges genutzt werden.

Darüber hinaus arbeitet die Stadt Stuttgart auch an der Verbesserung weiterer Radverbindungen zwischen anderen Stadtbezirken. Um zwei Beispiele zu nennen, wird zwischen Degerloch und Stuttgart Ost ein Geh- und Radweg entlang der Jahn- und Mittleren Filderstraße geplant. Der Baubeginn ist im Jahr 2026 vorgesehen. Außerdem wurde im Jahr 2024 eine Vorplanung für einen Radweg auf den Otto-Hirsch-Brücken zur Vernetzung der Stadtbezirke Hedelfingen und Obertürkheim beschlossen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Degerloch sieht grundsätzlich den Bedarf einer guten Fahrradverbindung zwischen Degerloch und Möhringen. Eine Verlängerung des vorhandenen Fahrradwegs an der Sigmaringer Straße nach Degerloch hinein wäre wünschenswert. Es sind aber mögliche Alternativen zwischen Degerloch und Möhringen über den Fahrradweg parallel zur Rembrandtstraße oder über das Lerchenfeld vorhanden.

Platz: 260

Vorschlag Nr. 81932

Trennung Rad- und Fußweg Neckar

Für Fußgänger ist das Spazieren am Neckar entlang von Münster nach Bad Cannstatt eine Strapaze. Dauernd rasen Radfahrer von vorne oder hinten an einem vorbei. Auch für die Radfahrer ist es extrem frustrierend.

Zwischen den Parteien kommt es dauernd zu aggressivsten Auseinandersetzungen.

Es fehlt eine klare Regelung und eine Trennung der Bereiche in Rad- und Fußweg - so wie in zahlreichen anderen Städten seit Jahrzehnten erfolgreich erprobt. Stuttgart muss sich endlich andere Städte beim Ausbau der Radwege-Infrastruktur als Vorbild nehmen.

positive Wertungen: 627

negative Wertungen: 88

Stellungnahme der Verwaltung

Die gemeinsame Zielsetzung von Politik und Verwaltung besteht darin, die Flächen entlang des Neckars gemäß den im Plan „Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss“ aufgezeigten Potenzialen sowohl mittel- als auch langfristig zu entwickeln. Ein zentrales Anliegen ist es, die Aufenthaltsqualität am Neckarufer zu verbessern und gleichzeitig die Geh- und Radverbindungen entlang des Ufers sowie die Querverbindungen zu den gegenüberliegenden Uferseiten zu optimieren.

Gleichzeitig soll Stuttgart fahrradfreundlicher werden: Das beschloss der Gemeinderat im Februar 2019. Damit verbunden sind insbesondere der weitere Ausbau des städtischen Hauptradrouthenetzes sowie der regionalbedeutsamen Radschnellverbindungen in die benachbarten Landkreise. Hohe Qualitätsstandards sollen dabei ein einheitliches und gutes Radangebot für den Radverkehr sicherstellen. Hierzu zählt auch eine möglichst getrennte Führung von Fuß- und Radverkehr, um Konflikte zu vermeiden und für alle Verkehrsteilnehmende ein möglichst gutes Angebot zu bieten.

Auf den Uferwegen entlang des Neckars ist eine getrennte Führung des Fuß- und Radverkehrs aufgrund der geringen Breite nicht möglich und ein Ausbau der Wege würde einen erheblichen Eingriff in Grünflächen erfordern. Daher verfolgt die Stadt Stuttgart das Ziel, dem Radverkehr entlang der Straßen ein hochwertiges und sicheres Angebot zu schaffen, um die Uferwege zu entlasten und Konflikte mit Fußgängerinnen und Fußgängern zu vermeiden. Entlang der Neckartalstraße wurde dieses Prinzip zwischen Au- und Reinhold-Maier-Brücke bereits umgesetzt. Im weiteren Verlauf der Neckartalstraße sind die Radfahrstreifen zurzeit baustellenbedingt unterbrochen. Das führt temporär dazu, dass der Uferweg, welcher als Gehweg mit Freigabe für den Radverkehr beschildert ist, wieder verstärkt genutzt wird. Die Beschilderung stellt jedoch eine klare Regelung für Begegnungsfälle dar und erfordert von Radfahrerinnen und Radfahrern Schrittgeschwindigkeit und Rücksichtnahme.

Im Zusammenhang mit der Planung der neuen Wilhelms- und der neuen Rosensteinbrücke und einer Fortschreibung des Verkehrsstrukturplans für Bad Cannstatt sollen die Gehwege weiter gestärkt werden, indem der Radverkehr eigene Flächen zugewiesen bekommt und über Radwege und Fahrradstraßen entlang des Neckars geführt werden soll. Die Planung und Umsetzung wird jedoch noch mehrere Jahre beanspruchen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Münster teilt die Sichtweise. Der Radweg auf der Neckartalstraße sollte beidseitig abgeschlossen werden, um den Verkehr auf dem Neckardamm zu entzerren.

Platz: 262

Vorschlag Nr. 81695

Abfallbehälter für Hundekot

Wir bitten um Anbringung von Hundekotbeutel und Behälter in Stuttgart Vaihingen (Innenstadt) und auf den Feldwegen zwischen Vaihingen und der Jugendfarm (Möhringen). Dies ist sehr wichtig, da sich viele Hundehaufen auf den Wegen und Feldern sammeln u. nicht weggeräumt sind!

positive Wertungen: 626

negative Wertungen: 108

Stellungnahme der Verwaltung

Grundsätzlich sind Hundehalter zur Beseitigung der Hinterlassenschaften ihrer Hunde verpflichtet. Das Missachten stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Mit der Anmeldung des Hundes wird auch der Flyer „Tipps zur Hundehaltung“ verteilt. Darin wird darauf hingewiesen, dass der Hundeführer zur Entfernung des Kots die Tüten mitzubringen hat. Diese hält der Handel in Form von platzsparenden Rollen bereit, die in jede Jackentasche passen oder am Hosengürtel getragen werden können.

Durch das Aufstellen von Tütenspendern samt Mülleimern konnte die Stadt Stuttgart insgesamt keine grundlegenden Verbesserungen feststellen. Im Außenbereich stehen zudem keine oder nur sehr wenige städtische Flächen zur Verfügung. Von Seiten der Landwirte gibt es große Einwände gegen das Aufstellen von Tütenspendern. Erfahrungsgemäß werden die gefüllten Tüten oftmals in der Landschaft entsorgt, trotz Aufstellen von Mülleimern. Zudem erfordert die Leerung der Mülleimer in der freien Landschaft einen erheblichen Zeit- und Personalaufwand.

Aus den genannten Gründen wird die Aufstellung von Hundetütenspendern in einem nur sehr begrenzten Bereich zugelassen. Dies ist zudem eine Freiwilligkeitsleistung der Kommune. Lediglich in Grünanlagen wird einer Aufstellung von Spendern entsprochen, wenn es einen Paten gibt, der die Befüllung wahrnimmt und es in der Anlage Probleme mit Hundekot gibt. In Wohnstraßen und auf Feldwegen werden grundsätzlich keine Tütenspender mehr aufgestellt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Vaihingen nimmt die Vorschläge der Bürger*innen zustimmend zur Kenntnis und kommentiert sie bewusst nicht.

Platz: 265

Vorschlag Nr. 82263

Bachbett von Feuerbach in Zuffenhausen entmüllen, reinigen, entschlammen

Bachbett von Feuerbach in Zuffenhausen entmüllen/reinigen/entschlammern

positive Wertungen: 624

negative Wertungen: 78

Stellungnahme der Verwaltung

Vor allem in der Grünanlage beim Stadtbad Zuffenhausen wurden vermehrt illegale Verunreinigungen durch Müll festgestellt. Diese werden nach Meldung zeitnah entfernt. Eine Entschlammung des Feuerbachbetts wurde geprüft und ist nach aktueller Einschätzung nicht notwendig.

Zur Vorbeugung der Verunreinigung durch Müll wurde die Polizei gebeten, vermehrt zu kontrollieren.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Zuffenhausen stimmt der Forderung zu.

Platz: 267

Vorschlag Nr. 82411

Stadtbahn - Nachtverkehr einführen

Dies ist außerdem unbedingt erforderlich, damit die Botnanger Bürger und Bürgerinnen am Abend / in der Nacht mit dem Deutschland - Ticket nach Ankunft der Züge im HBF Stuttgart nach Botnang reisen können.

Zudem ist die Verlängerung der SSB - Betriebszeit auf sämtlichen Stadtbahnlinien, welche über den HBF führen, am Morgen und am Abend zwecks Umstieg auf die Züge bzw. von den Zügen um jeweils ca. eine halbe Stunde unbedingt erforderlich.

Dies trifft auch auf die Stadtbahnlinie U3 Plieningen - Vaihingen zu.

Zusätzlich ist in den Nachtstunden ein Halbstunden - Takt auf sämtlichen beschriebenen Stadtbahnlinien erforderlich. Die Nachbuslinien sind zum grossen Teil unattraktiv und können zum überwiegenden Teil eingestellt werden. Es zählt im Regelfall nur Schienenverkehr.

positive Wertungen: 623

negative Wertungen: 108

Stellungnahme der Verwaltung

Für die Botnanger Bürger steht mit der Nachtbuslinie N2 eine direkte Verbindung zwischen dem Hauptbahnhof und Botnang in jeder Nacht zur Verfügung.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes festgelegt, ob ein Stadtbahn-Nachtverkehr am Wochenende umgesetzt werden soll.

Eine Beschlussfassung der Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2025 ist noch im Jahr 2025 vorgesehen.

Zudem steht derzeit auch das flexible Angebot SSB Flex zur Verfügung.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Botnang befürwortet den Vorschlag nicht. Bei knappen finanziellen und personellen Ressourcen sind andere Verbesserungsvorschläge des ÖPNV vorzuziehen. Im Übrigen ist unklar, warum der Vorschlag dem Stadtbezirk Botnang zugeordnet ist, da die gesamte Stadt betroffen ist.

Platz: 276

Vorschlag Nr. 81684

Öffentliche Toilettenhäuser

Feste Häuschen wie früher, keine in denen man "eingeschlossen" wird.

Auf den Friedhöfen, besonders in Hedelfingen tagsüber und an den Wochenenden die Toilette auflassen.

positive Wertungen: 618

negative Wertungen: 65

Stellungnahme der Verwaltung

Auf fast allen Stuttgarter Friedhöfen stehen öffentliche Toilettenanlagen ausreichend zur Verfügung. Friedhof Rotenberg und Friedhof Riedenberg haben als einzige aufgrund ihrer Größe keine öffentliche Toilette. Ein Bedarf auf diesen zwei sehr kleinen Friedhöfen ist nicht zu erkennen.

Die kleineren Friedhöfe wie Zazenhausen, Rohracker und Rohr werden mangels entsprechender Infrastruktur (Wasseranschluss/ Abwasseranschluss) durch mobile Toilettenhäuschen abgedeckt. In den letzten Jahren wurden viele der Toilettenanlagen saniert. Weitere Anlagen müssen in den kommenden Jahren erneuert werden. Der Zugang zu den Toiletten ist während der Öffnungszeiten der Friedhöfe gewährleistet.

In einzelnen Friedhöfen wurden bereits moderne automatische Türschließungen installiert, die nachts die Toiletten geschlossen halten und den Vandalismus an öffentlichem Eigentum nachhaltig eindämmen. Die Türen der WCs lassen sich auch nach der automatischen abendlichen Schließung immer von Innen öffnen. Es ist aber durch die Nachtschließung (durch Zeitschaltuhr geregelte Verriegelung) trotzdem eine gute Möglichkeit, Vandalismus und Beherbergung einzudämmen. Weitere durch Zeitschaltuhr geregelte Verriegelungen der öffentlichen WCs sind eine sinnvolle Investition, da es keine personellen Konsequenzen gibt und keine zusätzlichen Mitarbeiter oder Fremdpersonal benötigt werden. Trotz dieser Maßnahmen sind gelegentliche Schließungen auf Grund notwendiger Reparaturen nicht auszuschließen.

Bezugnehmend auf den Friedhof Hedelfingen stand das WC vorübergehend nur mit eingeschränkter Öffnungszeit zur Verfügung, um anhaltende Beschwerden von starken Verunreinigungen im Freigelände und der Toilette sowie Vandalismus in den Griff zu bekommen. Es ist aber durch die Nachtschließung (zeitschalt geregelte Verriegelung) trotzdem eine gute Möglichkeit, Vandalismus und Beherbergung einzudämmen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Hedelfingen befürwortet den Vorschlag einmütig und bittet die Verwaltung um Prüfung.

Platz: 284

Vorschlag Nr. 80967

Radweg von der Waldau nach Stuttgart Mitte

Ein baulich getrennter Radweg vom Autoverkehr von Waldau oder der Ruhbank nach Stuttgart Mitte. Es existiert kein ordentlich befahrbarer Radweg und die existierenden Wege sind extrem Steil, nicht asphaltiert oder in sehr schlechtem Zustand.

positive Wertungen: 615

negative Wertungen: 154

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat sich vorgenommen, mehr für die Förderung des Radverkehrs zu unternehmen. Grundlage dafür ist der Zielbeschluss des Gemeinderats "Stuttgart zu einer fahrradfreundlichen Stadt machen" aus dem Jahr 2019. Damit ist insbesondere auch ein Ausbau der städtischen Hauptradrouten verbunden. Die direkteste Fahrradverbindung von der Waldau oder Ruhbank in Richtung S-Mitte führt heute über die Hauptradroute 3. Diese verbindet die Waldau vom Königsträßle aus kommend durch den Wald, die Bopserwald- und Olgastraße und über den Wilhelmsplatz in die Innenstadt.

Hierbei ist es richtig, dass dieser Weg durch den Wald u.a. steil, zum Teil nicht asphaltiert sowie nicht beleuchtet ist. Daher hat der Gemeinderat im Jahr 2022 eine Vorplanung für einen breiten gemeinsamen Geh- und Radweg entlang der Mittleren Filderstraße, Jahnstraße und Pischekstraße beschlossen. Die Planung der in etwa 2,0 km langen Radverbindung wurde seither weiter vertieft und ein Baubeginn ist bereits im Jahr 2026 vorgesehen.

Darüber hinaus wird zurzeit die Fortsetzung der geplanten Radverbindung in den Stuttgarter Osten sowie nach Sillenbuch geprüft. Außerdem wird im Rahmen einer Machbarkeitsstudie untersucht, ob auch eine Radverbindung entlang der Neuen Weinsteige von Degerloch in die Innenstadt vertiefend geplant werden kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Radweg wird vom Bezirksbeirat Sillenbuch befürwortet. Die Maßnahme ist bereits beschlossen und wird demnächst umgesetzt.

Platz: 308

Vorschlag Nr. 81406

Hallenbad Plieningen öffnen für alle

Plieningen hat ein Hallenbad das aber leider damals für die Öffentlichkeit geschlossen wurde. Viele Plieninger sind unglücklich darüber auch das es keine geöffneten Hallenbäder im Sommer gibt. Früher war Freitags immer Warmbadetag und es wurde genutzt von vielen Plieningern/innen!

positive Wertungen: 607

negative Wertungen: 58

Stellungnahme der Verwaltung

Das Hallenbad Plieningen ist seit Herbst 2020 aufgrund des dringenden Bedarfs dem Schul- und Vereinsbetrieb vorbehalten. Da die Nachfrage seitens der Schulen und Vereine ungebrochen ist, planen die Stuttgarter Bäder auch zukünftig keinen öffentlichen Badebetrieb im Hallenbad Plieningen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Plieningen begrüßt den Vorschlag.

Platz: 312**Vorschlag Nr. 80234****Mehr attraktive Spiel und Sportbereiche für Kinder/Jugendliche**

Vorhandene Spielplätze sind für Kinder ab etwa 10 Jahren nicht mehr so attraktiv. Spiel- und Sportlandschaften ausbauen sollten ausgebaut werden. So unterstützt die Stadt durch die Schaffung von lockenden Angeboten draußen, die immer stärkere Entwicklung Richtung online-Gaming und Medienkonsum einzudämmen. Diese Sportflächen flächendeckend auszubauen schafft auch für Erwachsene in den Stadtteilen Anreize Sport zu machen und die zunehmend menschenleeren Wohngebiete mit Leben draußen zu füllen. Auch die Gesundheitsfürsorge für die Bevölkerung wird somit berücksichtigt.

positive Wertungen: 606**negative Wertungen: 74****Stellungnahme der Verwaltung**

Die lebenslange Freude an der Bewegung und das Sich-bewegen sind elementare Bausteine, um die körperliche Leistungsfähigkeit über die Lebensspanne stets auf einem guten Niveau zu halten. Die Grundsteine für einen gesunden und bewegten Lebensstil werden im Kindesalter gelegt, um im höheren Alter davon zu profitieren. Daher ist es wichtig, Kinder und Jugendliche in ihrer motorischen Entwicklung zu fördern. Die Bewegung und das Spiel auf Spiel- und Bewegungsflächen nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein.

Mit der Gemeinderatsdrucksache 106/2021 wurde vom Gemeinderat der Masterplan für urbane Bewegungsräume beschlossen. Mit dem Stuttgarter Masterplan für urbane Bewegungsräume hat die Landeshauptstadt Strategien entwickelt, um Bewegung im öffentlichen Stadtraum zu fördern und langfristig zu sichern. Ein Ansatz sind festinstallierte, bauliche Maßnahmen. Daher werden kontinuierlich attraktive Spiel- und Bewegungsräume für Kinder, Jugendliche und Erwachsene geschaffen. Dies umfasst die Attraktivierung vorhandener Spiel- und Bewegungsräume um Einzelelemente, die Schaffung temporärer Spiel- und Bewegungsräume bis hin zu umfangreichen Neugestaltungen.

Das Ziel der Stadtverwaltung ist es, Spiel- und Sportbereiche für alle Altersgruppen weiter auszubauen und die aktuelle Situation dauerhaft zu verbessern. Schwerpunkt ist dabei die Verbesserung der Angebotslage in unterversorgten Stadtteilen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Untertürkheim begrüßt und unterstützt die Umgestaltung der vorhandenen Freiflächen und Spielplätze mit attraktiven Spiel- und Sportangeboten. Der Stadtbezirk Untertürkheim verfügt gemessen an der Anzahl der im Stadtbezirk lebenden Kinder und Jugendlichen über unterdurchschnittlich wenig Bewegungs- und Freiflächen, die auch generationenübergreifend genutzt werden können. Mit Beschluss vom 24.09.2024 fragte der Bezirksbeirat Untertürkheim bei der Stadt nach Standorten für eine Calisthenics-Anlage nach.

Platz: 321

Vorschlag Nr. 81741

Radweg Ruhbank ausbauen

Der Fahrradweg endet an der Kreuzung Ruhbank. Es gibt keine Verbindung von Sillenbuch nach Degerloch bzw. in Richtung Innenstadt. Die Kreuzung ist sehr gefährlich.

positive Wertungen: 603

negative Wertungen: 157

Stellungnahme der Verwaltung

Die Führung der Hauptradroute 10 von Sillenbuch nach Degerloch führt über die Ruhbank in den Georgiiweg und trifft am Königsträßle auf die Hauptradroute 3. Diese führt weiter durch den Wald und über die Bopserwaldstraße in die Innenstadt. Insbesondere die Führung durch den Wald ist topographisch anspruchsvoll und kann nicht bei jeder Wetterlage gut befahren werden. Daher plant die Stadt Stuttgart einen breiten gemeinsamen Geh- und Radweg von der Ruhbank in Richtung Stuttgart Ost entlang der Mittleren Filderstraße und Jahnstraße. Die Vorplanung dazu wurde im Jahr 2022 beschlossen und wird seitdem vertieft. Der Bau beginnt voraussichtlich im Jahr 2026.

Auch nach Degerloch soll die Radverbindung entlang der Jahnstraße verbessert und dazu der Geh- und Radweg ausgebaut werden. Die Vorplanung ist weit vorangeschritten. Des Weiteren besteht eine Fahrradstraßenplanung für das Königsträßle, welche sich bereits in der politischen Diskussion befindet.

Eine Planung zur Verbesserung der Radverbindung von der Ruhbank nach Sillenbuch über die Kirchheimer- oder Mittleren Filderstraße befindet sich zurzeit noch nicht in detaillierter Bearbeitung. Im Rahmen des weiteren Netzausbaus soll jedoch auch dieser Abschnitt neu geplant werden. Die Planungs- und Beteiligungsprozesse sind zeitintensiv, sodass aktuell noch keine Zeitschiene für eine Realisierung für diese Verbindung genannt werden kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Sillenbuch kann das auf jeden Fall befürworten. Vom Bezirksbeirat gibt es dazu auch schon mehrere Anträge.

Platz: 337

Vorschlag Nr. 80177

Mehr Bäume pflanzen in Botnang

In Botnang werden auf öffentlichen Flächen immer wieder Bäume gefällt, die dann nicht durch Neu Pflanzungen ersetzt werden. Mindestens dies sollte die Stadt nachholen!

positive Wertungen: 594

negative Wertungen: 94

Stellungnahme der Verwaltung

Die gefällten Bäume werden nach Möglichkeit im Folgejahr der Fällung nachgepflanzt, sofern keine Baumaßnahmen oder Leitungen der Pflanzung entgegenstehen und eine Nachpflanzung an der Stelle oder der unmittelbaren Nähe Sinn macht. Bäume, die aufgrund Baumaßnahmen gefällt werden, werden im Zuge der Maßnahme oder nach Abschluss der Baumaßnahme im direkten Umfeld nachgepflanzt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Botnang hat hier ein uneinheitliches Meinungsbild. Es ist unzutreffend, dass keine Neupflanzungen stattfinden, wie in der Begründung des Vorschlags behauptet wird. Nichtsdestotrotz würden zusätzliche Neupflanzungen von Bäumen, insbesondere in der dicht bebauten Botnanger Ortsmitte, das Kleinklima positiv beeinflussen und einen Beitrag zur Klimafolgenanpassung leisten.

Platz: 385**Vorschlag Nr. 81008****Dach- und Fassadenbegrünungen im Hafen**

Seit über zwei Jahrzehnten wird diskutiert, die riesigen Dach- und Wandflächen von Firmengebäuden im Stuttgarter Hafen zu begrünen. Immer wieder in Wellen wurde diese wichtige Angelegenheit vehement angegangen, um kurz darauf in aller Stille mit dem Neckarwasser abzufließen. Die Wände und Dächer zeigen wie eh und je ein eintöniges, graues Farbkleid und heizen die Atmosphäre auf. Keine Hecken und Bäume dazwischen, kein Efeu rankt nach oben oder unten. Der menschengemachte Klimawandel ist nicht mehr zu leugnen. Die Stadt Stuttgart, dazu gehört auch die Hafen GmbH, hat sich der Klimaneutralität verpflichtet. Daher mein Vorschlag, mit den Hafenbetrieben endlich terminlich fixierte Begrünungsvereinbarungen zu treffen und deren Umsetzung bei Bedarf fachlich zu unterstützen. Im Falle von Ausflüchten und Rumgezerfe der Firmen, ist eine verbindliche, auf einem Bebauungsplan basierte Begrünungspflicht zu regeln. Notwendige Planungsmittel sind bereitzustellen.

positive Wertungen: 572

negative Wertungen: 76

Stellungnahme der Verwaltung

Stellungnahme gemäß Rückmeldung von der Hafen Stuttgart GmbH:

Gute wirtschaftliche Entwicklungschancen setzen Logistikflächen voraus. In der Region Stuttgart beträgt der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung rund 37 %. Dies ist ein wesentlicher Baustein unseres Wohlstandes. Hierzu muss jetzt und in Zukunft der Warenfluss gewährleistet sein. Um die umweltfreundlichen Verkehrsträger Binnenschiff/Schiene zugänglich zu machen, bedarf es sowohl an der Quelle als auch am Ziel Zugangspunkte. Diese beinhalten nicht nur die Kaimauer oder das Gleis selbst, sondern auch die für den Umschlag und die damit zusammenhängenden Tätigkeiten erforderlichen Flächen.

Mit Blick auf die Verkehrswende muss die Fläche des Hafens nicht nur im heutigen Bestand erhalten werden. Es muss auch die Handlungsfähigkeit für die zukünftigen Anforderungen erhalten werden. Dazu ist es erforderlich, den Hafen ständig an die sich ändernden logistischen Anforderungen anpassen zu können, um möglichst viele Güter in den Umweltverbund Binnenschiff/Schiene zu lenken.

Stellungnahme gemäß Rückmeldung vom Amt für Stadtplanung und Wohnen (Abteilungen Städtebauliche Planung Neckar und Landschafts- und Grünordnungsplanung):

Vor dem Hintergrund der Klimaziele der Landeshauptstadt Stuttgart wurde das Hafen-Areal auf Grund seiner Größe, Nutzung und Lage als Potenzialfläche für Maßnahmen des klimagerechten Stadtumbaus identifiziert. Mögliche Maßnahmen können u.a. die Erhöhung des Begrünungsanteils, eine nachhaltige Bauweise, ein Niederschlagswassermanagement, die Förderung umweltfreundlicher Verkehrsmittel oder die Verbesserung der Energieeffizienz sein. Eine geplante „Potentialstudie klimagerechtes Hafen-Areal“ soll die Flächen dahingehend untersuchen und Potentiale aufzeigen. Die Ergebnisse der Studie werden zur Grundlage für formelle und informelle Planungen. Entsprechende Planungsmittel wurden für den Doppelhaushalt 2026/27 angemeldet. In diesem Zusammenhang werden auch die Möglichkeiten von Gebäudebegrünungen, zusätzlichen Baumpflanzungen im öffentlichen Bereich sowie Rechtsinstrumenten wie dem Bebauungsplan geprüft.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Wangen begrüßt die Begrünung an Bestandsgebäuden im Hafen. Die glatten Fassaden reflektieren den Schall der B10 auf das Wohngebiet in der Helfensteinstraße. Dies führt zu erheblicher Lärmbelastung, insbesondere in den oberen Etagen der Wohngebäude. Eine Bepflanzung mit schnell wachsenden Rankgewächsen (z.B. Efeu) mindert die Reflektion und würde zur Entlastung der Anwohner führen. Auch die großen Dachflächen im Hafen, insbesondere z.B. die gegenüber des Jugendhauses bieten sich bspw. zur Installation von Photovoltaik an.

Platz: 390

Vorschlag Nr. 80058

Erhalt und Instandsetzung der Turn- und Versammlungshalle Mühlhausen

Die Bürgerinnen und Bürger insbesondere die beiden Grundschulen aus dem Stadtbezirk wünschen sich die Instandsetzung beschädigter Räumlichkeiten und kleinere Reparaturarbeiten an der Technik für ihren zentralen Anlaufpunkt zur Ausübung von Sport und Kultur und fordern den dauerhaften Erhalt ihrer Turn- und Versammlungshalle. Die in den 60iger Jahren errichtete zentrale Halle für den Stadtbezirk wurde vor ca. 15 Jahren aufwändig saniert und auf den aktuellen Stand gebracht. Die Gebäudesubstanz zu erhalten ist also lohnend und nachhaltig.

positive Wertungen: 569

negative Wertungen: 65

Stellungnahme der Verwaltung

Die zukünftige Entwicklung der Turn- und Versammlungshalle (TVH) Mühlhausen wurde im Zusammenhang mit dem Aufsiedlungsgebiet Schafhaus betrachtet. 2020 hat das Amt für Stadtplanung und Wohnen für dieses Aufsiedlungsgebiet einen Strukturplan erstellt, der mit Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet wurde. Hier ist vorgesehen, die TVH im Schafhaus neu zu bauen, so dass der Standort der jetzigen TVH für eine mögliche andere Nutzung zur Verfügung stünde (möglicher Abriss der TVH).

Das Schulverwaltungsamt hat die Sanierungsplanungen für die Turn- und Versammlungshalle Mühlhausen deshalb zunächst zurückgestellt, da die weitere Standortentwicklung derzeit noch nicht absehbar und ein Abbruch dieses Gebäudes möglich ist. Im Rahmen der laufenden Bauunterhaltung werden alle notwendigen Instandsetzungsarbeiten veranlasst, sodass weiterhin eine sichere Nutzung der TVH Mühlhausen gewährleistet werden kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mühlhausen unterstützt diesen Vorschlag einstimmig.

Platz: 400

Vorschlag Nr. 80265

Radweg entlang der „Mittleren Filderstraße“

Für viele ist die Mittlere Filderstraße zwischen Ruhbank (Fernsehturm) und Plieningen ein unvermeidbarer Arbeitsweg oder Weg zur Universität Hohenheim. Da man hier oftmals mit hoher Geschwindigkeit und viel zu wenig Abstand von Autos und teils LKW überholt wird, ist der Bau eines abgegrenzten Radwegs längst überfällig.

positive Wertungen: 566

negative Wertungen: 170

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart soll fahrradfreundlicher werden: Das beschloss der Gemeinderat im Februar 2019. Damit verbunden sind insbesondere der weitere Ausbau des städtischen Hauptradrouthenetzes sowie der Radschnellverbindungen. Hierzu werden in den kommenden Jahren mehrere Radverkehrsprojekte umgesetzt.

Darüber hinaus arbeitet die Stadtverwaltung an verschiedenen Machbarkeitsstudien und Untersuchungen zum Radverkehr. So auch eine stadtweite Machbarkeitsstudie zu möglichen Radschnellverbindungen aus dem Jahr 2020, die u.a. die Jahnstraße und Mittlere Filderstraße als potenzielle Trasse untersucht hat. Für diese Verbindung wurde auch ein hohes Nutzerpotenzial ermittelt. Entlang des Abschnitts zwischen Stuttgart Ost und der Ruhbank wurde bereits eine Planung für einen breiten gemeinsamen Geh- und Radweg erarbeitet und im Jahr 2022 vom Gemeinderat beschlossen. Ein Baubeginn ist bereits im Jahr 2026 vorgesehen.

Für den Abschnitt zwischen Ruhbank und Plieningen ist im bestehenden Straßenquerschnitt ein getrennter Radweg jedoch auf gesamter Länge nach dem geltenden Stand der Technik nicht realisierbar. Für einen angebauten eigenständigen Radweg wären erhebliche Eingriffe in die hochwertigen Landschaftsräume erforderlich, wofür kein geltendes Planrecht existiert. Eine Realisierung ist daher kurzfristig nicht möglich.

Als alternative Führung wird zurzeit eine Planung einer Fahrradstraße entlang des parallel verlaufenden Königsträßles zwischen der Waldau und Birkach bearbeitet und verkehrspolitisch diskutiert. Das Königsträßle ist Teil der gewegweisen Hauptradroute 3, welche die Stuttgarter Innenstadt mit den Stadtbezirken Birkach und Plieningen verbindet und dabei auch die Universität Hohenheim erschließt. Sie bietet eine gute Alternative, die Ziele mit dem Fahrrad zu erreichen, ohne dabei die Mittlere Filderstraße zu befahren.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Birkach sieht dies eher als ein mittel- oder langfristiges Projekt, falls die bestehende Alternative über die Hauptradroute 3 nicht mehr ausreichen sollte.

Platz: 407

Vorschlag Nr. 80555

U-Bahn Netz und S-Bahn ausbauen

U3 Plieningen bis Hauptbahnhof ausweiten.

U3 nach Plieningen rein erweitern (Flughafen/Messe)

S-Bahn Verbindung von Filderstadt bis Kirchheim.

S-Bahn bis Nürtingen weiter verbinden

positive Wertungen: 560

negative Wertungen: 75

Stellungnahme der Verwaltung

Eine Direktverbindung zwischen Plieningen und der Innenstadt ist in Form der U25 in Planung. Diese soll im 20-Minuten-Takt direkt zwischen Plieningen und Killesberg verkehren. Für die Inbetriebnahme dieser Linie ist eine Verbindungskurve zwischen den Haltestellen Riedsee und Sigmaringer Straße notwendig. Im Nahverkehrsplan, der in diesem Jahr verabschiedet werden soll, wird diese Maßnahme zur Diskussion gestellt werden. Die Umsetzung steht unter Finanzierungsvorbehalt.

Die Verlängerung der Linie U3 (und der U25) bis Plieningen Post ist bereits im Vorfeld der Erstellung des Nahverkehrsentwicklungsplans 2018 untersucht worden. Dem ca. 1,4 km langen und aufwändigen Tunnelbauwerk stehen aber kaum Einsparungen im Busverkehr und nur geringe Fahrgastzuwächse gegenüber. Daher wird diese Maßnahme nicht weiterverfolgt.

Für den Ausbau des S-Bahn Netzes ist der Verband der Region Stuttgart zuständig. Bekannt ist, dass die Linie S1 der S-Bahn Stuttgart bis Nürtingen verlängert werden soll.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Plieningen begrüßt den Vorschlag.

Platz: 478

Vorschlag Nr. 81553

Begrünung von Bus- und Bahnstationen in Untertürkheim

Ich schlage vor, die Wartehäuschen von Bus- und Bahnstationen in Untertürkheim und Luginsland zu begrünen. Dieser Schritt würde sich nicht nur positiv auf die Luftqualität auswirken, sondern käme dem Bezirk auch optisch zu Gute.

Die Begrünung von Bushaltestellen ist in anderen Städten schon etabliert, wir können uns also wahrscheinlich relativ gut über Kosten und Aufwand informieren. Gerne kann der Vorschlag auf andere ungenutzte Flächen ausgeweitet werden.

positive Wertungen: 532

negative Wertungen: 84

Stellungnahme der Verwaltung

Bei der aktuellen Erarbeitung des neuen Nahverkehrsplans spielt auch das Haltestellenkonzept eine wesentliche Rolle. Soweit es effizient umgesetzt werden kann, kommt zukünftig auch die Begrünung von Haltestellen in Frage.

Eine Beschlussfassung der Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2025 ist noch im Jahr 2025 vorgesehen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Untertürkheim begrüßt und unterstützt diese Maßnahme, die mehr Grün in die Wohngebiete bringt und die Bus- und Bahnstationen deutlich aufwertet.

Platz: 521

Vorschlag Nr. 80642

Wassertaschen für Bäume

Ich fände es sehr sinnvoll und gut, flächendeckend Wassertaschen für Bäume anzubringen. Vor allem für neu gepflanzte.

positive Wertungen: 516

negative Wertungen: 86

Stellungnahme der Verwaltung

Wassersäcke bieten eine Reihe an Vor- und Nachteilen wie im Folgenden dargestellt.

Vorteile:

- mit definierter Wassermenge (75-100l) befüllbar
- Säcke lassen sich kombinieren, im Verbund aufstellen, und die Einstellung an Wassermengen ist beliebig
- Wasser versickert dosiert über mehrere Stunden und der Boden hat Zeit, Wasser aufzunehmen
- Die oberflächliche Verdunstung unter Auflagefläche wird verringert
- Wasserversorgung von Jungbäumen an Standorten ohne Möglichkeit zum Einbau von Gießrändern oder ähnliches ist gegeben.

Nachteile:

- Wartungsintensiv, Abflusslöcher können verstopfen, Durchfeuchtung nicht mehr ausreichend
- Säcke müssen einzeln befüllt werden
- Materialermüdung durch Sonneneinstrahlung, Knicke, Verschmutzung durch Müll, Hundeexkremente und Risse durch Pflegemaßnahmen mit Mäher, Freischneider sowie Zerstörung durch Vandalismus. Die Wassersäcke halten in der Regel eine Saison und müssen aufgrund von Undichtigkeiten entsorgt werden.
- Wurzelbildung erfolgt z.T. ausschließlich oberflächlich, da die Oberfläche ausreichend durchfeuchtet wird und nach Abbau des Wassersacks beim Baum eine schlechtere Überlebenschance als bei anderen Bewässerungsformen besteht.

Wegen der ungünstigen Wurzelbildung sind Wassersäcke nur unter bestimmten Umständen sinnvoll.

Wassersäcke machen an schwierig zu erreichenden Standorten oder beengten Standorten (wenn kein Bewässerungsring möglich ist) sowie an Standorten mit geringer Wasserdurchlässigkeit Sinn.

Flächendeckender Einsatz von Wassersäcken wäre zu wartungsintensiv sowie wenig nachhaltig aufgrund des hohen Verschleißes der Säcke (Einwegprodukt aufgrund Beschädigungen und Verschmutzungen) sowie hoher Fehleranfälligkeit (Verstopfung). Wassersäcke müssen über den Winter bzw. nach Ablauf der Entwicklungspflege demontiert und entsorgt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mühlhausen unterstützt diesen Vorschlag mehrheitlich.

Platz: 529

Vorschlag Nr. 82258

Taubenpopulation in Stammheim z.B. durch Taubenturm, Taubenschlag verringern

In Stammheim breiten sich immer mehr Tauben aus. Diese brüten mehrfach im Jahr und sind sehr penetrant. Die Hinterlassenschaften findet man immer öfter auf Autos, Balkonen, Terrassen oder Vorsprüngen, in denen sie dann auch Nester bauen.

Ein Taubenturm, Taubenschlag in dem dann die Eier gegen Attrappen ausgetauscht werden, würde die Population sicherlich verringern.

Vielleicht gibt es aber auch noch andere Ideen und Lösungen. :-)

positive Wertungen: 514

negative Wertungen: 69

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Stuttgarter Stadttaubenprojekts ist die Verwaltung fortlaufend bestrebt, neue und zusätzliche Standorte für Taubentürme und -schläge im Stadtgebiet zu generieren, um die Taubenpopulation zu regulieren. Voraussetzung ist, dass passende Örtlichkeiten für einen mobilen Taubenwagen, einen Taubenturm oder ein Gebäude für eine Brutwand gefunden und das Einverständnis des Eigentümers eingeholt werden kann. Inwieweit dies auch in Stammheim gelingt, kann nicht verbindlich zugesagt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Vom Bezirksbeirat Stammheim zur Kenntnis genommen.

Platz: 613

Vorschlag Nr. 81993

Einrichtung einer Kajak-Anlegestelle in Stuttgart-Münster am Neckar

Im Rahmen der Förderung von Freizeitaktivitäten und der Stärkung des Gemeinschaftslebens in unserer Stadt schlage ich die Einrichtung einer Kajak-Anlegestelle am Neckar auf Höhe der Aubrücke (Haltestelle Elbestr.) vor. Diese Maßnahme würde nicht nur den Wassersport fördern, sondern auch die Attraktivität unserer Region für Einheimische und Touristen erhöhen.

Förderung der Gesundheit und Fitness: Kajakfahren ist eine hervorragende Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen und die Natur zu genießen. Eine Kajak-Anlegestelle würde es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, aktiv zu werden und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten.

Stärkung des Gemeinschaftsgefühls: Die Anlegestelle könnte als Treffpunkt für Kajakfahrer und Wassersportbegeisterte am Wochenende dienen. Durch regelmäßige Veranstaltungen, wie z.B. Kajak-Touren oder Workshops, könnte das Gemeinschaftsgefühl gestärkt und der Austausch zwischen den Bürgern gefördert werden.

Touristische Attraktivität: Eine Kajak-Anlegestelle würde nicht nur die lokale Bevölkerung ansprechen, sondern auch Touristen anziehen. Dies könnte zu einer Belebung der lokalen Wirtschaft führen, indem umliegende Geschäfte und Gastronomiebetriebe profitieren. Eine Parkmöglichkeit mit dem PKW ist vorhanden.

Umweltbewusstsein: Durch die Förderung von umweltfreundlichen Freizeitaktivitäten wie dem Kajakfahren wird das Bewusstsein für den Schutz unserer Gewässer und der Natur gestärkt. Dies könnte auch in Verbindung mit Umweltbildungsprogrammen geschehen.

Die Kajak-Anlegestelle könnte an einem geeigneten Standort am Neckar eingerichtet werden, der sowohl für Anfänger als auch für erfahrene Kajakfahrer zugänglich ist.

- Parkmöglichkeiten in der Nähe für Kajaks und Ausrüstung ist vorhanden
- Informationsschilder über die Umgebung und Sicherheitsrichtlinien

Die Einrichtung einer Kajak-Anlegestelle in Stuttgart-Münster am Neckar würde einen wertvollen Beitrag zur Lebensqualität in unserer Stadt leisten.

positive Wertungen: 485

negative Wertungen: 103

Stellungnahme der Verwaltung

Es ist Ziel des Masterplan "Erlebnisraum Neckar", den Neckar für die Bürgerinnen und Bürger zugänglich und erlebbar zu machen. Da Kajakfahren ein beliebtes Element einer naturgebundenen Erholung und der Neckar ein beliebtes Revier fürs Kajakfahren ist, wird in den Projekten auch entsprechende Infrastruktur mitgedacht und mitgeplant.

Im vorgeschlagenen Bereich Münster / Aubrücke soll mit dem Projekt "Uferpark Austraße" u.a. das Ufer mit Podesten und Sitzmöglichkeiten gestaltet und in der Nähe des Riverhouse eine Liegewiese angelegt werden. Hier ist auch eine Kajak-Anlegestelle vorgesehen. Da es in diesem Bereich keine Parkmöglichkeiten für PKW gibt, ist nur temporäres Anlegen möglich.

Geprüft wird, ob in der Nähe der Aubrücke / Haltestelle Elbestraße eine Einstiegstelle/Ausleihmöglichkeiten für Kajakfahrer geschaffen werden kann. Hierzu sind noch Abstimmungen mit dem Wasser- und Schifffahrtsamt erforderlich.

Es ist mit einem Zeithorizont nach 2030 zu rechnen.

In der Umsetzung der weiteren Projekte im "Erlebnisraum Neckar" wird auch die Möglichkeit weiterer Ein-/Ausstiegsstellen geprüft.

Darüber hinaus gibt es auf dem Betriebsgelände der Bundeswasserstraße vor der Schleuse Untertürkheim (Inselstraße) und vor den Hedelfinger Brücken bereits eine Ein- und Ausstiegsstelle. Derzeit wird geprüft, inwiefern man diese Orte zukünftig noch erlebbarer gestalten kann und damit den Masterplan mittelfristig zu ergänzen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Münster spricht sich dafür aus, dass im Rahmen der Planungen „Stadt am Fluss“ dieser Vorschlag noch einmal angesehen werden sollte.

Platz: 621

Vorschlag Nr. 82271

Letzte/erste Fahrt U15 am Wochenende in/aus der Innenstadt ausweiten

Letzte/erste Fahrt U15 am Wochenende in/aus der Innenstadt ausweiten.

positive Wertungen: 482

negative Wertungen: 63

Stellungnahme der Verwaltung

Die Linie U15 bietet am Wochenende zwischen ca. 5:00 Uhr und 0:30 Verbindungen zwischen Stammheim und der City an, je nach Fahrtrichtung auch darüber hinaus.

Die Betriebszeit liegt insofern über den Vorgaben des Nahverkehrsplans.

Zudem wird Stammheim von der Nachtbuslinie N4 bedient, die ebenfalls zwischen der Innenstadt und den nördlichen Stadtbezirken verkehrt. Bis 4:00 Uhr steht an Wochenenden darüber hinaus SSB Flex als ergänzendes Angebot zur Verfügung.

Eine Bedienungslücke und damit die Notwendigkeit für eine Angebotsausweitung wird daher nicht gesehen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Vom Bezirksbeirat Stammheim zur Kenntnis genommen.

Platz: 674

Vorschlag Nr. 80308

Hundekotbeutel und Mülleimer auf Birkacher Feld und Umgebung aufstellen

Auf dem Birkacher Feld soll es Hundekotbeutelspender mit Mülleimern geben, zur Zeit gibt es zwei Mülleimer auf dem Feld was viel zu wenig ist. Beutelspender gibt es garkeine. Man sieht sehr viel Hundekot auf den Feldern, was zu Ertragsausfällen bei den Bauern führen kann.

positive Wertungen: 468

negative Wertungen: 106

Stellungnahme der Verwaltung

Grundsätzlich sind Hundehalter zur Beseitigung der Hinterlassenschaften ihrer Hunde verpflichtet. Das Missachten stellt eine Ordnungswidrigkeit dar. Mit der Anmeldung des Hundes wird auch der Flyer „Tipps zur Hundehaltung“ verteilt. Darin wird darauf hingewiesen, dass der Hundeführer zur Entfernung des Kots die Tüten mitzubringen hat. Diese hält der Handel in Form von platzsparenden Rollen bereit, die in jede Jackentasche passen oder am Hosengürtel getragen werden können.

Durch das Aufstellen von Tütenspendern samt Mülleimern konnte die Stadt Stuttgart insgesamt keine grundlegenden Verbesserungen feststellen. Im Außenbereich stehen zudem keine oder nur sehr wenige städtische Flächen zur Verfügung. Von Seiten der Landwirte gibt es große Einwände gegen das Aufstellen von Tütenspendern. Erfahrungsgemäß werden die gefüllten Tüten oftmals in der Landschaft entsorgt, trotz Aufstellen von Mülleimern. Zudem erfordert die Leerung der Mülleimer in der freien Landschaft einen erheblichen Zeit- und Personalaufwand.

Aus den genannten Gründen wird die Aufstellung von Hundetütenspendern in einem nur sehr begrenzten Bereich zugelassen. Dies ist zudem eine Freiwilligkeitsleistung der Kommune. Lediglich in Grünanlagen wird einer Aufstellung von Spendern entsprochen, wenn es einen Paten gibt, der die Befüllung wahrnimmt und es in der Anlage Probleme mit Hundekot gibt. In Wohnstraßen und auf Feldwegen werden grundsätzlich keine Tütenspender mehr aufgestellt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Birkach befürwortet in Absprache mit der Landwirtschaft eine Umsetzung. Eine Umsetzung könnte kurzfristig realisiert werden.

Platz: 923

Vorschlag Nr. 80403

Einen sicheren Radweg zur SportKultur schaffen

Das Sportgelände der SportKultur Stuttgart in der Wangener Kesselstraße wird von vielen Kindern und Jugendlichen regelmäßig zum Training besucht. Sehr oft wird zu diesen Besuchen das Fahrrad genutzt. Sowohl aus Richtung Wangen als auch aus Hedelfingen ist das Sportgelände nur über die viel befahrene Hedelfinger Straße sowie über die durch das Gewerbegebiet führende, stark frequentierte Kesselstraße zu erreichen. Im Hinblick auf das sich in Bau befindliche Sportvereinszentrum sowie den kommenden Neubau der Hedelfinger Turn- und Versammlungshalle einschließlich einer Stadtteilbücherei ist es dringend erforderlich, eine sichere Radwegverbindung zwischen den Stadtbezirken Wangen und Hedelfingen zu diesen beiden zentralen Einrichtungen einzurichten.

positive Wertungen: 415

negative Wertungen: 120

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart baut das durch den Gemeinderat beschlossene Hauptradrouthenetz kontinuierlich aus. Darin enthalten ist unter anderem auch die Hauptradroute 2, die die Stadtbezirke Hedelfingen und Wangen mit der Innenstadt verbindet.

Momentan laufen die Bauarbeiten zur Einrichtung von komfortablen und sicheren Radfahrstreifen entlang der Hedelfinger Straße. Zusätzlich werden an vielen Stellen auch die Gehwege verbreitert, die für radfahrende Kinder unter 10 Jahren ebenfalls nutzbar sind.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Wangen nimmt wie folgt Stellung: Im Zuge der Hauptradroute II gibt es entlang der Hedelfinger Straße einen sicheren Radweg zur Sportkultur.

Platz: 1567

Vorschlag Nr. 82432

Verkehrssicherheit im Ortskern Uhlbach verbessern

Ich schlage vor die Verkehrssicherheit für Fußgänger - insbesondere für Kinder, die nicht über parkende Autos hinwegsehen können - rund um den Uhlbacher Platz weiter zu verbessern. Seit Anfang Dezember ist ein gelb eingezeichneter also vorübergehender(?) Zebrastreifen vom Rathausvorplatz zum Weinbaumuseum angezeichnet worden. Dieser Zebrastreifen muss dauerhaft bleiben. Zusätzlich schlage ich einen weiteren Zebrastreifen vom Rathausvorplatz über die Markgräflerstraße vor, so wären Uhlbacher Platz und Rathausvorplatz zu Fuß sicher verbunden. Noch wirkungsvoller wäre eine komplette Fußgängerzone rund um den Uhlbacher Platz einzurichten.

positive Wertungen: 285

negative Wertungen: 86

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart verfolgt das Ziel, die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer kontinuierlich zu verbessern. Für den Fußgängerverkehr wurden daher in den vergangenen Jahren wichtige Grundlagen erarbeitet, so zum Beispiel das Hauptfußwege- sowie das Schulwegenetz, um Gefahrenstellen im Straßennetz besser identifizieren und einordnen zu können.

Auch im Bereich des Uhlbacher Platzes arbeiten wir momentan an Lösungen, die das Queren der Fahrbahn sicherer machen. An der Ecke Markgräfler Str./ Uhlbacher Str. soll beispielsweise der Gehweg verbreitert und vorgezogen werden, damit Personen, die die beiden Straßen überqueren, künftig nicht mehr von parkenden Autos verdeckt werden können. Für die Einrichtung von dauerhaften Zebrastreifen müssen bestimmte verkehrsrechtliche und infrastrukturelle Bedingungen vorliegen; wir werden Ihre Hinweise dahingehend gerne aufnehmen, prüfen und diskutieren. Eine Fußgängerzone ist jedoch aus verkehrsstrukturellen Gründen als eher ungeeignet zu bewerten.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Dem Bezirksbeirat Obertürkheim wurden in seiner Sitzung vom 09. April 2025 durch das Stadtplanungsamt Pläne für die Umgestaltung des Uhlbacher Platzes vorgestellt. In dessen Zuge hat das Amt mitgeteilt, dass an der Markgräfler Straße eine Gehwegnase eingerichtet werden soll. Diese Maßnahme wird die Querung sicherer gestalten, da Fußgängerinnen und Fußgänger vor die parkenden Fahrzeuge treten und somit besser gesehen werden.

Der Vorschlag, den Uhlbacher Platz in eine Fußgängerzone umzuwandeln, würde für die Uhlbacher eine einseitige Erschließung über Rotenberg bedeuten, da Fahrzeuge in einer Fußgängerzone nicht zugelassen sind. Eine Freigabe der Fußgängerzone für die Zufahrt zu privaten Stellplätzen würde die Fußgängerzone aufgrund der Vielzahl der motorisierten Nutzer aufheben.